

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutsch- und u. Österreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile für einen Monat 40 Pf., für einen Monat 20 Pf., für einen Monat 10 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Sprechrohr: Amt 1, Nr. 1508
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Mittwoch, den 15. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Die Partei der Verneinung.

Offene und heimliche Feinde sonder Zahl werden nicht müde zu behaupten, die moderne Arbeiterbewegung erschöpfe sich in einer reinen Verneinung, sie begnüge sich damit, die Besitzlosen in schroffen Gegensatz zu bringen mit den Besitzenden und versage überall da, wo eine ernsthafte Arbeit zur Besserung der Zustände von ihr verlangt werde. Gerade in den letzten Tagen mußte die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Parteivertreter bei der Schlußabstimmung über das Bürgerliche Gesetzbuch den Grund zu einer Aufwärmung dieser alten Nachrede, die durch vielfältige Wiederholung nicht besser und wahrer wird, abgeben. Warum unsere Volkshelden das Gesetzbuch verworfen, wissen unsere Leser: es ist Klassenrecht trotz alledem, was dort geschaffen ist, herausgeboren aus den Zuständen und Anschauungen der kapitalistischen Gesellschaft zu Ruh und Frommen der glücklich Besitzenden. Uns, die wir im ernsthaften und nachhaltigen Kampf gegen die heutige Gesellschaftsform stehen, mußte dieser Klassencharakter des Werkes verhindern, für dasselbe zu stimmen.

Das sieht aus wie eine Ablehnung positiver Mitarbeit, ist es aber im Grunde doch nicht. Das Wort von der reinen Verneinung ist geprägt von unseren Gegnern; der Gedanke an eine Falschmünzerei liegt sehr nahe. Gewohnt, die Interessen der kapitalistischen Gesellschaft, oder vielmehr der bestehenden Klasse in ihr, als die Interessen der Menschheit schlechthin darzustellen, gehen ihre Begriffe von Befahrung und Verneinung, von gut und böse, von nützlich und schädlich nicht über ihren eigenen Klassenhorizont hinaus. Was ihnen gerade nützt, das ist nützlich ohne jede Beschränkung, was ihnen schadet, das schadet aller Welt; sie tragen den Maßstab für die Sittlichkeit in ihrem untadeligen Herzen, in dem sie dem Profit einen Hochaltar errichtet haben, und sie nennen das eine Befahrung, was zu ihren Vorstellungen und Hoffnungen stimmt — alles andere eine Verneinung.

Freilich ist von diesem Standpunkt der Betrachtung aus die ganze Thätigkeit der modernen Arbeiterbewegung, in Lehre wie in Anwendung, in erster Linie verneinend: die beiden Grundwerke, auf denen wir fußen, das „Kapital“ von Karl Marx und der „Eugen Dühring“ von Friedrich Engels, sind kritische Werke, und alle Bestrebungen der modernen Arbeiter-Organisationen richten sich gegen den Bestand der kapitalistischen Welt. In diesem Sinne verdient die Arbeiterbewegung redlich das gehässige Prädikat, sie sei verneinend.

Sobald man aber mit diesem Worte die ganze kräftige praktische Arbeit der Bewegung abthun will, dann ist es nichts als eine pure Verleumdung.

Die Sozialdemokratie hat unermessliches an befruchtender Arbeit geleistet. Sie hat Aufklärung über ihre Lage in die weiten Schichten des Volkes getragen, sie hat dem instinktiven Ringen und Drängen aller Unterdrückten nach Freiheit und Selbstständigkeit ein festes und unverrückbares, weil durch die Entwicklung gegebenes Ziel gesetzt; sie hat ferner diese Instinkte zur politischen Einsicht erweitert und

veredelt und in der Organisation dem Proletariate die Waffe geschmiedet, mit dem es seinen Sieg erringen kann und wird.

Aber darauf hat sie sich nicht beschränkt. Sondern unablässig ist sie thätig, wie sie es seit ihrem Entstehen gewesen ist, nach Möglichkeit vor allem die Volksbildung, und zwar auf jedem Gebiete, zu heben und zu fördern. Durch Bildung führt sie das Volk zur Macht. Sie stillt durch ihre Presse, ihre Literatur und ihre Arbeit von Mund zu Mund den lechzenden Durst des Volkes nach den Schätzen der Geisteskultur. Ihr gebührt der Dank, wenn jetzt wieder die Quellen geistigen Lebens reichlich strömen, auch bei denen, die der Bourgeois mit dem bösen Worte der „Ungebildeten“ leichtthin abzutun gewohnt ist.

Von eben solcher rühmlichen Thätigkeit legt aber auch der andere Zweig der modernen Arbeiterbewegung, der gewerkschaftliche, Zeugnis ab. Was hier in täglicher Kleinarbeit für die Gesamtheit segensreiches geschaffen wird, das wird denen stets verschlossen bleiben, die nur gewohnt sind, im eigenen Profit einen erstrebenswerten Zweck menschlicher Thätigkeit zu erblicken.

Eine unendliche Fülle praktischer Arbeit auf allen Gebieten unseres Gesellschaftslebens zeigt ein flüchtiger Ueberblick. Nur auf dem Felde, auf dem nicht eben immer die wichtigsten, wohl aber die auffallendsten Kämpfe geführt werden, im Parlamente, sind unsere Vertreter häufig zu einer bloßen Ablehnung der vorgelegten Gesetze gezwungen. Denn solchen Gesetzen, die auf eine Stärkung der kapitalistischen Macht hinauslaufen auf des Volkes Kosten, und dazu gehören in erster Linie die Militarismus betreffenden, ist unsere Billigung von vornherein und prinzipiell verweigert.

Andere aber, die angeblich den Schutz der Schwachen, der Arbeiter insbesondere, bezwecken, also gewissermaßen gegen das Grundwesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung angehen, sind zumeist so ungenügend, so zweifelhaften Wertes, daß ihre ernsthafteste Kritik zugleich ihre Verwerfung bedeutet. Wo sich aber immer ein wirklicher Vortheil für das Volk erreichen ließ, da haben es unsere Vertreter nie an kräftigem Eingreifen fehlen lassen.

Und mehr noch. Ueber den Kreis proletarischer Interessen hinaus ist die Sozialdemokratie je und je eingetreten für die Rechte aller Enterbten und Unterdrückten, denn sie will nicht eine Klassenherrschaft durch eine andere ersetzen, sondern durch Abschaffung aller Klassenherrschaft einen höheren Grad menschlichen Gesellschaftslebens herbeiführen.

Die Sozialdemokratie ist wie ein Säemann. Er wirft das Korn auf das Feld; das vergeht in der Erde, er verneint, vernichtet es also; aber durch diese Verneinung schafft er zugleich die Bedingung für das Entstehen neuen Lebens; bald schießt aus dem zerfallenden Korn der frische Halm empor und trägt reichliche Frucht.

Ebenso verneint die Sozialdemokratie und vernichtet sie die kapitalistische Gesellschaftsform; aus ihr heraus aber bildet sie gleichzeitig, indem sie mit eiserner Beharrlichkeit die Entwicklung verstärkt und beschleunigt, die höhere, die sozialistische Form menschlichen Zusammenlebens.

beständiger? — Der Himmel weiß es, daß ich nicht mit den Vorurtheilen unseres Standes spreche; ich weine über die Entartung meines Vaterlandes. Ich bin ein Römer, und mit diesem Namen vergesse ich, daß ich ein Patrizier bin; aber ich zittere, wenn ich an den Sturm denke, den Ihr heraus beschwören wollt. Wenn die Revolution gelingt so wird sie gewaltthätig sein, durch Blut erkaufte werden, — durch das Blut der edelsten Namen Roms. Ihr beabsichtigt eine zweite Vertreibung der Tarquinier, aber sie wird mehr einer zweiten Proskription Sulla ähnlich sehen. Unordnungen und Blutvergießen bahnen nie den Weg zum Frieden. Mißlingt aber Euer Plan, so sind die Ketten Roms befestigt für immer; ein fruchtloser Versuch der Befreiung schmiedet die Ketten der Sklaverei nur um so fester.

Und was schlägt uns denn Herr Adrian vor? fragte Niemi mit seinem eigenthümlichen sarkastischen Lächeln. Sollen wir warten, bis die Colonna und die Orsini keine Feinden mehr mit einander führen? Sollen wir die Colonna um Freiheit, die Orsini um Gerechtigkeit bitten? Wir können die Hilfe des Adels gegen den Adel nicht in Anspruch nehmen. Wir dürfen von den Patriziern nicht verlangen, daß sie ihre Macht mäßigen; wir müssen uns selbst diese Macht wieder erobern; der Anschlag mag gefährlich sein, aber wir unternehmen ihn unter den Monumenten des Forums; und wenn wir fallen, so werden wir unserer Vorfahren würdig fallen! Ihr seid von vornehmer Abstammung und habt hohe Titel und große Befähigungen und Ihr sprecht von der Ehre Eurer Vorfahren! Auch wir — wir Plebejer Roms! — haben die unsrigen! Unsere Väter waren freie Männer! Wo ist unsere Erbschaft? — nicht erkaufte — nicht verschont, aber uns entwandt, bald durch List, bald durch Gewalt — im

Das Ende der französischen Steuerreform-Komödie.

Paris, 12. Juli.

Die Komödie ist nun zu Ende. Die Steuerreform des Kabinetts Meline ist wirklich „verloren“, genauer gesagt, begraben worden; Herr Meline ist aber nach wie vor Ministerpräsident. Die feierlichste Verurteilung des bestehenden Steuersystems, die nachdrücklichste Betonung der Dringlichkeit der Steuerreform haben ihn nicht gehindert, die „Verlorenheit“ herbeizuführen. Er zog es vor, lieber unzufallen als zu fallen. Nicht einmal der äußere Schein wurde dabei gewahrt.

Daß alles schon vor der entscheidenden Kammerführung zwischen der Regierung, der Budgetkommission und den Mehrheitsparteien genau abgemacht war, wurde in der plumpsten Weise dadurch offenbart, daß Finanzminister Cochery sofort nach dem Votum über den Verlagsantrag in der Lage war, das fertige Finanzgesetz über die alten vier direkten Steuern auf der Kammertribüne niederzulegen. Doch auf einen Kniff mehr kommt es bei dem gegenwärtigen Ministerium nicht soviel an. Seine ganze Politik ist ja ein plumpe Possenspiel, indem sie unter reformerischer Maske der Reaktion diene. Was aber selbst bei diesem Ministerium überraschen kann, ist die unerhörte Mißachtung der ministeriellen Verantwortlichkeit, wie diese von jeher in der Republik praktiziert wird. Während gut dreiviertel der französischen Ministerkrisen durch nebensächliche, das eigentliche Regierungsprogramm gar nicht berührende Fragen hervorgerufen werden, bleibt Herr Meline im Amte, trotzdem seine Steuervorlage, der Kardinalpunkt seines Programms, von der Kammer verworfen wurde. Denn daß ist die Bedeutung der Ablehnung des zweiten Artikels, der, nebenbei gesagt, vermittelt eines weiteren Kniffes zu erst zur Verachtung gestellt wurde. Dieser Artikel setzt die Erhöhung der Steuer auf den verbauten Grundbesitz von 3,80 auf 4,50 pCt. fest, um theilweise die Abschaffung der Thür- und Fenstersteuer auszugleichen. Zudem ist die Kammer mit 268 gegen 258 Stimmen ablehnte, schlug sie im Einnahme-Budget ein Loch von 20 Millionen Franken und warf so die ganze Reform über den Haufen. Abgesehen von der finanziellen Seite hat das Votum eine große prinzipielle Bedeutung auch deshalb, weil die diesmalige Kammermehrheit neben radikalsten und sozialistischen Stimmen mehrere Duzend republikanische Stimmen aufweist. Das seit der Verabschiedung der Generaldiskussion vorausgesehene Ereigniß, die Abbröckelung der ministeriellen Mehrheit in der Einzelberatung, ist somit wirklich eingetroffen. Was thut nun aber die Regierung angesichts dieses Votums? Anstatt sich zurückziehen, benützt sie das Votum als einen erwünschten Anlaß, um sich von irgend einem liebedienlichen Deputierten den rettenden Verlagsantrag apportieren zu lassen.

Da Meline nicht aus Überzeugung, sondern aus Noth Steuerreformer wurde, so ließ er leichtem Herzens seine Scheinreform begraben, nachdem sie ihren Hauptzweck, als Wühlbleiter gegen die progressive Einkommensteuer zu dienen, der Kammer die Verleugnung des März-Votums über das Prinzip dieser Einkommensteuer zu erleichtern, erfüllt hatte.

Die Opposition konnte nur das feige, gesinnungslose, unparlamentarische Vorgehen der Regierung geißeln, nicht aber die Annahme der von dem Ordnungsrath und der Regierung erschulneten Verlagsantrag verhindern. Die Züchtigungs-Arbeit besorgte sie übrigens durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Bourgeois und durch unsere Genossen Jaurès und Rouanet; so vortrefflich, daß Rochefort in einem

*) Solche „Befehgeber“ werden hier groß, aber zutreffend „terre-neuves“, Newsjournal-Quade genannt.

Schlafe uns gestohlen, oder unter Wehklagen und Geschrei uns entrisßen. Wir verlangen nur, daß unser gesetzliches Erbtheil uns zurückerstattet werde — es ist nicht das Geringe, denn auch Eure Freiheit ist verschwunden. Könt Ihr wohnen in den Häusern Eurer Väter, ohne Thüren und Befestigungen und ohne das erkaufte Schwert des Soldners? Könt Ihr, wenn es dunkel ist, in den Straßen gehen ohne Waffen und Gefolge? Allerdings könt Ihr, ein Patrizier, Euch rächen, wenn wir es auch nicht wagen dürfen. Auch könt Ihr andere beleidigen und schreien; aber gewährt der Uebermuth eine Entschädigung für die Freiheit? Ihr gebietet über Macht und Glanz, aber die Sicherheit gleicher Befehle wäre ein größerer Vorzug. O, wäre ich an Eurer Stelle — wäre ich selbst Stephan Colonna, ich würde mich schämen, wie jetzt, nach jener frischen Luft, die nicht durch Gitter und Verhängerungen gegen die Mitbürger, nein, die nur in dem freien Himmelsraum einzuathmen ist — sicher, weil beschützt durch die stille Macht des Geschlechtes, und nicht durch die gespenstische Furcht und den hohllängigen Verdacht, welche die Befähigten gehässiger Gewalt sind. Der Tyrann glaubt, er sei frei, weil er über Sklaven gebietet — der geringste Bürger in einem freien Staate ist freier als er. O, möchtest Du — der Tapfere, der Edelmüthige — Du, fast der Einzige in Deinem Stande, der es weiß, daß er ein Vaterland hatte — möchtest Du der die Größe unserer Leiden zu ermessen vermag, mit uns kämpfen, um sie zu besiegen!

Du willst gegen Stephan Colonna, meinen Verwandten, auftreten, und obgleich ich weder sehr bekannt mit ihm bin, noch, um die Wahrheit zu sagen, ihn sehr achte, so ist er doch der Stolz unseres Hauses; wie kann ich mich daher Dir anschließen?

(Fortsetzung folgt.)

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Achtes Kapitel.
Ein bedeutungsvolles Gespräch.

„Du thust mir Unrecht!“ sagte Rienzi lebhaft zu Adrian, als sie gegen das Ende einer langen Zusammenkunft allein beisammen saßen, „ich spiele nicht bloß die Rolle eines Demagogen; ich will nicht die großen Tiefen aufregen, um darin eigenes Glück von der Oberfläche zu fischen. Ich habe so lange gebrütet über die Vergangenheit, daß ich mir selbst ein Theil derselben geworden zu sein scheine, als hätte ich kein besonderes, eigenthümliches Dasein. Ich habe meinen Geist zu einer einzigen Leidenschaft umgestaltet, und diese ist — die Wiederherstellung Roms.“

„Aber durch welche Mittel?“
„Es giebt nur einen Weg, die Größe eines Volkes wieder herzustellen — es ist der Ausruf an das Volk selbst. Der Macht der Fürsten und Barone ist es nicht gegeben, ein Volk für die Dauer glorreich zu machen; sie erheben sich, aber das Volk erhebt sich nicht mit ihnen. Alle großen Revolutionen werden durch die allgemeinen Bewegungen der Massen bewirkt.“

„Rein!“ antwortete Adrian, „dann haben wir die Geschichte auf ganz verschiedene Weise aufgefaßt. Wir scheinen alle großen Regenerationen das Werk Weniger gewesen zu sein, stillschweigend angenommen durch die Menge. Aber laß uns nicht auf scholastische Weise disputiren. Du erklärst laut, daß eine große Krisis bevorsteht; daß der gute Staat (buono stato) gegründet werden soll. Aber wie? — wo sind unsere Waffen? — unsere Krieger? — Ist der Adel schwächer als zuvor? — ist das Volk kühner,

„Gewerbemäßige Maulschellen“ überschriebenen Artikel erklären konnte: „Wen es wahr ist, daß Rothbäder ein wirksames Mittel gegen Rheumatismus sind, so sind Meline, Cochery, Barthou etc. nunmehr für immer vor diesem Körperleiden gefeit.“

Doch Herr Meline hat selbst wiederholt erklärt, daß er die Macht übernommen habe, um aufopferungsvoll der „revolutionären“ (lies: radikalen) Politik den Weg zu versperren. In minder feierlicher Sprache übersetzt, heißt das soviel, daß Herr Meline sich als einen getreuen Hausknecht der Bourgeoisie betrachtete. Von einem Hausknecht darf man aber eher alles andere als Selbshachtung verlangen. Er setzt sich daher ruhig den wohlverdienten „Maulschellen“ aus, um desto aufopferungsvoller so lange als möglich sein Ministergehalt beziehen und die Klagen der Bourgeoisie besorgen zu können.

Und die Kammer? Nach dem Vertagungsbeschluss steht sie diskreditirt, in ihrer nacten Handlungsunfähigkeit, Gesinnungslosigkeit und Wortbrüchigkeit da. Als einzigen Grund für ihren Anfall kann sie lediglich den Kalender anführen, ihre Schmachsucht, in die Sommerfrische zu gehen. Sie suchte die Schande des Vertagungsbeschlusses durch die Worte der Resolution zu verdecken, wonach sie „entschlossen“ sei, die Veratung der Steuerreform „sobald als möglich“ in der außerordentlichen Session wieder anzunehmen. In Wirklichkeit weiß sie aber ebenso gut wie die Regierung, daß das unmöglich ist. In der Herbstsession wird sie, wenn es gut geht, mit knapper Noth das Budget für 1897 erledigen können. Ueberdies wurde ja am folgenden Tage nach dem Vertagungsbeschluss in einer einzigen Sitzung die Finanzvorlage, die für 1897 die alten vier direkten Steuern beibehält, unbefehlet, unter Verwerfung aller oppositionellen Änderungsanträge, durchgepeitscht. So steht es mit jenem „sobald als möglich“ aus. Alljährlich werden auf diese Weise Steuerreform-Anträge „vertagt“. Seit 1848 ist das die fünfundsiebzigste Vertagung einer Steuerreform!

Das Ordnungsstatut, die vereinigten Bourgeoisrepublikaner und Monarchisten, glauben durch die Vertagung zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, das rückständigste der in den modernen Staaten bestehenden Steuersysteme wieder einmal gerettet und den Sturz des Ordnungsministeriums abgewendet zu haben. So sehr ist die französische Bourgeoisie von bornirtstem Klassenegoismus geblendet! Sie sieht nicht, daß heutzutage die alten Verschleppungskünste, die es ihr erlaubt haben, während einer zwanzigjährigen unbeschränkten Herrschaft das arbeitende Volk, vor allem die Bauern mit leeren Versprechungen hinzuhalten, ihr gefährlich werden und dem Sozialismus zum Vorkohle gereichen müssen. Der bereits sich fühlbar machende sozialistische Einfluss unter der Bauernschaft wird infolge der neuesten Verschleppung der Steuerreform ungeheuer wachsen. Denn gerade die Bauernschaft leidet am meisten unter dem alten Steuersystem. Die Bauern sind aber die Hauptstütze der Bourgeois-Herrschaft. Sie werden es bald gewesen sein!

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Juli.

Zum Internationalen Arbeiterkongress den Zugang zu erzwingen, ist jetzt die fixe Idee der zerstreuten „anarchistischen“ Gruppen, die jahraus jahrein nichts anderes zu thun haben, als auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, vor jedem Internationalen Arbeiterkongress aber plötzlich entdecken, daß sie auch Sozialisten sind. Es ist possiblich, die Verrentungen und Grimassen zu beobachten, die diese grimmigen „Revolutionäre“ seit einigen Monaten machen, um sich das Aussehen anständiger Sozialisten zu geben. All diese Proteuskünste sind aber vergebens. Man kennt den vielverwandten Nieuwenhuis und die Schreipuppen, die um ihn gruppiert sind. Und man löst sich auch nicht durch die achtungswerthen Respektspersonen beirren, die seit Jahren so gutmüthig sind, sich von den Geschäfts-Anarchisten zu Klamezwecken benutzen zu lassen. Wir achten die Elisee Reclus, die Amilcare Cipriani, die Louise Michel — aber wir folgen ihnen nicht.

Für den Dienstag nach Eröffnung des Kongresses haben die „Anarchisten“ eine Versammlung in London angesetzt, auf der von Engländern auch Keir Hardie und Tom Mann anwesend sein würden. Die Abhaltung eines besonderen Anarchistenkongresses ist geplant. Wir können das nur billigen. Die Anarchisten haben eben so gut wie die Bimetallisten, Populisten, Antisemiten und andere bürgerliche Parteien das Recht, so viel Kongresse abzuhalten, als ihnen gut dünkt. Wir wünschen ihnen Glück und werden dafür sorgen, daß der Internationale Kongress der sozialistischen Arbeiter und der Gewerkschaften durch keinerlei fremdartige und feindliche Elemente gestört wird.

Natürlich muß die Frage der Zulassung oder Nichtzulassung der Anarchisten, da ein jeder Kongress souverän ist, auch dem Londoner Kongress vorgelegt werden; allein er wird nicht viel Zeit zur Erledigung einer Frage brauchen, die für jeden mit der Geschichte und dem Wesen der Partei Vertrauten seit Jahrzehnten erledigt ist. Die revolutionären Hirschen, mit denen der Anarchismus lebhaft, leidenschaftliche Naturen zu füttern sucht, sind nur Umhüllungen durch und durch reaktionären Kerns. In bezug auf diesen haben die Gewaltthäter sich beiläufig niemals getäuscht, sonst wären sie nicht auf den Gedanken verfallen, den Anarchismus künstlich zu züchten und der sozialistischen Bewegung als Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Der Anarchismus mag sich noch so theatralisch hinter die rote Fahne verstecken, er ist nur eine Spielart des Kapitalismus, und steht gleich diesem in diametraler Gegensatz zu dem Sozialismus.

Verstrafung wegen Duellverweigerung. Seit einiger Zeit durchläuft die optimistisch veranlagten bürgerlichen Blätter die Mittheilung, daß nun aber auch wirklich und in der That dem Duellunsgut im Heere ein Ende gemacht werden solle von Amts- und Obrigkeitsewegen. Zur näheren Erläuterung obiger Botschaft wurde dann darauf hingewiesen, daß durch die Institution des Ehrenrathes diese wünschenswerthe Reform bewirkt werden solle. Wie der Ehrenrath gegenwärtig arbeitet und was man deshalb auch in Zukunft von ihm erwarten darf, wird nun schließlich durch folgendes Inzerat erläutert, das im Annoncentheil der „Düsseldorfer Bürger-Zeitung“ erschienen ist:

Im Vollgefühl unserer Ehre veröffentlichen wir selbst, um entstellenden Gerüchten vorzubeugen, nachfolgendes:

Wir sind ehrengerichtlich des Titels entkleidet bezw. verabschiedet worden, weil wir der Vorschrift des Ehrenrathes, uns mit einem Ehrenwortbrüchigen, des Weineids in unserer Sache bei der Staatsanwaltschaft Beschuldigten, zu schließen, nicht nachgekommen sind.

Weitere Aufklärung bringt die demnächst erscheinende Broschüre:
Freiherr von Erhardt, von Kampf, früherer Rittmeister. Premier-Lieutenant d. L. a. D.

So weit man sich aus dieser Annonce vernehmen kann, sind die beiden ehemaligen Offiziere keine grüßwürdigen Gegner des Duells, haben sich aber in einem bestimmten Falle aus persönlichen Gründen geweigert, einen Zweikampf anzunehmen, zu dem sie nach dem Spruche eines Ehrenrathes sich gezwungen glaubten. Jaweilen die beiden Duellverweigerer recht haben mit ihrer labilligen Beurtheilung des Herausforderers, vermögen wir nicht zu entscheiden. Das kommt für die Beurtheilung des Verhaltens der Organe, die dabei mitgewirkt haben, auch kaum in betracht. Jedenfalls geht soviel aus der Annonce hervor, daß der Zwist, der zu der standesgemäßen Frucht des Duells ausreichte, vorher zu einem oder mehreren Prozessen geführt hat, von denen einer jetzt noch in der Schwebe ist. Unter solchen Umständen widerstreitet der in der oben mitgetheilten Annonce angegebene Vorgang in doppelter Beziehung dem Rechtsbewußtsein des Volkes: einmal durch den Versuch, eine strafgesetzlich verbotene Handlung herbeizuführen und die Nichtbefolgung dieses Gebots zu bestrafen; dann durch die damit verknüpfte Durchkreuzung der Rechtspflege in einem bestimmten schwebenden Verfahren. Es wäre eine müßige Frage, wollte man sich erkundigen, welche Folgen diese Vorgänge für die Beteiligten haben werden. Die Antwort ist in den in der Annonce mitgetheilten Thatsachen bereits gegeben. Die Mitglieder des Ehrenrathes und Ehrengerichtes werden ungeführt ihre Pflicht in der alten Weise ausüben können. Gegen derartige Lebensäußerungen des Militarismus ist bei uns zu Lande kein Kraut gewachsen. Eine hübsche Ferienaufgabe für den Kriegsminister wäre es aber, eine Antwort anzuarbeiten auf die Frage, wie er die von den Herren v. Erhardt und v. Kampf veröffentlichten Thatsachen in Einklang zu bringen vermag mit seiner eigenen wiederholt im Reichstage ausgesprochenen Behauptung, daß der militärische Ehrenrath niemand zum Duell zwingt.

„Für jede demokratische Tyrannis“ — die wie das Kaiserreich des dritten Napoleon mit den Arbeitern liebängelt — „trägt die Geschichte ein Sedan im Schooß“ — orakelt heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die das sozialreformatorische Fiasco der deutschen Reichsregierung entschuldigen will. Nun — wenn die Geschichte für jede demokratische Tyrannis (Despotie) ein Sedan im Schooß trägt, dann hat sie, der ausgleichenden Gerechtigkeit zu Liebe, für jede und demokratische Tyrannis ein Jena. —

Die saure Gurkenzeit hat in Paris eine Attentatsnachricht gezeitigt. Ein Attentat scheint's nicht gewesen zu sein. Man lese nur:

Paris, 14. Juli, nachmittags. Während der Truppenschau wurde von einem Individuum ein Revolver auf den Präsidenten Jaure abgegeben. Der Präsident ist nicht verletzt. Der festgenommene Attentäter erklärt, die Schüsse seien blind gewesen.

Ernsthafte Attentäter pflegen ihre That nicht zu verleugnen und um Polizei-Attentäter wird mehr Spektakel gemacht. Wir wetten, der „Attentäter“ war ein begeisterter Patriot, der zu Ehren des großen Revolutions-Ehrentages — des 14. Juli, zum Gedächtniß des Bastillensturms — die blinden Schüsse abfeuerte, wie das alte Sitte ist.

Nähere Einzelheiten über das Attentat auf den Präsidenten Jaure bringt noch folgende Depesche:

Paris, 14. Juli. Wenige Minuten vor 8 Uhr, als der Wagen des Präsidenten Jaure auf dem Paradeplatze erschien, feuerte ein etwa 40-jähriger, ziemlich anständig gekleideter Mann, der an einem Baume an der Straße lehnte, zwei Revolverkugeln in der Richtung auf den Wagen des Präsidenten ab. Der Präsident wurde nicht getroffen. Die Menge stürzte sich sofort auf den Attentäter und würde denselben gefangen haben, wenn die Polizei sich nicht dazwischen geworfen hätte. Auf dem Kommissariat erklärte der Attentäter, er habe nur blinde Schüsse abgefeuert.

Die Glashütte der Arbeiter, für welche die französischen Arbeiter nach dem Streik von Carmaux so opferwillig eingetreten sind, wird voransichtlich am 1. Oktober eröffnet werden. Alle Intriguen der Herren Kapitalisten haben sich als ohnmächtig, all ihre Unglücksprophetieungen als falsch erwiesen. Die Kosten und überhaupt die Schwierigkeiten waren zwar größer, als anfangs berechnet wurde, sie sind aber allmählig aus dem Wege geräumt worden, und sind auch die Gelder noch nicht vollständig beisammen, so fließen die Beiträge zu Antheilscheinen doch so reichlich, daß eine Unterbrechung der Arbeiten nicht mehr zu befürchten ist.

Dieser Tage fand in Marseille ein imposantes Volksfest zu gunsten der Arbeiter-Glashütte statt. Das Fest sollte auf einem freien Platz stattfinden, allein das war von der Regierung verboten worden — trotzdem war die Theilnehmung eine so massenhafte Jaurès, Guesde und andere Abgeordnete waren zugegen —, daß eine namhafte Summe für die Arbeiter-Glashütte einging.

Und ähnliche Feste zu dem gleichen Zwecke werden; im ganzen Lande abgehalten. —

Die italienische Ministerkrise ist offiziell noch nicht beendet, aber offiziös wird die neue Ministerliste bereits angekündigt. Man telegraphirt:

Rom, 14. Juli. Wie der „Messagero“ und „Popolo Romano“ übereinstimmend melden, dürfte sich das neue Kabinett wie folgt zusammensetzen: Rudini (Präsidentium und Inneres), Brin (Marine), Costa (Justiz), Branca (Finanzen), Giannarco (Unterricht) und Guicciardini (Ackerbau) würden auf ihren Posten verbleiben. Neu besetzt werden die Posten für Aeußeres durch Visconti Venosta, Schatz Luzzatti, Krieg Pelloux, öffentliche Arbeiten Finati, Post und Telegraphie Prinetti.

Ein Urtheil können wir erst abgeben, wenn die Liste definitiv ist, und das Programm des neuen Kriegsministers uns vorliegt. —

Die amerikanischen Silberleute haben zwar keine Aussicht zu siegen, allein das Gold hält es doch für nöthig, dem Silber demonstrativ seine Uebermacht zu zeigen. Das Gold streift — es verläßt die Schatzkammer in Washington und macht so seine Unentbehrlichkeit durch einen Wind mit dem Haunpfehle fühlbar.

Aus New-York wird unterm 13. Juli telegraphirt: Eine Firma zog heute 75 000 Dollars in Gold vom Unterschahamt zurück, ebenso fanden eine Anzahl kleinerer Entnahmen statt, 800 000 Dollars in Gold, welche am Sonnabend zurückgezogen worden waren, sind nicht ausgeführt und auch nicht an das Unterschahamt wieder eingezahlt worden. — Heute wurden 875 000 Dollars in Gold nach Deutschland ausgeführt.

Nun — das ist deutlich. Das besagt: wenn heute der amerikanische Abwardt: Bryan zum Präsidenten gewählt wird, ist morgen alles Gold aus dem amerikanischen

Verkehr verschwunden, und wird das amerikanische Silbergeld von keinem Menschen genommen außer zu 50 — 60 pCt. unter dem aufgeprägten Werth.

Und das sind Unmöglichkeiten.

Die vernünftigen unter den Demokraten sehen das auch ein, und sie wollen, unter Führung Cleveland's, des jetzigen Präsidenten, eine „dritte Partei“, d. h. eine dritte bürgerliche Partei gründen. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln nach den Beschlüssen des Reichstages abgelehnt und dem Entwurfe eines bürgerlichen Gesetzbuches wie dem Entwurfe eines Einführungs-gesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch nach den Beschlüssen des Reichstages die Zustimmung ertheilt.

Ueber Entstehung und Entwicklung der Reichsschulden giebt der Centrumsabgeordnete Müller-Gulda in einer Broschüre eine Zusammenstellung, die auch die Wirkung des in der letzten Session beschlossenen Gesetzes über die Reichsschuldentilgung erdrtet. Die erste Reichsschuld wurde 1875 in Höhe von 10 Millionen Mark beschossen, aber erst 1878 etatsmäßig verwandt. Bis zum 1. April 1895 ist seitdem die Schuld auf 2 091 219 800 M. angewachsen, und zwar 450 Mill. Anleihen zu 4 pCt., 780 619 800 M. zu 3 1/2 pCt. und 850 600 000 M. zu 3 pCt. Die etatsmäßige Einstellung der einzelnen Anleihen vertheilt sich auf die letzten 20 Jahre wie folgt:

1877/78	M. 42 264 388	1887/88	M. 222 357 268
1878/79	81 030 205	1888/89	394 895 857
1879/80	77 141 071	1889/90	90 890 917
1880/81	35 012 688	1890/91	306 175 844
1881/82	53 541 739	1891/92	73 898 038
1882/83	30 674 405	1892/93	147 311 966
1883/84	28 357 079	1893/94	200 288 846
1884/85	40 982 720	1894/95	120 311 995
1885/86	32 465 513	1895/96	43 359 831
1886/87	35 738 856	1896/97	27 850 921

Die verschiedenen Ressorts der Reichsverwaltung sind mit folgenden Summen an diesen Anleihen beieiligt:

Heeresverwaltung 1 254 564 007 M., Marineverwaltung 278 771 017 M., Eisenbahn-Verwaltung für Vervollständigung des Eisenbahnetzes im Interesse der Landesverteidigung 1 883 374 M., für Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen 108 335 681 M., Post- und Telegraphenverwaltung 62 604 760 M., Reichsbankdirektori 4 872 476 M., Zollanschluss von Bremen und Hamburg 52 000 000 M., Nordostsee-Kanal 105 159 561 M., Münzwesen und Betriebsmittel-Vermehrung 67 104 850 M. Auf die Zwecke der Landesverteidigung kommen hieron, wenn man die Summen aus den verschiedenen Verwaltungen zusammenrechnet, 1 797 848 719 M.

Den Schulden stehen als Aktivposten gegenüber: Der Werth der der Heeresverwaltung dienenden Grundstücke und Gebäude mit über 900 000 000 M., der Werth der Reichs-Eisenbahnen mit 700 000 000 M., der Werth der Postgebäude und Telegraphen-Anlagen mit 300 000 000 M. Dazu waren an Guthaben und flüssigen Mitteln, welche dem Reich gehören, am 1. April 1895 vorhanden: 120 000 000 M. Reichskriegsschatz, 50 011 361 M. Betriebsmittel und eiserne Fonds, 55 862 476 M. noch nicht verausgabte Beträge des ordentlichen Etats und 167 797 600 M. angeschriebene Zoll- und Steuerkredite.

Also von rund 2 Milliarden Reichsschulden insgesamt entfallen nicht weniger als rund 1 1/2 Milliarden auf Verwendungen militärischer Einrichtungen. Wenn man es nicht auch so zur genüge erfahren hätte, könnte man hieraus merken, daß das Deutsche Reich unter dem Zeichen der Fackelhaube steht. —

In welche Hände das Stöcker'sche „Volk“ kommen wird, wissen die „Recht. Nachr.“ zu melden. Ein Herr Dietrich von Dethen soll in nächster Zeit nach Berlin überfiebern, um dort später die Redaktion des „Volk“ zu übernehmen.

Der Name wird wohl die konservative Landjunkerpartei darüber beruhigen, daß das „Volk“ ferner nicht wider den junkerlichen Ordnungsfackel löten wird. —

Schweh, 12. Juli. Bei der Reichstagswahl kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Polen und Deutschen. Ein polnischer Edelmann, der im Begriff war, nach der Wahl nach Hause zu fahren, gerieth mit mehreren deutschen Besitzern aus Sudowitz in Wortwechsel. Die Deutschen hielten das Fuhrwerk an; da hierdurch die Pferde scheuten, sprang der Pole vom Wagen und forderte seine Angreifer auf, von seinem Gefährt zu lassen. Als das nichts fruchtete, die deutschen Besitzer vielmehr anscheinend beabsichtigten, auf den Polen loszugehen, zog dieser plötzlich einen Revolver und feuerte einige Male auf die Deutschen. Hierbei wurde einer von diesen durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt, während ein anderer von einer Kugel in den Oberarm getroffen wurde. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Zur lippischen Erbfolgefrage. Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht den Schiedsvertrag zwischen den streitenden Parteien, dem Fürsten Georg zu Schaumburg-Lippe und dem Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld und dem Grafen Ferdinand zur Lippe-Biesterfeld-Wiesensels. Das Schiedsgericht soll bestehen aus dem König Albert von Sachsen und sechs von ihm nach seiner freien Wahl zu berufenden Mitgliedern des Reichsgerichts. Der Spruch des Schiedsgerichts ist unanfechtbar und für alle Parteien verbindlich. Seine Wirkung erhdrt sich auf die dem Throninhaber im Fürstenthum Lippe als solchem zustehenden Vermögensrechte. In der Schiedspruch ergangen, dann werden endlich die getrennten lippischen Untertanen wissen, für welche der streitenden Familien sie sich als ihr angekanntes Fürstenthum zu begeistern haben. —

Darmstadt, 14. Juli. Die erste hessische Kammer nahm das von der zweiten Kammer abgelehnte neue Weinsteuergesetz an, vertagte sich bis zum 23. Juli und wird dann über die Verstaatlichung der Hessischen Ludwigsbahn und den preussisch-hessischen Staatsvertrag beraten. Die Schließung des Landtages erfolgt am 25. Juli.

Wise Folgen der Uebungsmärsche. Die „Mainzer Volkszeitung“ schreibt: Bei dem am 11. Juli erfolgten Uebungsmarsch des 117. Infanterie-Regiments blieben wiederum bei der Rückkunft einige Soldaten, durch die große Hitze ermattet, liegen. In Kasel wurde Hakt gemacht und die Soldaten durch einen frischen Trunk erquickt. Bereits am Dienstag hat man schlimme Erfahrungen gemacht mit Uebungsmärschen bei so großer Hitze. —

München, 12. Juli. Wie die liberale Münchener Gemeindeverwaltung ihre Aufgaben ausführt, erhdelt deutlich aus folgendem, von der Gemeindeverwaltung als solchem zwar nicht inszenirt, jedenfalls aber gutgebehaltenen Beschluß des Armenpflanzschafsrathes. Dieser „distinguirte“ Rath hat nämlich, wie die „Münchener Post“ mittheilt, bezüglich der Heimathgefeghnovelle in geheimer Sitzung beschloffen: „Es seien genauere und erschöpfende Armenbeschreibungen (Detailangaben über die einzelnen Armen), die eine Erweiterung der Fragepunkte enthalten, durch die Distrikts-Vorsteher herzustellen. Insbesondere soll dahin gewirkt werden, daß jedes Nachsuchen um öffentliche Armenunterstützung zur Kenntniß des Magistrats gelangt, weil das Nachsuchen oder Erhalten einer Armenunterstützung innerhalb der vierjährigen bezw. siebenjährigen Wartefrist den Anspruch auf Verleihung des Heimathrechtes zerstört. Ferner soll

eine engere Fühlung der öffentlichen Armenpflege mit den privaten Wohltätigkeitsvereinen zu dem Zwecke hergestellt werden, daß, soweit es mit der Humanität vereinbar (!!) ist, die bei den privaten Wohltätigkeitsanstalten um Unterstützung Nachsuchenden an die öffentliche Armenpflege verwiesen werden, weil nur öffentliche Armenunterstützung eine Unterbrechung der Wartefrist für den Heimatrechtsanspruch zur Folge hat. Ferner soll die Polizeidirektion ersucht werden, von der ihr nach Art. 45 des Heimatgesetzes gegen Arbeitslose, Vaganten, Bettler u. z. z. zustehenden Befugnis einen möglichst kräftigen und energischen Gebrauch zu machen. Insbesondere soll auch in Zukunft von den arbeitslosen, öffentlichen Aufenthaltsverboten, welche in §§ 4 und 5 des Freizügigkeitsgesetzes zur Wahrung der ökonomischen Interessen der beteiligten Gemeinden vorgesehen sind, strenger Gebrauch gemacht werden. Geführt auf den Ausschussbericht der Abgeordnetenkammer soll die gesetzlich vorgeschriebene Unterstützung nur gewährt werden, wenn eine ständige Wohnung politisch angemeldet ist. Für weitere Maßnahmen sollen die praktischen Erfahrungen abgewartet werden. — Der Gipfel prophetischer Menschenerachtung kann wohl mit recht in der Absicht erblickt werden, die Wohlthat des Gesetzes für eine leichtere Erlangung des Heimatrechtes in der Aufenthaltsgemeinde dadurch vereiteln zu wollen, daß man die privaten Wohltätigkeits-Anstalten veranlassen will, die um Unterstützung Nachsuchenden an die öffentliche Armenpflege zu verweisen, damit man eine Sanftmütigkeit, dem Bedrängten und Hilflosen das Heimatrecht, auf das er sonst einen gesetzlichen Anspruch hätte, verweigern zu können. Eine solche Gesinnung kann nur da existieren, wo, wie in München, „Liberalen“ und Ultramontanen in brüderlichem Verein in der Gemeindevertretung Oberwasser haben.

Würgburg, 14. Juli. In dem Prozeß des Frhrn. v. Thüngen gegen die Gemeinde Würgburg wurde heute das Urteil verkündet; nach demselben werden die beiden Klagen des Frhrn. v. Thüngen vom 18. Juli 1888 und vom 15. Juli 1894 wegen eingetretener Verjährung abgewiesen und dem Kläger die Kosten und Erhaltung der Auslagen an die Gemeinde Würgburg auferlegt.

Es handelt sich in diesem Prozeß um alte Gerechtigkeiten der Gemeinde Würgburg, die der Frhrer auf dem Wege Rechtens sich anzueignen gedachte. Diesmal ist dem Expropriateur sein Aufschlag also nicht gelungen. Der Gutsbesitzer von Zuchsmühl, Herr v. Joller, dagegen hatte mit ähnlichen Drangsalierungen die Bauern zur Verzweiflung getrieben. Sie mußten es mit ihrem Blut und schweren Strafen büßen, als sie das vorenthalte Recht sich selbst nehmen wollten. Herr v. Joller selbst wurde später hingerichtet.

Die Verbindung der militärischen Behörden mit den Kriegervereinen wird durch folgendes uns aus Basel abschriftlich zugegangenes Schriftstück erwiesen:

Deutscher Landwehr- und Reservisten-Verein. Basel, Datum des Poststempels. Verein.

Der Herr! Durch das Bezirkskommando zu Lörrach wurde uns Ihr hiesiger Anwesenheit mitgeteilt; gehalten Sie daher, daß wir Sie auf den deutschen Landwehr- und Reservisten-Verein aufmerksam machen...

Aus diesem Schriftstück, mit dem ein in Basel eingewandertes Deutscher erkrankt wurde, geht zur genüge hervor, daß die Kriegervereine nur Werkzeuge der Militärbehörden sind. Daß sie auch sonst amtlichen Personen zu politischen Zwecken zur Verfügung stehen, hat die Geschichte der Wahlkämpfe hinreichend erwiesen. Neu ist in vorstehendem Dokument die Thatsache, daß Vermittler der Kriegervereine die Militärbehörden auch in das Ausland hinübergeleitet.

Ein börslicher Machthaber. Dieser Tage ließ, wie dem „Bad. Landboten“ aus Serpen (Amt Durlach) geschrieben wird, der dortige Bürgermeister durch die Ortsschule bekannt machen, daß — was allerdings selbstverständlich ist — niemand bei Strafe auf fremdem Eigentum Kirchen pflücken dürfe; außerdem verordnete er, daß die Eltern von solchen Kindern, welche Kirchen entwenden, für die Strafe haftbar seien. Am anderen Tage wurden sechs Kinder im Alter von 6-9 Jahren angezeigt, weil sie auf fremden Grundstücken Kirchen gepflückt hätten. Darauf ging der Bürgermeister mit dem Ortspolizeidiener während der Schulzeit in die Schule, ließ in Gegenwart des Lehrers und der Schüler die betreffenden beschuldigten Knaben über den Stuhl legen und ihnen durch den Polizeidiener mit einem Stock eine bedeutende Anzahl Prügel auf einen gewissen unaußsprechlichen Körpertheil aufzählen. Also: eine regelrechte Ausübung der mittelalterlichen Prügelstrafe in amtlicher Form!

Derselbe Bürgermeister, der ein Pietist ist, ließ ferner dieser Tage durch die Ortsschule nachstehende geradezu törichte Bekanntmachung veröffentlichen: „Es darf nach dem zweiten Läuten am Sonntag Vormittag niemand mehr an den hiesigen Brunnen Wasser holen und darf ebenfalls nach dem zweiten Läuten niemand mehr in Verlagskleidern auf der Straße gehen. Zumbilderhandelnde werden bestraft.“

Hoffentlich werden die Dorfbewohner ihren gestrigen Bürgermeister zur Befreiung von Sonntagskleidern anhalten, damit wenigstens von Amis wegen festgesetzt werden kann, was denn Verlagskleider und was Sonntagskleider sind. Die Eltern, deren Kinder in so brutaler Weise in der Schule mißhandelt werden, verdienen selber Schläge, wenn sie sich derartige Gesetzwidrigkeiten gefallen lassen, ohne gegen den Dorfgewaltigen klagen zu werden.

England.

London, 18. Juli. Im Unterhause fragte Bryce an, ob die Regierung einer Lösung der kretensischen Angelegenheiten dahin, daß die Rechte der Nationalversammlung und die Arrangements für die lokale Autonomie unter der Garantie der Großmächte zu stellen wären, unterstützen würde, ferner, ob die Regierung befürworten wolle, daß die Autorität des Statthalters gegen die Einmischung des Militärgouverneurs gesichert werde. Curzon antwortete, bei dem in Konstantinopel zwischen den Vertretern der Großmächte stattgehabten und noch stattfindenden Erörterungen seien die in der Anfrage erwähnten Vorschläge bisher nicht eingegriffen; er glaube nicht, daß es die Einseitigkeit der Mächte, welche ausreicht zu erhalten wünschenswert sei, erleichtern würde, wenn er eine Erklärung über die Ansichten abgeben würde, welche die britische Regierung selbstständig beuge. — Curzon erklärte ferner, der Sirdar Kitchener-Pasha berichte unter dem gestrigen Datum, bis jetzt seien an der ägyptischen Grenze 706 Ertränkungen, 479 Todesfälle, einschließlich des Major Owen, vorgekommen, während der letzten beiden Tage jedoch kein Fall in Kolsch oder Masch. Er hoffe, daß sich die Vorsichtsmaßregeln erfolgreich bewähren und eine Weiterverbreitung nach Süden verhindert werden. Der Nil steige jetzt normal.

Der Premierminister Salisbury sagt in einem Briefe an das Londoner Komitee zur Unterstützung der Nothleidenden auf Kreta, er sei augenblicklich außer Stande, dem Komitee bei der Verteilung der Unterstützungen zu helfen, wegen der Einwände, welche gegen einen Besuch des britischen Konsuls auf Kreta in den unruhigen Theilen der Insel von den Vertretern der Großmächte in Konstantinopel mit dem Hinweis darauf

erhoben seien, daß ein solches Unternehmen mißbraucht werden könne.

Frankreich.

Der französische Minister Bourgeois, der niemals ein Mann der Phrase und der Illusionen war, erklärte am Sonntag auf einem Zwedessen (die Zwedessen werden in Frankreich wieder Mode, wie vor der Februarrevolution) in Elysee, er — oder seine Partei — werde in nicht ferner Zeit die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen. „Sage man — so führte er aus — die Bilanz der soeben geschlossenen Session, so könne dieselbe nur sehr ungünstig ausfallen. Jetzt herrschen diejenigen, welche Sonder- und Klasseninteressen verfolgten — von diesen Elementen müsse die Republik gereinigt werden.“

Man sieht, Herr Bourgeois hat nicht abgedankt — und er rechnet auch wieder auf die Unterstützung der Sozialisten.

Spanien.

Madrid, 18. Juli. In der Kammer erklärte der Minister des Innern, Spanien werde für eine Allianz kein Fleckchen Landes opfern, und fügte hinzu, die konservative Regierung, die nicht glaube, daß die Liberalen fähig seien, die Schwierigkeiten zu lösen, werde der Regenschicht nicht rathen, ihre Politik zu ändern. Ueber Reformen auf Kuba werde erst nach Beendigung des Krieges verhandelt werden.

Die Worte von „spanischem Stolz“, die sich in dieser Ministerrede ausdrückt, wird den Spaniern Kuba kosten. Sie werden kaum noch in der Lage sein, über kubanische Reformen zu verhandeln, wenn sie die Insel los sind.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Juli. Der kretensische Landtag hat sich konstituiert.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Kanea vom 12. d. M. lauten die Nachrichten aus Kethymo ernst. Es werde gemeldet, daß vier türkische Ortschaften in der Nachbarschaft der Stadt niedergebrannt seien, und daß in Kethymo eine Panik entstanden sei, welche dadurch hervorgerufen wurde, daß ein Christ in der Nähe des britischen Konsulates zufällig einen Schuß abfeuerte. Es habe sich nunmehr ein Kampf in der Nähe des Konsulates entpinnen, in dessen Verlauf ein Polizist und ein Mohamedaner getödtet und zwei Personen verwundet wurden.

In Heraklion wurden die Leichen von 5 Christen aufgefunden. Hierüber empört, überfielen die christlichen Bewohner bewaffnet zwei türkische Dörfer.

Die Jungtürken regen sich wieder in Konstantinopel nicht nur, sondern auch in der Provinz. Gegenwärtig werden zwei von ausländischen jungtürkischen Blättern herausgegebene Broschüren in der Türkei in Umlauf gesetzt. Die eine, welche sich „Appell an die mohammedanischen Ulema“ betitelt, hebt die Bedenken der gegenwärtigen Regierungsform hervor und führt aus, daß der Parlamentarismus, dessen Adoption notwendig sei, nicht gegen die Lehren des Islam verstoße. Die zweite, unter dem Titel „Vorwärts“ schilbert die Unterlassungen, Fehler und Mißgriffe der Regierung seit dem letzten russisch-türkischen Kriege und fordert alle Gesellschaftsklassen, Religionen und Nationalitäten auf, gemeinsam und mit Gewalt eine Aenderung des jetzigen Regierungssystems herbeizuführen.

Afrika.

Bulawayo, 18. Juli. Aus den Bezirken Mangwe und Tati sind demnächstige Nachrichten eingelaufen. Auf der Straße von Tati, 25 englische Meilen südwestlich von Bulawayo, wurden große Massen der ausständischen Eingeborenen bemerkt. Der Aufstand scheint sich nach Süden zwischen Bulawayo und dem Protektorat Betschuanaland auszubreiten. Die Natalala befinden sich in großer Zahl im äußersten Nordwesten der Konzeffion von Tati; man befürchtet, daß sie sich den Aufständischen vom Matoppo-Gebirge anschließen werden.

Amerika.

Aus Peru wird den „Times“ vom 18. Juli gemeldet: In Lima ist eine Verschwörung entdeckt worden, welche General Caceres gegen die Regierung angezettelt hatte. Viele Offiziere und Zivilpersonen wurden verhaftet.

Buenos Ayres, 18. Juli. Die Deputiertenkammer genehmigte in erster Lesung das Gesetz zur Nullifizierung der argentinischen Schuld und trat in die Beratung der Einzelbestimmungen ein. Im Verlaufe der zweiten Lesung schlug der Deputierte Entrerios vor, der Staat solle bis zu 65 pCt. den Gläubigern jener Provinzen zahlen, deren Vorschuß ungenügend seien, diese Summe zu realisieren. Die Beratung der Artikel findet Mittwoch statt.

Anträge für den Internationalen Sozialdemokratischen Arbeiterkongreß.

Das Organisationskomitee des Kongresses in London hat jetzt eine Zusammenstellung der bei ihm eingegangenen Anträge für die Tagesordnung des Internationalen Kongresses veröffentlicht. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß von den Organisationen der verschiedenen Länder insgesamt 90 Anträge eingegangen sind. Die Mehrzahl derselben rühren von englischen Arbeiterorganisationen her, doch sind auch fast alle übrigen Länder, in denen es eine moderne Arbeiterbewegung gibt, unter den Antragstellern vertreten. Aus Deutschland haben nur die sozialistischen Frauen Anträge eingereicht und außerdem der sozialdemokratische deutsche Bessell in Paris.

Die große Zahl der Anträge, von denen einige einen Umfang bis zu einer halben Spalte unseres Blattes einnehmen, macht es uns unmöglich, dieselben ihrem Wortlaut nach zum Ausdruck zu bringen und müssen wir uns mit einem Auszuge begnügen. Wie auf allen bisherigen internationalen Kongressen, so wird auch auf dem diesjährigen die Frage der Zulassung der Anarchisten wieder zu Auseinandersetzungen führen. Dies ergibt sich schon aus den zur Geschäftsordnung vorliegenden Anträgen. Während die Sektion Waidstone der Unabhängigen Arbeiterpartei die Züricher Resolution über die Zulassung zum Kongreß strikte durchzuführen wissen will und die Sektion Sydney der Gasworkers Union insofern sogar eine Verklärung einführen will, daß sie beantragt, daß der Kongreß nach den Worten „politische Aktion“ im § 2 der Züricher Resolution eingefügt deren erste und wesentlichste Form die parlamentarische Aktion ist, wird von anderer Seite volle Auserachtlassung der Züricher Resolution verlangt.

Es liegen in letzterer Richtung Anträge vor von der holländischen Sozialistenpartei (Nieuwenhuis), Gewerkschaft der unabhängigen Schneider, Maschinenisten und Presser Englands, Sozialdemokratischen Föderation, Sektion Reading und von der allgemeinen Union holländischer Zimmerer.

Zur Agrarfrage liegt nur der nachstehende Antrag der Arbeiterpartei Frankreichs vor: Der Kongreß möge die Lage der Landwirtschaft in Europa und ihren Einfluß auf den Sozialismus diskutieren.

Zum Punkte der Tagesordnung „Politische Aktion“ liegen 18 Anträge vor. Den Meisten eröffnen die Holländer mit der Aufforderung an den Kongreß, er solle in klaren Worten erklären, was unter den Worten „politische Aktion“ zu verstehen ist.

Eine interessante Resolution unterbreit der Verein der Fabrier, England, zu diesem Punkte der Tagesordnung dem Kongresse. Dieselbe lautet:

Der Kongreß fordert alle Länder aufs dringendste auf, die demokratischen Einrichtungen im Lichte der Praxis und nicht nur der Theorie zu studieren; die Thatsache besonders zu beachten, daß das Referendum und die Initiative, die Wahl der Beamten durch das allgemeine Stimmrecht und die Erab-

setzung der Vertretungskörperschaften zu bloßen Delegiertenversammlungen, die nur die schon gefassten Beschlüsse ihrer Wähler verzeichnen, gewöhnlich Resultate hervorbringen, die genau das Gegenteil sind von denen, die von Demokraten erwartet werden, und sich diesen Einrichtungen aufs energischste zu widersetzen in allen Fällen, wo ihre Wirkung die sein würde, die organisierte, intelligente, Massenbewusste sozialistische Minorität auf Gnade und Ungnade der unorganisierten und apathischen Masse gedankenloser Arbeiter auszuliefern, die dem Einfluß der aristokratischen, plutokratischen und kirchlichen Kräfte der Reaktion unterliegen.

Die polnische Sozialistenpartei, ein englischer sozialdemokratischer Verein und die sozialdemokratische Partei von Russisch-Polen beantragen, daß der Kongreß für die Befreiung Polens demonstrieren und ferner ausspreche, daß die Niederwerfung des russischen Absolutismus und die Erlangung der politischen Freiheiten in Rußland nicht nur das Proletariat dieser Nationalitäten, sondern die ganze internationale Arbeiterbewegung angeht.

Die französische Arbeiterpartei beantragt: Der Kongreß möge die Stellung der Arbeiter zur Kolonialpolitik diskutieren.

Am zahlreichsten, 37, sind die Anträge, welche zum Punkte der Tagesordnung: „Wirtschaftliche und gewerbliche Aktion“ eingegangen sind. An der Spitze befindet sich ein Antrag der Sektion Battersea, Sozialdemokratische Föderation:

Daß nach Ansicht dieses Kongresses die Arbeiter aller Nationen wirken sollen dafür, daß die Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches vergesellschaftet und von dem demokratischen Staat im Interesse der gesamten Gesellschaft verwaltet werden: für die volle Emanzipation der Arbeit von der Herrschaft des Kapitalismus und des Grundherrschafts, sowie für die soziale und ökonomische Gleichstellung der Geschlechter.

Zur Anbahnung und Verwirklichung dieser Grundsätze schlägt dann der Verein der Fabrier vor:

1. Die schleunige Nationalisierung aller Bergwerke, Eisenbahnen, Kanäle, Telegraphen, Telephone, und anderer nationalen Monopole;
2. Die schleunige Municipalisierung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, der Posten, Märkte, Eisenbahnen und Omnibusdienste, der Beamten, der See und Flusstdampfschiffdienste und aller anderen lokalen Monopole;
3. Die schleunige Uebernahme durch die öffentlichen Behörden von a) Herstellung und Verkauf des Tabaks und des Brotes, der Zulieferung von Kohlen, Milch und anderen Artikeln allgemeinen Bedarfs, sowie der Errichtung von Arbeiterhäusern b) der Fabrikation und des Vertriebs alkoholischer Getränke.

Die weiteren Anträge betreffen sich besonders mit der Arbeiterschutfrage im weitesten Sinne des Wortes, sowie mit der Lohnfrage und Arbeitszeit. Als charakteristisch mögen noch die nachfolgenden Anträge hervorgehoben werden:

Dieser Kongreß erklärt sich entschieden gegen die nutzlose und gefährliche Illusion, bekannt unter dem Namen „Allgemeiner Streik“. Sektion Waidstone, Unabhängige Arbeiterpartei Englands.

Der Kongreß erklärt, daß die Agitation zu Gunsten des Achtstundentages am 1. Mai ausgegeben und an deren Stelle die Agitation zu Gunsten der Umwandlung aller Produktions- und Konsumtionsmittel aus Privateigentum in Kollektiveigentum treten soll. Holländische Sozialisten-Partei (Sozialistenbund).

Der Bund der vereinigten Geschäftsangestellten, England, beantragt, der Kongreß möge sich dafür aussprechen, daß die Zahl der Arbeitsstunden der Geschäftsangestellten nicht mehr als sechzig pro Woche mit Einschluß von ein und einer halben Stunde für Mahlzeiten täglich betragen soll, und daß die Regierung dringend aufgefordert werde, dies so schnell als möglich zum Wohl einer Klasse der Gesamtheit durch das Mittel der Gesetzgebung zu erzwingen.

Gegen das Verbot der Einwanderung ausländischer Verarmter sprechen sich der Gewerkschaftsrath von Leicester und die Sektion Waidstone der Unabhängigen Arbeiterpartei aus.

Aus den Bedürfnissen der Berliner Konfektions- und Schweiß-Industrie ist wohl nachstehender Antrag hervorgegangen, der von Fräulein Ottilie Baader und 13 Frauen aus Berlin gestellt ist:

Die sozialdemokratische Partei jedes Landes hat die Pflicht, die gesetzgebenden Körperschaften zum Erlaß eines Gesetzes zu veranlassen, welches bestimmt, daß

1. Dem Arbeitgeber nicht gestattet ist, mit dem Arbeitnehmer einen Vertrag in der Fassung abzuschließen, nach welchem ihm ersterer eine Wohnung für die Dauer des Arbeitsverhältnisses vermietet.
2. Vermietet der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer eine Wohnung, so muß mindestens eine sechsmonatliche Kündigungsfrist für beide Vertragsschließenden vorgesehen werden. Der Ablauf des Mietverhältnisses muß jedoch mit dem ordentlichen Wohnungsverwechsel zusammenfallen. Falls in dem Wohnungsbau eine längere Kündigungsfrist allgemein üblich ist, ist diese für den Arbeitgeber verbindlich, eine längere aber unzulässig.
3. Eine Verrechnung des verdienten Lohnes auf die Wohnungsmiete oder eine Beschlagnahme desselben zum Zweck deren Bezahlung ist nicht zulässig. Die Bezahlung der Miete darf nur den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen gemäß erfolgen.
4. Besondere Verabredungen beider Vertragsschließenden in Bezug auf vorstehendes sind unzulässig.
5. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. (Schluß folgt.)

Partei-Nachrichten.

Ein braver, treuer Parteigenosse, Johann Meier in Bremen, ist gestorben. Johann Meier wurde am 29. Dezember 1837 zu Hahnd geboren. Seit seinem Eintritt in das politische Leben war er demokratischen Ideen zugeneigt. Bald nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1869) trat er diesem bei; in welchem er mit seltener Ausdauer unentwegt das Interesse der sozialdemokratischen Partei am Orte wahrzunehmen freute. Bei Gründung der Bremer Genossenschaftsbuchdruckerei im Jahre 1876 ward er als Raffiner derselben bestellt und erfüllte in diesem Posten mit gewohnter Gewissenhaftigkeit seine Pflicht. Im Jahre 1878 drang er als einer der ersten Vertreter sozialdemokratischer Richtung in die Bürgererschaft. Zwölf Jahre hindurch, von 1878 bis 1890, war er in dieser Körperschaft unerschrocken die Interessen des Volkes in wirklichem Sinne zu wahren beflissen. Die Zeit der größten Schmach Deutschlands, die Zeit des Sozialistengesetzes, ertrug er in treuem Zusammenhalt und steter Wirksamkeit mit seinen Parteigenossen. Mehrfache polizeiliche Hausdurchsuchungen und sonstige Unannehmlichkeiten bildeten für ihn zu jener Zeit den angenehmen Beigeschmack des republikanischen Bürgerlebens. Im Jahre 1890, nach dem Verfall des Sozialistengesetzes, wurde Meier die Klasse des neugegründeten sozialdemokratischen Vereins anvertraut, die bis zu seinem Tode einen Beamten an ihm fand, wie er als Vorbild äußerster Pflichttreue kaum besser gedacht werden kann. Hierin wie in seiner alle Zeit geübten Anhänglichkeit an die Partei und ihre Bestrebungen liegt Joh. Meier's Verdienst. Schicksalschläge der herbsten Art, die die Partei am Orte erlitten, vermochten ihn nicht wankend zu machen in seinem Glauben an die Reinheit und Echtheit der sozialdemokratischen Ideen.

Genosse Bloß, Redakteur des Dortmunder Parteiorgans, trat gestern eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe an. Sein Ersuchen um Selbstbeschäftigung wurde unter Hinweis auf einen diesbezüglichen ministeriellen Erlaß rundweg abgeschlagen; das gleiche geschah auf ein Schreiben des Parteiverlagsgeschäfts, das dem Genossen Beschäftigung erteilen wollte. Es scheint demnach erst die Qualifikation eines Hammerstein nötig zu sein, um Ausnahmen rechtfertigen zu können.

Der sächsische Landtags-Abgeordnete Genosse Pinkau hat, den bekannten Beschlüssen der Leipziger Parteiverammlung folgend, sein Mandat niedergelegt.

Kein Vergnügen ohne Polizei! Am 9. Juli fand in Ronsdorf ein Gefängnisfest statt, zu dem aus der Umgegend zahlreiche Vereine mitwirkten. Ueber die Mitwirkung der Polizei bei diesem Fest haben wir bereits einen interessanten Beitrag geliefert. Wir entnehmen der „Niederrheinischen Volks-Tribüne“ eine Schilderung aus Ohligs, die dem Eifer der Polizei abermals ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Es heißt da: Vorigen Sonntag zog auch der Arbeiter-Gesangverein „Zukunft“ von hier hinaus zum Bundesfest in Ronsdorf. Wir mußten uns schon auf der Fahrt dorthin verwundern, wie besorgt die Ronsdorfer Behörde war, denn der Herr Gendarm Blank aus unserer Nachbarschaft war dorthin beordert. Genug, als wir in Ronsdorf in corpore vom „Niederrheinischen Hof“ zum Lokal Stoltenwerk gingen, dabei über den Marktplatz kamen, begegneten uns schon sechs Vertreter der Polizei-Behörden. Es bauerte aber nicht lange, als unser Schild in Sicht kam, schrie ein Gendarm: „Das rote Ding herunter, sonst werde ich es mitnehmen!“ Ein anderer befahl uns noch, mehr auseinander zu gehen. So mußten wir denn unser unschuldiges Schild unter dem Arm nehmen, weil es eben — rothen Grund mit goldenen Buchstaben hatte, dabei einen schwarzen Holzrahmen mit oben ausgeschnittener Lyra. War das eine große That, wir glauben auch, Ronsdorf wäre zu Grunde gegangen, wenn die Behörde nicht so energisch gegen die rote Farbe vorgegangen wäre.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Abermals der grobe Unfug. Wegen zwei dieser Mißthaten hatte die Breslauer Staatsanwaltschaft wiederum gegen den Genossen Gerhardt Anklage erhoben. In Nr. 187 der Breslauer „Volksmacht“ waren die Neuierungen zweier hiesiger Presseorgane über den Bierkrieg veröffentlicht. In einer derselben hatte die Staatsanwaltschaft „groben Unfug“ erblickt, trotzdem es die wörtliche Wiedergabe eines längeren Artikels der „Breslauer Zeitung“ war. Der Antrag der Anklagebehörde lautete auf 100 M. Geldbuße, der Gerichtshof erkannte auf Freisprache. Im Anschluß hieran hatte sich Gerhardt wegen einer in der „Volksmacht“ (Zages-Ausgabe), „Volksmacht“ (Wochen-Ausgabe) und „Wahrheit“ (Wochenblatt für Waldenburg) erschienenen Notiz zu verantworten, in welcher den Hutarbeitern mitgeteilt wurde, daß die Firma Freund u. Krebs in Breslau Filialhändler und Wäglertinnen suche. Dieser war noch beigefügt, daß diese Arbeiter für Dresden bestimmt seien und daß an dem betreffenden Orte Streik ausgebrochen ist. Der Amtsanwalt erblickte in dem Abdruck dieser Nachricht in den drei genannten Blättern drei selbständige Handlungen und beantragte, jede mit 60 M. zu bestrafen. Der Gerichtshof erkannte auch hier auf Freisprache.

— Der „Mainzer Volkszeitung“ lag im vorigen Jahre ein Prospekt bei, auf welchem ein nackter weiblicher Körper abgebildet war. Der Prospekt hatte den Zweck, das im Verlage von L. Wiß in Leipzig erscheinende „Festschrift zum 25. Jubiläum der Menschheit in Mutterleibe“ zu empfehlen. In ganz Deutschland ist der Prospekt unbeanstandet verbreitet worden, selbst die Leipziger Staatsanwaltschaft hatte die Verfolgung abgelehnt. Jedoch auf Anregung des Bischofs von Mainz, Dr. Paulus Gaffner, veranlaßte die Oberstaatsanwaltschaft zu Darmstadt den Mainzer Staatsanwalt, Anklage zu erheben gegen den damaligen Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“, Peter Tiesel, und gegen den Verleger desselben Blattes Ludwig Jost und zwar auf Grund des § 184 des Reichs-Strafgesetzbuches. Am 27. Februar kam die Sache vor dem Mainzer Schöffengericht zur Verhandlung und beide Angeklagte wurden wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen zu je 30 M. Geldbuße verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten die Angeklagten Rekurs ergriffen und kam die Sache nochmals vor der Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung. Das Gericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und sprach beide Angeklagte frei.

— Wie alle Bewegungen, die in den letzten Jahren von der Partei und von den Gewerkschaften inszeniert wurden, gerichtliche Nachspiele hatten, so auch der Mauerstreik in Dresden. Der Mauerer ist am 26. April an einen Neubau an der Börlitzerstraße gekommen und soll den dort noch nach 6 Uhr arbeitenden Maurern zugerufen haben: „Sagt mal, wollt ihr denn nicht wie wir bloß bis um sechs arbeiten?“ Der Gendarm Wose, der „zufällig“ vorbeiging arreztirte den Verbrecher, der dann bald wegen — groben Unfugs — ein auf 20 M. lautendes Strafmandat erhielt. Auf seinen Einspruch bestätigte das Schöffengericht die ausgeworfene Strafe. In den Entscheidungsrunden betonte Herr Amtsrichter Bodnig, daß die oben zitierte Äußerung „im hohen Grade geeignet sei“, bei Andersdenkenden (?) Mißbilligung hervorzurufen. Daß sich auch nur ein Mensch über die harmlosen Worte geärgert hätte, ist nicht im geringsten erwiesen worden.

— Wegen Übertretung des braunschweigischen Vereinsgesetzes wurden die Genossen Gelbke zu 75 Mark, Döberich zu 60 M. und Kießling zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Genosse Ohlendorf wurde freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß als „außerordentliche Mitglieder-versemmlungen“ angemeldeten Versammlungen tatsächlich „öffentliche Versammlungen“ gewesen seien, bei denen der Zutritt Jedermann freistand. Als Beweis dafür galt der Umstand, daß in beiden Versammlungen viele Nichtmitglieder vorhanden waren, und daß die Kontrolle nicht derartig gehandhabt wurde, daß der Zutritt nur Vereinsmitgliedern offen stand. Auch sollte vor den Versammlungen ein Flugblatt verbreitet worden sein, welches zu allgemeinem Besuch aufforderte. In dieser Versammlung wurden alsdann „öffentliche Angelegenheiten“ verhandelt, und außerdem haben die Leiter der Versammlung gebuddelt, daß „Frauenpersonen“ dabei anwesend waren. Demgemäß waren die beiden Bevollmächtigten der Zahlstelle des Verbandes zu je 15 Mark wegen falscher Angaben bei Anmeldung der Versammlung und zu je weiteren 15 M. wegen der Duldung von Frauenpersonen in öffentlichen Versammlungen, weiter zu je 15 M. wegen Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten und endlich zu je 15 M. wegen Duldung derselben als Bevollmächtigte des Vereins insgesamt zu je 60 M. verurteilt; dazu Gelbke mit weiteren 15 M. wegen Verweigerung der nach § 2 des Vereinsgesetzes geschuldeten Auskunft über die Mitgliederliste des Vereins. Von der letzteren Anklage wurden Frau Döberich und Ohlendorf freigesprochen, weil nicht erwiesen war, daß sie von der Polizei zur Auskunft persönlich angehalten worden waren. Somit war Ohlendorf, der während der fraglichen Versammlungen abwesend war, überhaupt freizusprechen. Kießling, der in der einen Versammlung, als „öffentliche Angelegenheiten“ verhandelt wurden, den Vorsitz führte, wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

— Vom groben Unfug. Bekanntlich war der Vorsitzende des Frankfurter Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Knoop, sowie verschiedene Mitglieder des Arbeiter-Musikvereins „Vasalla“ wegen groben Unfugs angeklagt, weil die Musikkapelle die Arbeiter-Marschmärsche ankündigte, als das Dampfboot, auf dem sich der Sozialdemokratische Verein am 1. Sept. v. J. von einem Ausflug zurückkehrend befand, an dem Griesheimer Sedans-Festplatz vorbeiführ. Die betreffenden Patrioten hatten sich nämlich

geärgert, weil auf ihr Hurrah von dem Dampfer die Melodie der Marschmärsche ertönte. Die Angeklagten wurden aber sowohl von dem Schöffengericht als in der Berufungsinstanz von der Strafkammer freigesprochen. Der Staatsanwalt legte hiergegen Revision ein, die jedoch von dem Oberlandesgericht in Frankfurt am 17. Juni verworfen wurde.

In der Begründung der Revisionsverwerfung heißt es über den groben Unfugparagrafen: Die Strafnorm des § 360 P.O. § 11 Str.-G.-B. kann nicht als „eine subsidiäre Strafvorschrift unbestimmtester Allgemeinheit angesehen werden, welcher der Strafrichter alles zu unterstellen befugt ist, was ihm ungehörig erscheint und doch unter die sonstigen Strafandrohungen mit ihren wahlweisen begrifflichen Grenzen nicht paßt.“ Diese einzig vernünftige Auffassung des groben Unfug-Paragrafen wird leider von den allerwenigsten Gerichten geteilt. Die Mehrzahl steht dagegen auf dem Standpunkt:

Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

(Fortsetzung.)

Halle a. S., den 13. Juli 1896.

Nach einer kleinen Pause erhält das Wort G. a. S. Leipzig: Ich bedauere, daß die Generalversammlung so schnell einberufen worden ist, die Gegnerschaft der Tarifgemeinschaft war ganz unorganisiert und so ist es gekommen, daß hier die Delegierten in der Mehrzahl als Freunde der Tarifgemeinschaft hergekommen sind. Herr Herrnhäuser gesagt hat, daß ich in der Subkommission für den Tarif-Entwurf eingetreten bin, hat gelogen. Ich hatte nicht nötig, die Gehilfenvertreter über die Schäden der Tarifgemeinschaft aufzuklären, sie haben ja selber ein Langes und Breites darüber beraten. Herr Herrnhäuser hat selbst von einem undenkbar-harmonischen Urbrei gesprochen, von einer Verberathung mit den Prinzipalen sei keine Rede. Riebel Leipzig hat sich ähnlich geäußert, nur Herr Döblin war für Tarifgemeinschaft. Daraus mögen Sie beurtheilen, wie weit die Wahrheitsliebe des Herrn Herrnhäuser geht. Der „Correspondent“ hat drei Artikel gegen die Tarifgemeinschaft gebracht. Bei den Sitzungen in Leipzig hatte ich gar kein Recht, mitzureden, da war ich nur Bericht-erstatler. Wie so ich dazu kommen sollte, den Herren fortwährend das Gewissen zu schärfen, ist mir unerfindlich. Herr Herrnhäuser hat sich über die Leitung des „Correspondent“ beschwert. Es ist wohl noch nicht dagewesen, daß ein Redakteur die Pressefreiheit so weit getrieben hat, daß er sich selbst im eigenen Blatt mit Schmutz beweren ließe. (Lachen.)

Herr Döblin hat hier Briefe von den Gauvorsitzern vorgelesen, die sich alle gegen eine Bewegung aussprechen. Es fragt sich nur, ob diese Briefe die Stimmung innerhalb der Kollegenschaft richtig widerspiegeln. Ich glaube nicht an diese völlige Muthlosigkeit der Gehilfenschaft. Bei den Tarifverhandlungen haben uns die Prinzipale an der Nase herumgeführt. Schon als die von uns ausgearbeitete Resolution betr. die Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt worden war, glaubte ich, daß die Verhandlungen abgebrochen werden müßten. Dahin gingen auch unsere Abmachungen. Was die Maschinenmeisterklausel anlangt, so stelle ich nicht in Abrede, daß ich sie veranlaßt habe. Ich sehe auch heute noch auf dem Standpunkte, daß für die Maschinenmeister ein Mobus gefunden werden muß, der ihnen die Arbeitszeit verkürzt, aber die Maschine nicht brachlegt. Bei den Tarifverhandlungen kam ich bald zu der Ueberzeugung, daß die Prinzipale es nicht ehrlich meinten. Die Buchhändler traten sofort in die Erscheinung, es war die reinste Komödie. Zuerst wurde auf die fünfjährige Dauer kein besonderes Gewicht gelegt, erst später legte Bögenstein so großes Gewicht darauf. Der Plan war durchsichtig genug, er lief auf eine vollständige Knebelung des Verbandes hinaus. Deshalb sagte ich, die Tariforganisation müsse über Bord geworfen werden. Der Moment zum Abbruch der Verhandlungen war gekommen, als die Leipziger Annahme den Tarif ablehnte und allen Versprechungen der Prinzipalvertreter ins Gesicht schlug. Hier war es klar, daß die Gehilfen wieder einmal genadelt werden sollten.

Nun zu Herrn Döblin, der Jahre lang eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat und noch spielt. Ich habe den bestimmten Verdacht, daß Döblin mit den Prinzipalen unter einer Decke steckt, um die Gehilfenschaft zu schädigen. (Auf: Na, na!) In meiner Broschüre „Der königlich preussische Gewerksverein“ habe ich nachgewiesen, wie Herr Döblin an die Spitze dieses königlich preussischen Gewerksvereins gekommen ist. Herr Döblin lobte einen Regierungsrath Jacher, der in einem Artikel die Auffassung vertreten habe, daß den Gewerksvereinen größerer Spielraum eingeräumt werden müsse. Herr Jacher ist höherer Beamter des Berliner Polizeipräsidiums! Die ganze Thätigkeit Döblins läuft auf Belämpfung der modernen Arbeiterbewegung hinaus. Seine an mich gerichteten Briefe athmen fortgesetzt denselben Geist. Seit Jahren stand er mit den Prinzipalen in Unterhandlungen und hat es der Gehilfenschaft verschwiegen. Ich glaube also, mein Mißtrauen gegen Döblin ist völlig gerechtfertigt. Er vertrat ganz die Pläne des Ministers von Berlepsch und der Prinzipale. Ich sprach schon vor Jahren die Befürchtung aus, daß sich Döblin zu eng mit den Prinzipalen liere. Döblin gestreute aber damals in einem Briefe an mich diese Bedenken. Später hat er mir zugegeben, es sei sein Bestreben, die Gegensätze etwas auszugleichen. Herr Döblin hat meiner Ansicht nach nur für die Verkürzung der Arbeitszeit Propaganda gemacht, um die Gehilfenschaft mittels dieses Ködes blind zu machen gegen ihre Auslieferung an die Prinzipale (Lachen). Sie lachen, ich werde das noch beweisen auf Grund Döblin'scher Aktenstücke. (Döblin ruft: Aber nicht gefällig!) Am 18. März 1891, in der Zeit der Tarifverhandlungen, hatten Döblin und Giesler eine Unterredung mit den Herren Klinkhardt und Dr. Schmidt im Kaiserhof in Berlin, von der die Gehilfenschaft nichts erfahren hat. Später fand noch eine zweite Unterredung mit den Prinzipalvertretern statt, von der wieder die Gehilfenschaft nichts erfuhr. Die Vertrauenslosigkeit Döblin's litt Schiffbruch. Es kam zum Streik. Während dieses Kampfes hat die Verbandsleitung alles gethan, um den Streik zu erschweren. (Lachen.) Die Leitung war völlig planlos. Gleich nach dem Streik wurden die Verhandlungen wegen der Tarifgemeinschaft wieder angebahnt und bald darauf schrieb Herr Klinkhardt die Wahlen zur Tarifkommission aus. Herr Döblin befürwortete diese Wahl, es war also klar, daß die Verhandlungen nur zu einer Reduktion führen konnten. In Stuttgart hat gelegentlich der Generalversammlung im Jahre 1892 Döblin wieder eine Unterredung mit dem Kommerzienrath Kröner gehabt. Immer ist er zu Verhandlungen mit den Prinzipalen geneigt. Im Jahre 1895 war für den 11. November eine Gauvorsitzer-Konferenz einberufen worden, am 7. November konnte schon das Organ der Prinzipale von einem neuen Anlauf der Gehilfenschaft berichten. Das sind doch merkwürdige Vorkommnisse. Wenn Sie das alles an sich vorübergehen lassen und auch die zahllosen Birkulare des Vorstandes in Betracht ziehen, so werden Sie zu der Ueberzeugung kommen, daß der Zentralvorstand fortgesetzt bestrebt war, die Gehilfenschaft mit den Prinzipalen zusammen zu koppeln. In einem Briefe an mich schreibt Döblin, die Klüffungen der Prinzipale geben keinen Anlaß zur Verwirrung, wissen Sie doch, daß wir schon lange rüsten. Drei Tage vorher war nämlich dasselbe in der „Freisinnigen Zeitung“ zu lesen. Herr Döblin muß damals ein eifriger Leser der „Freisinnigen Zeitung“ gewesen sein. (Heiterkeit.) Sie werden zugeben, daß ist eine merkwürdige Taktik der Verbandsleitung. Das war aber nicht der einzige Fehlgriß des Zentralvorstandes während des Streiks. Er veröffentlichte auch ganz genau unsern Kassenbestand. Die Prinzipale wußten genau: für 4—6 Wochen reicht das Geld noch, dann müssen sie uns kommen.“ Ein eigentümlicher Zufall war es auch, daß für den

24. Dezember, dem Tage, an welchem das Berliner Polizeipräsidium das Verbot der Extrasteuer erließ, für diesen selben Tag schon eine Konferenz der Gehilfenvertreter nach Berlin einberufen war. Negt sich etwas in der Gehilfenschaft, so sehen sich die Prinzipale in die Equipage und fahren zum Verbands-Vorsitzenden; der, sagen Sie, wird die Gehilfen schon beschwichtigen (Heiterkeit). Daß Herr Döblin der ungeschätzliche Arbeiterführer ist, das Zeugnis können wir ihm ausstellen. Ich schließe: Weg mit der Tarifgemeinschaft, hoch unsere Organisation!

Döblin Berlin: Herr G. a. S. hat die Tarifgemeinschaft mit der Haltung des „Corr.“ zusammen behandelt. Ich habe ihn nicht unterbrochen, um ihn in seiner Anklage nicht zu stören. Auf seine schamlosen Verächtlichkeiten werde ich morgen antworten. Ich nehme Sie ihm nicht übel, Herr G. a. S. spielt va banque, er kämpft um seine Existenz. Um aber die Kampfesweise des Herrn G. a. S. zu charakterisieren, will ich folgenden mir zugegangenen Brief verlesen:

„Als vollständiger Gegner jeder Tarifgemeinschaft durch zwei von mir geschriebene und auch aufgenommene Artikel („Nach dem 2. Akte“ und „Zur Wahl“) dem Kollegen G. a. S. bekannt, glaubte Kollege G. a. S. in mir eine geeignete Person gefunden zu haben, um seine Agitation gegen die Tarifgemeinschaft durch das geschriebene Wort unterstützen zu können. Auf Vorschlag des Kollegen Schmidt, der mich im Austrage G. a. S.'s in meinem damaligen Konventionsort Martrantsdorf besuchte, nahm ich vorläufig drei Tage Urlaub und arbeitete in sachlicher Weise gegen die Tarifgemeinschaft in der Wohnung von G. a. S. Als Früchte dieser Arbeit nenne ich: „Es ist vollbracht!“ — „Nicht-scheue Politik!“ — „Landrathswahlen!“ — „Widerprüfungen im Flugblatt des Zentralvorstandes“ — die Replik auf den Artikel „Und doch Fortschritt“ vom Kollegen Ros. Berlin — die jedoch sämtlich nicht so, wie sie von mir geschrieben, sondern stets verächtlich durch G. a. S. aufgenommen wurden mit der Begründung, daß diese Verächtlichkeiten den tatsächlichen Verhältnissen entsprächen. In der festen Ueberzeugung, für eine gerechte Sache und meine innerste Ueberzeugung zu kämpfen, dem Verächter G. a. S.'s glaubend, ließ ich das geschehen.

Da sollte ich dann für die geplante Broschüre Material herausfinden und zwar aus den verschiedenen Jahrgängen „Correspondent“, „Zeitschrift“ und der „Buchdrucker-Zeitung“. Nachdem ich auch verschiedentlich Einblicke in die als Hauptmaterial dienenden Briefe Döblin's genommen und gesehen, daß ich zu unläuterer Zwecke benutzt werden sollte, ebenso daß die markantesten Stellen der Briefe aus dem Zusammenhange gerissen und mit Hilfe gewagter Kombinationen die Broschüre zu einem weiteren Werkzeuge der Zerspaltung werden sollte, ahnte mir die Unwürdigkeit dieser Handlungsmethode G. a. S.'s.

Zum vollen Beweise dessen diente der ausgeprochene Plan des Kollegen G. a. S., nachdem die Wahlen zur Generalversammlung zu seinen Ungunsten ausgefallen waren, da er erklärte: „Auf keinen Fall beuge ich mich, zur Generalversammlung erscheint nun wirklich die erste Nummer einer neuen Zeitung, im Verein mit dieser, sowie der bis dahin in Lieferungen herauskommenden Broschüre muß auf alle Fälle eine derartige Opposition gemacht werden, daß eben alles drunter und drüber geht und meine Richtung eben mit einigen tausend Mitgliedern abschwankt.“ (Sebhafte Psittuce.)

Da dies aber nicht in meinem und dem Interesse des Verbandes liegen kann, so hielt ich es jetzt für meine Pflicht, die Umtriebe G. a. S.'s Döblin mitzutheilen, damit diesen die Spitze abgebrochen werden kann.

Ich handelte nur im Interesse des Verbandes. Trotzdem ich Gegner jeder Tarifgemeinschaft bin, sage ich mich doch dem Mehrheitsbeschlusse, wie ich dies auch andersfalls von der andern Seite verlangt hätte.

Deshalb muß sich auch G. a. S. fügen. Der Verband über alles. (Sebhafte Zustimmung.)

Hochachtend Hugo Hoffmann, Brauhausstr. 1.

G. a. S.: Ich muß zugeben, diese Äußerung in dem Unmut über den Anfall der Wahlen in Leipzig und Berlin gethan zu haben. Es sind aber Zeugen dafür vorhanden, daß ich von der in dem Briefe mitgetheilten Meinung längst zurückgekommen bin und an eine Spaltung des Verbandes nicht denke. (Lachen.)

Döblin schließt um 4 1/2 Uhr die heutigen Verhandlungen, nachdem vorher noch einige Begrüßungstelegramme verlesen worden sind.

Nächste Sitzung Dienstag früh 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ueber den Streik der Hafnarbeiter in Frankfurt a. M. ist zu berichten, daß die Zahl der Ausständigen die gleiche geblieben ist, wie am Sonnabend. Etwa die Hälfte hat anderwärts Arbeit angenommen und die übrigen werden ebenfalls andere Arbeit erhalten, sobald voraussichtlich der Streik jetzt beendet ist. Der Betrieb im Hafen ist im Gange, aber sehr mangelhaft; der große Elevator muß sehr häufig stillstehen, weil die ungrüßten Arbeiter mit dem Betriebe nicht Bescheid wissen.

Vom schweizerischen Brauerkampf wird uns aus Zürich geschrieben: Das Winterthurer Gerichtspräsidium hat das Verlangen der Ringbrauereien um Inhibierung der Boykottinferte abgelehnt und den Herren die Kosten und Entschädigung an die verklagte Arbeiterunion auferlegt.

Den kämpfenden Arbeitern in Winterthur kommt nun auch die Gesundheitskommission zu Hilfe. Sie erinnert in einer amtlichen Bekanntmachung an die Vorschriften, daß in jeder Wirtschaft an leicht sichtbarer Stelle die Firma derjenigen Brauerei anbringen ist, deren Bier zum Ausschank gelangt. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Das ist sehr zeitgemäß gegen den Bierschwindel.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Zabern i. El., 14. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einem neuen Prozeß gegen den Zaberner Anzeiger wegen angeblicher politischer Artikel wurde der Verleger abermals zu einer Geldstrafe von 320 Mark verurteilt. Indef darf das Blatt weiter erscheinen.

(Diese Prozesse werden angestrengt auf Grund eines alten französischen Gesetzes, das solchen Zeitungen, die keine Kautions hinterlegen, die Erörterung politischer Angelegenheiten verbietet. In Frankreich wurden die reaktionären Gesetze natürlich sofort nach dem Sturze des Kaiserreichs aufgehoben. In Elsaß-Lothringen wird vermittelst dieser napoleonischen Erbschaft „germanisiert“.)

Paris, 14. Juli. (B. Z. B.) Der Attentäter, welcher auf den Präsidenten Faure schok, heißt Francois. Es ist dieselbe Person, welche vor einiger Zeit die Papierschnitzel in die Deputiertenkammer warf. Er wohnt in der Glorystraße Nr. 46. Auf die Fragen des Polizeipräsidenten erklärte er, er sei ein Hommo da letto und Verfasser des Buches „Die Masse“. Im Revolver wurden noch drei Patronen gefunden. Nach dem Verhör wurde Francois unter bewaffneter Eskorte in das Gefängnis gebracht.

Messina, 14. Juli. (B. Z. B.) Gestern Abend fand auf der Insel Stromboli ein starker Vulkanausbruch statt, der mit einer wellenförmigen Erdschütterung verbunden war. Die Senaphoren der Beobachtungsstation sind beschädigt.

Kairo, 14. Juli. (B. Z. B.) Der gestrige Cholerabericht weist 354 Neuerkrankungen mit 384 Todesfällen auf; von letzteren kommen auf Fayum 101, auf Wady-Dafsa unter Zivilpersonen 52. Unter den ägyptischen Truppen sind ein Todesfall in Assuan, 6 in Wady-Dafsa, 1 südlich Wady-Dafsa vorgekommen; ferner ist in Semai ein englischer Soldat gestorben.

4. Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Kongress.

Eisenach, 13. Juli 1896.

Der Kongress hält seine Sitzungen im Saale des Gasthauses „Zum frohlichen Mann“ ab. Der Saal ist mit Zimmergrün, roten Draperien und Fahnen, Transparenten, den Wästen von Lassalle und Marx und dem Bildnis von Engels geschmückt.

Gegen 8 1/2 Uhr eröffneten Fahrenkamm-Erfurt den Kongress mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung. Pöhl-Eisenach heißt die Delegierten namens des Lokal-Komitees willkommen. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission sind 40 Delegierte, darunter 4 weibliche und Pöhl-Wien anwesend. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Das Bureau wird gebildet aus Mahle-Hensburg und Sabath-Hamburg als Vorsitzende und Enders, Käse, Jäger, Meyler, Fr. Wader, Seeger, Witte und Töpper.

Limme-Berlin erstattet den Bericht der Fäuser-Kommission über die Bewegung in der Konfektionsindustrie. Redner gibt einen Überblick über die Entwicklung der genannten Industrie und die Maßnahmen, welche die Arbeiter gegen die aus der Umwälzung in der Bekleidungsindustrie resultierenden Missethungen ergriffen. Der erste Anstoß zu einer planmäßigen Bewegung gab die am 13. Januar 1895 in Berlin abgehaltene Konferenz. Das Ergebnis derselben war die Wahl der Fäuser-Kommission, die mit den Vorarbeiten betraut wurde. Die Kommission stellte eine Reihe von Forderungen fest, welche der Agitation zur Grundlage dienen sollten. Das Hauptinteresse beanspruchten die Forderungen auf Aufstellung von Lohnsätzen und Einrichtung von Betriebswerkstätten. Die letztere Forderung wurde hauptsächlich in den Vordergrund gestellt und versucht, die öffentliche Meinung dafür zu gewinnen. Auch die Maßnahme, sich an dieser Forderung interessiert, leider haben sich dieselben im großen und ganzen sehr lau verhalten, obgleich die Konfektion heute bis in die kleinsten Orte gedrungen ist. Daß eine so einschneidende Forderung, wie die Errichtung von Betriebswerkstätten, nicht im ersten Anlauf zu verwirklichen war, war uns klar. Man muß anerkennen, daß auch die bürgerliche Presse, sowie bürgerliche Vereine, wie die Gesellschaft für Ethische Kultur, die evangelisch-soziale Bewegung Hannoverscher Richtung, sich der Sache nach Kräften angenommen hat. Sodann war die Kommission mit der Herausgabe einer Broschüre über die Zustände in der Konfektion beauftragt. Das ist geschehen durch die Broschüre über das Sweating-System. Der Kommission für Arbeiterstatistik wurde das gesamte vorhandene Material übergeben. Dieselbe hat jedoch die Kommission keiner Antwort gewürdigt. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Breslau nahm eine Resolution gegen das Zwischenmeister-System u. s. w. an. Die Arbeiterschaft hat den Konfektionsarbeitern in jeder Beziehung thätig zur Seite gestanden. Auf dem Parteitage traten die dort anwesenden Kollegen zu einer Besprechung zusammen. Es wurde eine Konferenz der Konfektionsarbeiter nach Erfurt berufen, welche am 24. und 25. November 1895 stattfand. Hier wurden die zu ergreifenden Maßnahmen festgesetzt. Es wurde beschlossen, die gestellten Forderungen am 1. Februar 1896 den Konfektionsärzten zuzustellen. Eine ganze Reihe von Orten hat sich bei der im Januar vorgenommenen Flugblattverbreitung leider nicht beteiligt. Mittlerweile fanden Verhandlungen mit den Konfektionsärzten und Zwischenmeistern statt. Der Streik brach schließlich aus. Berlin mußte seine Betheiligung um acht Tage hinauschieben. Er sei zwar dafür, daß Beschlüsse auch gehalten werden, wenn aber im letzten Augenblick die Situation sich so verändert, daß bei Aufrechterhaltung der Beschlüsse der Sache ein Schaden erwächst, so ist es Pflicht, sich nach der vorhandenen Situation zu richten, wenn auch gefasste Beschlüsse dadurch verlegt werden. Das war in Berlin der Fall. Der Beginn der Saison hatte sich etwas verzögert und darum mußte der Streik in Berlin etwas hinausgeschoben werden. Die Fäuser-Kommission wurde bei Ausbruch des Streiks von allen Seiten in Anspruch genommen, zum großen Theil allerdings mit Dingen, die mit der Sache gar nichts zu thun hatten. Es sei auch der Kommission zum Vorwurf gemacht worden, namentlich von England aus, daß der Streik zu früh beendet worden sei, da doch die ganze Welt mit ihrer Sympathie hinter den Streikenden stehe. Mit der Sympathie allein lasse sich nichts anfangen, wenn nicht auch der nötige „Druck“ vorhanden sei. (Sehr richtig!) Wir konnten in der ersten Woche 4 M. Streik-Unterstützung zahlen, ob in der zweiten Woche überhaupt noch etwas gezahlt werden konnte, sei fraglich gewesen; daher mußte die Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten vorläufig zurückgestellt werden.

Wenn das Ertrugene nicht überall aufrecht erhalten wurde, so liegt dies zum Theil an den Kollegen am Orte selbst, die sich zu viel auf die Zentralleitung verließen. In Berlin habe man ja den Vertrag öffentlich gebrochen. Es gebe keinen parlamentarischen Ausdruck für solch schmachvollen Wortbruch. Die Bewegung hat auch für die Kollegen das Gute gehabt, daß sie einmal die traurigen Zustände in der Konfektion ins grellste Licht gestellt habe. Es seien auch noch andere Erfolge errungen worden, der Reichstag habe sich mit der Sache beschäftigt, vom Ministerthum wurde der Streik für berechtigt erklärt, die Kommission für Arbeiterstatistik trat in eine schleunige Untersuchung der Verhältnisse, deren Resultat heute schon gedruckt vorliegt. Die Fäuser-Kommission glaubt alles gethan zu haben, was sie pflichtgemäß thun mußte; wenn Ausstellungen gemacht werden sollten, so müge man bedenken, daß der Streik in Berlin einen großen Theil ihrer Thätigkeit absorbierte. Die Hera-Broschüre fordere, daß man den Fortschritt von unten aus noch mehr als bisher propagandiren müsse. Auf wirtschaftlichem Gebiete müsse mehr geleistet werden, es müßten größere materielle Mittel zur Verfügung stehen, damit den Armen während eines Streiks das nothwendigste gewährt werden könne. Eine gefüllte Kriegskasse sei das nothwendigste. Alle Bestrebungen, welche auf Schaffung einer besonderen Organisation für die Konfektion hinausläufen, seien durch den Streik gründlich ad absurdum geführt worden. Nicht die Form der Organisation ist das wichtige, sondern planmäßiges Handeln.

Pöhl-Wien überbringt die Grüße der österreichischen Kollegen und Kolleginnen. Wenn er die Verhältnisse in Oesterreich schildern solle, so müße er die eigenen Kämpfe der deutschen Arbeiter schildern. In Oesterreich sei es um kein Jota besser als in Deutschland, nur habe man es dort noch mit einem zurückgebliebenen Unternehmertum zu schaffen. Den deutschen Konfektionsarbeiterstreik haben die österreichischen Kollegen mit großer Sympathie verfolgt. Im nächsten Frühjahr wird wahrscheinlich auch in Oesterreich in eine Bewegung eingetreten werden.

Seeger-Leipzig tadelt die Vertrauenslosigkeit der Fäuser-Kommission den Konfektionsärzten gegenüber. Seit Jahren hat man für die Errichtung von Betriebswerkstätten agitiert und trotzdem diese Forderung am ersten über Bord geworfen; alle Bewilligungen werden illusorisch gemacht durch die Hausindustrie. Die Erfolge, die Limme gesehen haben will, sind, bei Lichte betrachtet, gleich Null.

In Leipzig haben sich die Parteigenossen nicht an der Bewegung betheiligt. Er meine, wenn man erst eine Forderung aufstelle, wie die auf Errichtung von Betriebswerkstätten, und

dieselbe dann im kritischen Augenblick fallen lasse, um sie später wieder hervorzuholen, so sei das Humpen. Die Hauptsache sei eine umfassende Agitation und Organisation, von der Befehgebung und Verwaltung sei nichts zu erwarten.

Schwieger-Braunschweig erklärt, daß Braunschweig von einer Besichtigung der Erfurter Konferenz abgesehen habe, da man keine Kollegen aus der Konfektion dazu zur Verfügung gehabt habe. Das zweite Flugblatt sei für das weitere Publikum und namentlich die Landbevölkerung unverständlich gewesen, darum sei es in Braunschweig nicht verbreitet worden.

Reißhaus-Erfurt ist der Meinung, daß es der Fehler der Kommission gewesen sei, daß sie Forderungen aufgestellt habe, die nicht durchzuführen seien; daß sei die Errichtung von Betriebswerkstätten. Er sei zwar prinzipiell für diese Forderung, denn nur durch diese wäre eine Besserung der Lage herbeizuführen. Er habe seit langen dafür gekämpft. Aber eine solche Umwälzung der gesamten Schneiderei lasse sich nicht durch eine Lohnbewegung erreichen. Wenn man die öffentliche Meinung gewinnen wollte, so hätte man diese Forderung doch nicht in den Vordergrund zu stellen brauchen. Man solle keine Forderungen stellen, die nicht durchgeführt werden können. Er sehe den Erfolg der Bewegung in dem moralischen Effekt. Die Arbeiter haben gefühlt, daß sie doch eine Macht sind, wenn sie einig sind. Der persönliche Einfluß, welcher in den kleineren und mittleren Städten von den Zwischenmeistern auf die Arbeiter geübt worden, sei gebrochen. Er sei auf der Erfurter Konferenz für getrenntes Vorgehen in den verschiedenen Branchen der Konfektion gewesen, sei aber in der Minorität geblieben. Durch ein solches Vorgehen sei mehr zu erreichen gewesen. Als der Streik in Berlin ausbrach, sollte, hätten die Zwischenmeister bereits hunderte von Stücken im Hause. Limme ist also solch unterrichtet, wenn er meint, daß die Saison sich verzögert habe. Es ist eine eitle Plunkerei, wenn die Berliner Konfektionsäre darüber klagen, daß ihnen durch die Störung der Saison Tausende entgangen seien, die alten Lebenshüter, die sonst hätten verarmt werden müssen, wurden an die Detailisten verkauft. Von einem Schaden kann daher überhaupt keine Rede sein. Der wirkliche Grund, weshalb in Berlin der Streik später losbrach, war der Glaube der Kommission, daß die Forderungen allein durch den Druck der öffentlichen Meinung verwirklicht werden würden. Als dann in Erfurt der Streik ausbrach, da wurde Berlin mit hineingezogen. Er sei nicht davon enttäuscht gewesen, daß man in den Streik getreten, weil er geglaubt, daß nicht genügend Truppen und Kriegsmaterial vorhanden gewesen. Er habe sich getäuscht und freude sich darüber. Von diesem Kongress aus müssen wir wieder zum neuen Kampf blasen und für Munition sorgen. Es wird die Ausgabe aller organisirten Schneider sein, die Bewegung in Fluß zu erhalten.

Es ist ein schriftlicher Antrag aus München eingegangen auf Gründung einer besonderen Konfektionsarbeiter-Organisation. Um 12 Uhr tritt eine zweistündige Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung. Albrecht-Galle schildert, wie wenig Verständnis selbst seitens organisirter Kollegen der Konfektionsindustrie entgegengebracht wurde. Das sei jetzt anders geworden. Er könne die Anerkennung, welche Limme dem Breslauer Parteitag gezollt, nicht theilen. In der Provinz haben die Genossen, sich wenig um die Bewegung gekümmert, weil sie einfach die Wichtigkeit der Sache nicht begriffen. Selbst bei den Kollegen der Maßschneiderei habe es oft an dem nötigen Verständnis gefehlt. Redner weist die Vorwürfe, welche Limme gegen die Halle'schen Kollegen in bezug auf die Art ihrer Agitation gemacht hat, zurück. Der Verzicht auf die Einführung von Betriebswerkstätten habe im Lande einen deprimirenden Eindruck gemacht. Er sei entschieden gegen den Antrag München. Im großen und ganzen sei er mit den Resultaten der Bewegung zufrieden. Wenn wir so weiter arbeiten, kommen wir zum Ziele.

Liepel-Breslau: Wir waren in Breslau der Ansicht, welche Kollege Reißhaus geäußert, daß man in den verschiedenen Branchen der Konfektion hätte getrennt vorgehen müssen. In Breslau ist ein Minimallohn tarif erreicht worden, aber auch hier waren die Unternehmer unerbittlich genug, bei erster Gelegenheit ihre Zugeständnisse zurückzuziehen und die Löhne sogar noch unter das Niveau vor dem Streik herabzudrücken. Redner schildert ausführlich die Verhältnisse der Konfektionsarbeiter in Schlesien.

Sabath-Hamburg: In Hamburg hat der Streik am längsten gedauert. Hätten wir uns in Hamburg mit den paar Broden, die in Erfurt und Berlin erreicht wurden, begnügt, so wären wir in zwei Tagen fertig gewesen. Das hätten uns die Konfektionsäre freiwillig zugestanden. Wir haben das Hauptgewicht auf die Schaffung eines festen Lohnsatzes gelegt. Mit dem von uns ausgearbeiteten Tarif sind wir nicht durchgekommen. Der jetzt gültige Tarif ist das Produkt einer Uebereinkunft mit den Konfektionsärzten. Im Gegensatz zu Berlin und Breslau haben die Hamburger Konfektionsäre im großen und ganzen ihr Wort gehalten. Die Aufgabe der Fäuser-Kommission habe er allerdings anders sich vorgestellt, als diese ausgeführt. In ihrer Entschuldigunng müsse angeführt werden, daß ihr die Bewegung über den Kopf gewachsen sei. Niemand habe eine solche Ausdehnung des Streiks voraussehen können. Die Zurückstellung der Forderung der Betriebswerkstätten sei ein Gebot der Taktik gewesen. Uebrigens sei die große Mehrzahl der Kollegen noch so rückständig, daß sie die großen Mängel der Hausindustrie nicht erkennen. Wollen wir uns abringen wieder in den Kampf eintreten, so ist vor allen Dingen nothwendig, materielle Mittel zu schaffen. Die Organisation muß so gestellt werden, daß sie helfend eingreifen kann.

Schlumberger-Stuttgart erklärt sich mit der Thätigkeit der Fäuser-Kommission einverstanden. In Württemberg komme es vor allem darauf an, die Landtschneider in die Bewegung zu ziehen. Redner hält die gegenwärtig in Frankfurt a. M. inszenirte Agitation für verfehlt und ist gegen den Münchener Antrag. Heß-Magdeburg: Magdeburg ist nicht in die Bewegung eingetreten, weil die Agitation durch den Lokalmangel sehr erschwert war. Die Löhne sind dort ebenso schlecht oder noch schlechter als anderswo. In erster Linie müsse auf Lohnerhöhung gedrungen werden.

Holzhausen-Hensburg weist die Vorwürfe, die man der Fäuser-Kommission wegen Fallenslassens der Forderung von Betriebswerkstätten gemacht, zurück. Der Kommission standen lumpige 18 000 M. zur Verfügung aus der Verbandskasse, mit solch geringen Mitteln lasse sich nicht viel erreichen. Redner vertheidigt die Verweigerung von 5000 M. aus der Verbandskasse an die Breslauer Streikenden. Wenn wir etwas erzielen wollten, werden wir größere Opfer bringen müssen, die fremden Hilfskräfte verstehen sehr leicht. Die Forderung „Einführung von Betriebswerkstätten“ bleibt unsere Parole, sie kann aber nur durchgeführt werden, wenn wir über genügende Mittel verfügen.

Fahrenkamm-Erfurt erklärt die der Lohnkommission gemachten Vorwürfe für ungerechtfertigt. Es fehle bei dem Streik an der Unterstützung der Kollegen in den Städten, in welchen keine Konfektionsindustrie vorhanden ist. Dangel-Berlin vertheidigt die Fäuser-Kommission. Im Moment, als der Streik in Berlin ausbrechen sollte, war die Saisonarbeit noch zurück, deshalb mußten wir noch 8 Tage warten. Nicht die Berliner Arbeiter sind zum Einigungsamt

gelaufen, sondern die Konfektionsäre. Die Arbeiter sind nur einer an sie ergangenen Einladung gefolgt.

Fr. Baader-Berlin rechtfertigt die Haltung der Fäuser-Kommission. Sie habe mit einer ungeheuren Menge indifferenter weiblicher Arbeiter zu thun, auf deren Ausdauer nicht zu rechnen war. Die Kommission hätte darum geradezu unverantwortlich gehandelt, wenn sie nicht vorher alle anderen Mittel versucht hätte, ehe sie zum Streik schritt. Die Kommission verdiene keinen Tadel, sondern das höchste Lob.

Woe-Altona: Das Fallenslassen der Hauptforderung hat in den Arbeiterkreisen stark verschimpft, doch möge die Kommission wohl recht daran gethan haben.

Böhm-Erfurt erklärt, daß er Zwischenmeister und von Zwischenmeistern gewählt worden sei. Er lehne die Bezeichnung „Zwischenmeister“ ab, er sei Meister, der Konfektionsäre sei der Kaufmann und nicht etwa Obermeister. Er könne sich nicht für die Einführung von Betriebswerkstätten erwärmen, die Hauptsache sei die Erhöhung der Löhne.

Frau Zeilin-Berlin stellt folgenden Geschäftsordnungs-Antrag: Ich beantrage 1. sich in den laufenden Debatten der Anregungen und Vorschläge betreffs der weiteren Aktion zu enthalten, denn diese fallen zum Theil a) unter Punkt 3 der Tagesordnung (unsere Forderungen an die Befehgebung), b) unter Punkt 4 der Tagesordnung (Presse und Agitation), c) unter die Verhandlungsgegenstände des Verbandstages (Organisation); 2. eine besondere Kommission zu ernennen, welche Vorschläge zu Punkt 4 ausarbeiten und bei den diesbezüglichen Verhandlungen dem Kongress zu unterbreiten hat. — Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Limme weist die Vorwürfe Seeger's zurück. Dieselben „sitten“ nicht an übermäßiger Sachkenntnis. Die angebliche Behauptung des Pöhlers v. Soden, daß auf seine Anregung hin der Streik in Berlin hinausgeschoben worden sei, sei unrichtig. Er glaube auch nicht, daß v. Soden diese von Seeger wiedergegebene Behauptung ausgesprochen habe, denn er halte Herrn v. Soden für einen zu anständigen Mann, als daß er etwas Unwahres sage. Es sei auch nicht richtig, was Reißhaus gesagt habe, die Kommission habe den Streik geschaut, darum habe sie ihn hinausgeschoben. Reißhaus behaupte, es sei schon Saisonarbeit genug vorhanden gewesen. Das Gegentheil sei der Fall. Die Aufforderung zu Unterhandlungen sei von dem Magistrats-Inspektor v. Schulz ausgegangen. Auch der Gewerbe-Inspektor und die evangelisch-soziale Gruppe unter Führung v. Soden's sei an die Kommission herangetreten. Aus bester Quelle stammende Nachrichten über das Ausbleiben der Saisonarbeit veranlaßten die Kommission zu der Hinausschiebung des Streiks und er glaube heute noch, daß sie recht gehandelt. Die gewonnene Woche hat uns gute Dienste gethan, die öffentliche Meinung wurde gewonnen. Nach reiflicher Ueberlegung müße er sagen, wenn er noch einmal vor dieselbe Situation gestellt werde, werde er genau wieder so handeln. Eine solche Zentral-Streikleitung, wie sie hier angeregt wurde, ist nicht durchführbar. Auf die Betriebswerkstättenfrage übergehend, bemerkt Redner, daß es ihn eigenhümlich berührt habe, daß man Vorwürfe über die Aufstellung der betreffenden Forderung erhebe, obgleich man wüßte, daß sie sich nicht ohne weiteres durchführen lasse. Stellen wir nicht auch die Forderung des Achtstundentages, obgleich die Verwirklichung vielfach noch nicht erreicht werden kann? Die Forderung war von großer propagandistischer Wirkung, sie fand selbst in weiten Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft Verständnis. Sei sie jetzt nicht verwirklicht, so werde sie wiederkehren, bis sie durchgeführt. Er glaube, wenn alle Umstände in betracht gezogen würden, so müße man sagen, die Kommission habe korrekt gehandelt.

Lühner-Dresden: In Dresden würde man nicht so lange haben zu streiken brauchen, wenn von vornherein die Mehrzahl der Arbeiter in den Streik eingetreten wären. Er glaube, daß sich in Dresden die Betriebswerkstätten hätten durchdrücken lassen, wenn man an der Forderung festgehalten hätte.

Nach Wahl der von Frau Zeilin beantragten neungliedrigen Kommission wurden die Verhandlungen abgebrochen.

lokales.

Am Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23, eine öffentliche Volksversammlung statt. Es werden namentlich die Frauen erjucht, zahlreich zu erscheinen. Die Emdenerin.

Vom Dreiklassen-Wahlssystem. Bei der diesjährigen Vertheilung der stimmberechtigten Bürger Berlins auf die drei Abtheilungen ist die nicht unvortheilhafte Ehre, Wähler der 1. oder 2. Abtheilung zu sein, wieder etwas lothspieliger geworden. Zur 1. Abtheilung gehören jetzt diejenigen Wähler, welche mindestens 4348 M., zur 2. Abtheilung die, welche mindestens 883,72 M. Steuern zahlen, zur 3. Abtheilung alle übrigen Wähler. Die Wandlung, die sich in dieser Beziehung in den letzten Jahren vollzogen hat, wird aus folgendem ersichtlich. Der Mindest-Steuerbetrag war:

	1898	1894	1895	1896
1. Abtheilung:	M. 2956,80	3152,40	3891,20	4348,00
2. „	597,90	652,20	781,74	883,72

Die Summe aller für die Abtheilungsbildung zu Grunde gelegten Steuern hat in demselben Zeitraum nur wenig und durchaus nicht ununterbrochen zugenommen. Sie war 1893: 44 455 617 M., 1894: 48 270 023 M., 1895: 43 761 990 M., 1896: 45 820 728 M.

Die städtische Deputation beabsichtigt die Umgestaltung des Holsteiner Ufers, wobei die Anschaffung einer Böschung und die Inanspruchnahme einer von der Ministerial-Bauf Kommission zu erwerbenden Spreewasserfläche in Aussicht genommen war. Zwischen den Strombehörden ist es nun bei den darüber gepflogenen Verhandlungen zu einer Einigung dahin gekommen, daß angesichts des immer mehr zunehmenden Schiffsahrts-Verkehrs eine Schmälerung der Spreewasserfläche prinzipiell nicht mehr gebuldet und daß insbesondere wegen der sehr lebhaften Benutzung des Holsteiner Ufers als Badestraße für die Anschaffung nicht gestattet werden soll.

Die akuten Darmkrankheiten scheinen in diesem Sommer in Berlin, dank der meist kühlen Witterung, weniger Opfer fordern zu sollen als im Vorjahre, wobei freilich in betracht gezogen werden muß, daß die Sterblichkeit an diesen Krankheiten im vergangenen Sommer hier ungewöhnlich hoch war. In den 4 Wochen 31. Mai bis 27. Juni 1896 starben nach Ausweis der bis jetzt vorliegenden Wochenberichte des Berliner „Statist. Amts“ an:

Woche	Diarrhoe	Brech- durchfall	Magen- und Darmkatarrh	Zusammen
31. Mai—6. Juni	18	13	17	48
7.—13. Juni	31	36	17	84
14.—20. Juni	37	55	22	114
21.—27. Juni	28	44	30	100
Zusammen	107	148	86	341

Die allermeisten Fälle betrafen, wie immer, Kinder unter 2 Jahren. Der Einfluß der Witterung, besonders der Temperatur, tritt diesmal wieder recht deutlich hervor. Die

Zunahme der Sterblichkeit bis zur 3. Woche geht ziemlich genau parallel der Steigerung der Temperatur. Ebenso entspricht der plötzliche Rückgang der Sterblichkeit in der 4. Woche dem letzten Drittel des Juni eingetretenen Temperaturrückgang. In den Vororten war der Gang der Sterblichkeit ähnlich. Nach den Wochenberichten der „Veröffentlichungen des Kaiserl. Gesundheitsamtes“ starben an akuten Darmkrankheiten (in Klammern die besondere Zahl für Brechdurchfall) in:

Woche	Charlottenburg	Schöneberg	Nixdorf	Zusammen
31. Mai bis 6. Juni	6 (2)	2 (1)	2 (1)	10 (4)
7. bis 13. Juni	4 (2)	3 (3)	5 (2)	12 (7)
14. bis 20. Juni	15 (6)	4 (1)	11 (7)	30 (14)
21. bis 27. Juni	12 (9)	3 (2)	9 (3)	24 (16)
Zusammen	37 (19)	12 (7)	27 (15)	76 (41)

Auch hier ist der Einfluss der Temperatur deutlich erkennbar. Selbstverständlich ist aber die Wirkung nicht die Ursache, sondern nur eine der Bedingungen, von denen die in jedem Sommer zu beobachtende Zunahme der Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten abhängt. Ein bei weitem wichtigeres Moment ist die Ernährung und Pflege des Säuglings, deren Unweidmässigkeit oder Unzulänglichkeit besonders in den heißen Sommermonaten verhängnisvoll wird. Daher fordern diese Krankheiten die meisten Opfer, wie wir früher gezeigt haben, unter den Kindern des Proletariats.

Die städtischen Bureau-Hilfsarbeiter haben an den Magistrat ein mit 278 Unterschriften versehenes ernstes Bittgesuch gerichtet, dahingehend, das Dienstverhältnis den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen und die Pensionverhältnisse zu regeln.

Polizeiliche Mißhandlung der deutschen Sprache. Ein vom königlichen Polizeipräsidenten in Berlin ausgestelltes Formular enthält in Druckchrift folgenden Wortlaut:

„Das von Ihnen nachgesuchte Führungs-Attest ist heute ausgefertigt. Sie werden angefordert, dasselbe gegen Zahlung der erkauften (1) Expeditionsgebühren im Betrage von 1 Mark 63 Pf. unter Vorzeigung dieser Verfügung (1) binnen acht Tagen im Polizei-Dienstgebäude, Am Alexanderplatz, Eingang 4, part., Zimmer Nr. 61, an den Wochentagen in den Vormittagsstunden von 9—1 Uhr abzuliegen. (!!) Kommen Sie dieser Aufforderung in der gesetzten Frist nicht nach, so wird mit der exekutivischen Einziehung des gedachten Betrages ohne weiteres vorgegangen werden.“

Das ist ja eine wahre Attacke auf unsere gute deutsche Muttersprache!

Auch der Ton ist recht anheimelnd. Man wird nach dem Durchlesen dieses Produktes klopfenden Herzens auf das Polizeipräsidenten eilen, in der Furcht, daß selbiges einen anderwärts am Ende gar zur Sicherung der „erkauften“ Expeditionskosten mit dem grünen Wagen aus der Wohnung „abblanze“.

„Du lieber Himmel!“ In dem hiesigen Wismarckblatt lesen wir: „Die schon wiederholt von uns mit Beifall behandelte Idee, durch Errichtung von Arbeitsausweisen und Stellenvermittlung im Reich der Kriegervereine der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, wird jetzt feste Gestalt gewinnen. Wie man hört, wird die Organisation dieser Stellenvermittlung generell ins Werk gesetzt werden. Berlin würde die Zentrale sein und die Zweigvereine sich in den Orten befinden, wo die General-Commandos der Armeekorps ihren Sitz haben. Der Arbeitsnachweis soll für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich sein, bei letzteren soll auch kein Druck behufs Eintritts in die Kriegervereine ausgeübt werden. Vom Bundesvorstand sind Rundschreiben an die einzelnen Verbände und Bezirksverbände wegen dieses Arbeitsnachweises bereits versandt worden; es handelt sich zunächst darum, zu ermitteln, wie weit dieselben an dem Werke mitarbeiten wollen und wie hoch sich die Kosten stellen.“

Die Angst vor der Sozialdemokratie muß in gewissen Regionen einen bedenklich hohen Grad erreicht haben, wenn man bereits anfängt, die Kriegervereine zum Zwecke der Arbeitsvermittlung generell zu organisieren. Die nichtgenerelle Organisation scheint bislang wenig verlangen zu haben, trotzdem sie schon im Herbst vorigen Jahres eine bis zu Thränen rührende Gestalt angenommen hat.

Anfang Oktober forderte schon das Kriegervereins-Organ „Die Parole“, „alle Patrioten“ auf, der entlassenen Reservisten zu gedenken. „Die Sozialdemokratie“, so jammerte das Blatt, streift ihre Fangarme nach ihnen aus, sorgt dafür, daß sie schnell Arbeit bekommen, und rechnet dann darauf, daß die ihr zu Dank verpflichteten „treuen Genossen“ werden. Der angstvolle Ruf schloß mit den Worten, daß jeder, der einem Reservisten Arbeit verschaffe, unter Umständen einen Menschen vor Unheil und Verderben rette.

Das Unheil und Verderben, denken wir, wird auch nunmehr, trotz der „generellen Organisation“ seinen Gang gehen. Denn erstens wissen die Proletarier nach der Entlassung aus dem Militärdienst, wohin sie gehören, zweitens ist die Sozialdemokratie den Kriegervereinen in puncto Solidität denn doch ganz bedeutend über, und drittens liegt die Sache so, daß die Unternehmer sich der patriotischen Arbeitsnachweise nur erinnern, wenn ihre ehrlichen Arbeiter im Lohnkampf liegen und sie zuerst einer Anzahl Streikbrecher bedürfen. Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, ob die Arbeitsnachweise der Kriegervereine gar mit einer behördlichen Förderung oder Unterstützung gesegnet sind. Die Fassung der Notiz läßt beinahe eine derartige Annahme zu.

Wahre Hungerlöhne erhalten die Arbeiterinnen der Puppenfabrik von Georg Hebert in der Alten Jakobstraße. Die Bezahlung, welche für das Nähen und Anziehen von Puppenkleidern geboten wird, spottet jeder Kritik. Für ein Duzend Geknopfpuppen von ca. 10 Zentimeter Höhe giebt es sechs Schilling. Dafür sind zu fertigen auf der Nähmaschine: 12 Höschen und 12 Kleider; mit der Hand sind 12 Kleider zweimal zu schnüren, überzugehen, festzunähen mit Band oder Spitzenpasse zu garnieren. Ferner sind noch zwölf Hüte mit Bandschleifen zu versehen. Noch standalder werden die „Pärchen“ bezahlt. Für 12 Knaben und 12 Mädchen giebt es fünfundsiebzig Pfennige. Die Mädchen bekommen Hängelleider mit modernen Puffärmeln. Man hat also mit der Maschine vorzunähen: 12 Höschen für die Knaben und 12 für die Mädchen, sowie für die letzteren 12 Kleider. Sodann müssen die Kleider sauber mit Hohlstichen gesäumt, geschnürt, in sehr engen Blisseealten gelegt und überzogen werden, die Kerne sind gleichfalls zu schnüren, überzugehen und festzunähen. Die breiten Puffärmel sind mit Wachspapier zu besticken und am Kleide anzunähen, außerdem müssen 12 Hüte aus Stoff geschnürt und mit weißem Velv garniert werden. Den Knaben müssen zunächst die Höschen übergezogen und angehängt werden, sodann erhalten sie ein gefülltes Vorhändchen mit Strohstrahlen und Schleifenbesatz. Die auf der Maschine vorzunähenen Jacken werden übergezogen und angehängt und dann werden 12 Matrosenhüte mit Stoff bezogen. Für „Spitzenpuppen“ giebt es 45 Pf. pro Duzend. Dafür ist ein Unterrock zu garnieren, ein Spitzenröckchen auf der Maschine mit zwei Bandschleifen zu besticken, und dann in sehr engen Blisseealten an der Puppe zu besticken. Die Taille wird gleich auf den Hals garniert mit doppelten Spitzenvolants, Band und Schleifen besetzt. Den Schluß bildet eine aus Spitzen zu ziehende Kapotte mit breitem Spitzenkragen und Schleifenbesatz. Bei sehr angelegter Arbeit bekommt man etwa 1—1½ Duzend Puppen am Tage fertig. Die Arbeit wird denn auch hauptsächlich von „Damen der besseren Stände“, die nur für Taschengeld zu sorgen haben, gemacht. Wer von dieser Arbeit sein Leben fristen will, muß verhungern.

Die Wuth der Bäckermeister über den Maximal-Arbeitsstag kennt keine Grenzen. Jetzt wollen sie fürchterliche

Rache nehmen an den Gesellen „für alle die Niederträchtigkeit und den Kerger, den sie den Meistern bereitet haben“, wie sich Herr Obermeister Gemeinhardt in einer Versammlung von wiederholten Bäckermeistern geschmackvoll ausgedrückt hat. Sie wollen den Gesellen nämlich das Badgeld entziehen, welches für das private Kuchenbacken zu entrichten ist. Es wäre dies eine Kleinliche Rache, wenn es überhaupt eine wäre. Bisher aber haben die Gesellen von diesem Badgelde noch wenig zu sehen bekommen. Gemeinhardt floß dasselbe in die Taschen der Werkführer. Schon lange aber haben viele Meister das Einsehen gehabt, daß auch diese Badgroßen in ihren Taschen weit besser aufgehoben sind und haben den Rath des Herrn Gemeinhardt schon befolgt, noch ehe derselbe ertheilt worden war. Der Herr Obermeister ist etwas zu spät aufgestanden.

Da jetzt mit der Einberufung der Reservemannschaften begonnen wird, machen die Staatsbehörden darauf aufmerksam, daß die Familien der zu den Friedensübungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen erhalten, daß der Anspruch auf Unterstützung bei der Gemeindebehörde desjenigen Ortes anzubringen ist, an welchem der Unterstützungsberechtigte zur Zeit des Beginnes des Unterstützungsanpruches seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, und daß der Anspruch erlischt, wenn die Anmeldung nicht binnen 4 Wochen nach beendeter Übung erfolgt.

Der alte Graf Königsmark. Die „Vollst.-Ztg.“ meldet: In den Kreisen der hohen Aristokratie zu Potsdam macht eine Gesehiedungsfrage von sich reden, welche der alte Graf von Königsmark auf Schloß Plaue gegen seine Gattin, die sich schon längere Zeit auf Reisen befindet, angestrengt hat.

Ueber den Unglücksfall im Schloß Weikensee, den wir gestern kurz meldeten, liegen jetzt folgende nähere Nachrichten vor: In dem bekannten Vergnügungslotal von Sterneder fand ein Kinderfest statt, das sehr stark besucht war; namentlich waren die Turmgeräthe im Garten von großen Kinderhaufen belagert und es war ein hoher Mastbaum errichtet, an welchem das sogenannte Stangenlettern nach Gesellen ausgeführt wurde. Gegen 5½ Uhr war auf diese Stange der 13jährige August Kurth hinaufgeklommen, beisteht sich jedoch sehr mit dem Abstieg, weil nach seiner Erklärung der Mastbaum sehr geschwankt habe. Raum hatte der Knabe die Ausrufung gethan, als der Mastbaum auch schon umstürzte und vier Kinder unter sich begrub, deren Eltern die Zimmermann Raubisch'schen Eheleute, Weikensee, Elsfäßler, 16, sind. Die zwölfjährige Anna K. erlitt Querschnitten an der Seite, ihr neunjähriger Bruder erlitt Verletzungen im Gesicht, während der fünfjährige August K. unverletzt davonkam. Das jüngste der Geschwister, die fünf Jahre alte Mariha K. blieb sofort todt. Der folgende Mastbaum hatte ihr einen Schädelbruch, wie der sofort hinzugerufene Arzt, Herr Dr. Euphrat Konpatitz, zugefügt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Für Aerzte. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Von den Rezipientenpersonen wird nicht selten die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen obliegende Anzeige der in ihrer Praxis vorkommenden Fälle ansteckender Krankheiten verabsäumt. Ich finde mich daher veranlaßt, an die Bestimmungen der §§ 9—16 und 44 des durch Allerhöchste Ordre vom 8. August 1885 bestätigten Regulativs über die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei den am häufigsten vorkommenden ansteckenden Krankheiten (Gesetzsammlung Seite 248 und 255 von 1885) und der Polizeiverordnungen vom 31. August 1884, 18. Juli 1886, sowie 3. Juli 1893 (§ 3), betreffend Anzeige von Erkrankungen an Diphterie bezw. Kindbettfieber, Lungen-, Kehlkopf- und Darmtuberkulose u. s. w., durch welche die Anmeldung eines jeden Falles von Cholera, Pocken, Typhus, Diphterie, Kindbettfieber und Hundswuth, Milzbrand oder Röh (beim Menschen) an die Polizeibehörde unbedingt, sowie von Lungen-, Kehlkopf- und Darmtuberkulose unter gewissen Umständen vorgeschrieben ist, hierdurch zu erinnern.

Zur Selbsthilfe schritten in der Nacht zum Sonntag auf dem Neubau Bredowstr. 32 etwa 30 Tischler und Anschläger, indem sie alles, was nicht niert- und nagelst war, aus dem Bau entfernt, um so den Bauherren zur Lohnzahlung geneigt zu machen. Es giebt bekanntlich immer noch Nichter, die einen derartigen Akt der Nothwehr für ein Verbrechen halten.

Von zwei Strohmännern verhaftet wurden vor einigen Tagen auf dem nördlichen Heimwege von der Tempelhoferstraße in Schöneberg bis Friedenau ein Herr nebst seinen beiden Schwestern aus Steglitz. Auf der ganzen Strecke von der Dorfstra. Schöneberg bis zur Kirchstraße in Friedenau war kein einziger Wächter zu sehen.

Erschossen hat sich, wie uns aus Giebichenstein gemeldet wird, am Sonntag Morgen in den Giebichensteiner Bergen der fünfundsiebzigjährige aus Berlin gebürtige Zahlmessier-Aspirant Sch.

Beim Baden verunglückt ist der 28 Jahre alte Schmiedegeselle Richard Schröder aus Neumühl bei Dirschau, der hier bei dem Meister Kerstich, Neue Poststr. 14, arbeitete und wohnte. Schröder badete am 7. d. M. in der städtischen Anstalt im Nordhafen, schwamm in den Hasen hinein und gerieth in die Gefahr, zu ertrinken. Der Bademeister rettete ihn im letzten Augenblick und ließ ihn in das städtische Krankenhaus zu Noabit bringen. Hier bekam der junge Mann eine Lungenentzündung, die einen tödtlichen Ausgang nahm.

Die herrlichste der Welten. Weil er seiner Frau nicht zur Last fallen wollte, hat sich gestern, Montag Abend der 39 Jahre alte Arbeiter Karl Kohlmann aus der Körnerstraße 15 das Leben genommen. Kohlmann war seit längerer Zeit augenkrank und infolge dessen zuletzt arbeitsunfähig. Den Lebensunterhalt für das Ehepaar und sein einziges Kind erwarb die Frau durch Ausfragen von Zeitungen. Als sie gestern Abend um 8½ Uhr nach Hause kam, fand sie an ihrer Kellerwohnung auf dem Hofe die Thür verschlossen, ein Fenster dagegen geöffnet. Durch dieses stieg sie ein und fand ihren Mann als Leiche mit einer Schnur an der Klinke der Stubenthür hängen. Er hatte es nicht mehr ertragen können, daß seine Frau sich für ihn quälte mußte.

Verbreiteter Fluchtversuch. Als gestern Nachmittag sechs abgerichtete Verbrecher über den Hof des Untersuchungsgefängnisses zu dem vor dem Portale bereitstehenden „grünen Wagen“ transportirt wurden, um nach Wladesee gebracht zu werden, versuchte einer der Gefangenen, die Flucht zu ergreifen. Auf den lauten Ruf des begleitenden Beamten: „Haltet ihn!“ trat der Gerichtsdiener Meyer dem Flüchtling entgegen und hielt ihn mit nerviger Faust fest, wiewohl derselbe verzweifeltten Widerstand leistete und dem Beamten, um denselben von sich abzustütteln, sehr heftig in die rechte Hand biß. Vor dem Portale hielt sonderbarer Weise eine unbesezte Droschke, wiewohl sich dort keine Haltestelle befindet.

Liebeskammer hat Montag Nachmittag die Verkäuferin Minna Dübner aus Frankfurt a. O. ins Wasser getrieben. Das 15jährige junge Mädchen war in der Konditorei von Nixdorf in der Mohrstr. 98 angestellt und wohnte auch dort im Hause. Gestern Morgen um 8 Uhr ging sie weg mit dem Bemerkten, daß sie eine Freundin besuchen wolle. Ob sie dort gewesen ist, weiß man nicht. Bald nach Mittag suchte die Lebensmüde sich im Hofengraben im Thiergarten zu ertränken, wurde aber von Augenzeugen des Vorganges aus dem Wasser herausgeholt und in ein Krankenhaus gebracht.

Übermals ein furchtbares Streckungslied ereignete sich in der Nacht zum Dienstag in der Nähe des Bahnhofes Nixdorf auf der Bahnstrecke Treptow-Nixdorf. Von einigen Arbeitern, die dort

in der Nacht beschäftigt waren, wurden 3 Mann von einer Rangiermaschine zermalmt, während sich ein vierter durch einen Sprung von der Brücke vor dem Uebersahren retten konnte, doch durch den Sturz so schwere Verletzungen erlitt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Leichen der drei getödteten Arbeiter wurden nach der Nixdorfer Leichenhalle geschafft. Die eingeleitete Untersuchung muß ergeben, wen die Schuld an dem Vorfalle trifft, durch den abermals die Gefährlichkeit der Beschäftigung, welche die elend entlohneten Bahnarbeiter zu verrichten haben, mit entsetzlicher Klarheit dargelegt worden ist.

Die Getödteten sind die Arbeiter Johann Kowalski, Johann Cepa und Adam Pfeiffer. Kowalski und Pfeiffer sind Familienväter, während Cepa unverheiratet ist. Der Verletzte, welchem der rechte Unterschenkel abgetrennt ist und der sich beim Aufschlagen auf dem harten Kiesboden auch noch Verwundungen des Kopfes zugezogen hat, ist der ledige Arbeiter Max Ebel aus Charlottenburg.

Polizeibericht vom 14. Juli. Gestern erhängten sich vier Personen, und zwar: der Kutscher J. Friedrichstraße wohnhaft, wahrscheinlich ist Arbeitslosigkeit der Grund zu dem Selbstmorde, — der pensionirte Feuerwehrmann J. in der Neuen Königstraße wohnhaft, aus noch nicht aufklärter Veranlassung, — die separirte Arbeiterin K. Kopenstr. 31 wohnhaft, wahrscheinlich infolge von Krankheit, — und ferner der Armenempfänger K. aus unbekanntem Grunde. — Zu ertränken versuchte sich die unverehelichte Verkäuferin Minna H., weil sie von ihrem Dienstherrn der Unterstellung beschuldigt wurde, und der 16 Jahre alte Arbeitsburche Hesse, weil er mit seinen Eltern in Streit gerathen sei, wie er selbst angab. Beide Personen wurden, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, wieder aus dem Wasser gezogen. — In der Hasenhaide wurden die Pferde eines vom Kutscher Barefel geführten, mit Balken beladenen Wagens schein. Vor dem Restaurant „Zur Neuen Welt“ stürzte eines von ihnen. Der Kutscher bemühte sich nun, das zerrissene Geschirr in Ordnung zu bringen, erhielt dabei aber einen solchen Schlag mit dem Fuß, daß er zur Seite geschleudert wurde und sich überschlug. Die Pferde rannten mit dem Wagen weiter und überführten am Thurmplatze den 18 Jahre alten Sohn des Arbeiters Graf, der so schwer verletzt wurde, daß er schon während des Transportes in ein Krankenhaus starb. Die der Arzt im Krankenhaus feststellte, trat der Tod infolge eines Gehirnbruches und der Schädelverletzungen ein. Dem Kutscher scheint kein erheblicher Schaden zugefügt worden zu sein. — Der Kutscher Hohenburg, der in übermäßig schneller Gangart mit einem Arbeitswagen die Gäßlerstraße entlang fuhr, stürzte beim Einbiegen in die Amalienstraße vom Bock, wurde durch ein Hinterrad eine Strecke mitgeschleift und erlitt dadurch so schwere Verletzungen, daß er in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — In der Brunnenstraße geriet gestern 115 Pfd. Watte, die ein Bauburche auf einem Hundewagen fuhr, auf noch nicht aufklärter Weise auf offener Straße in Brand. Die Abföschung wurde von dem Laufburchen selbst bewirkt. — Gestern Nachmittag erschoss sich in Charlottenburg der Schumann W. mit einem Revolver.

Witterungsübersicht vom 14. Juli 1896.

Stationen	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (° C.)
Swinemünde	765	SWW	2	heiter	19
Hamburg	766	Stil	—	halb bedeckt	18
Berlin	766	W	1	wolkig	18
Biesbaden	766	O	1	wolkenlos	18
München	767	Stil	—	wolkenlos	17
Wien	763	SW	2	wolkenlos	17
Japaxanda	766	Stil	—	wolkenlos	22
Petersburg	766	ONO	1	Dunst	16
Cort	764	SEW	3	bedeckt	16
Aberdeen	761	S	1	wolkig	16
Paris	765	NO	0	wolkenlos	17

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. Juli 1896.

Trockenes, vorwiegend heiteres Wetter mit schwachen östlichen Winden und zunehmender Erwärmung.
Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Sieben neue Derwische sollen in der Ausstellung „Kairo“ eingetroffen sein. Angefaßt der seit Monaten in Kairo wie in Egypten in ziemlich starkem Umfange herrschenden Cholera-Epidemie, der nach telegraphischen Meldungen schon viele Tausende zum Opfer gefallen sind, ist — wie der „National-Zeitung“ von ärztlicher Seite geschrieben wird — die Frage wohl berechtigt, ob und welche sanitären Schutzmaßregeln seitens unserer Medizinal-Behörden getroffen worden sind, um einer etwaigen Einschleppung der Cholera nach Berlin durch die aus Egypten gekommenen Derwische oder deren Effekten wirksam vorzubeugen. Zur Verhütung des Publikums wie auch schon im Interesse der Ausstellung „Kairo“ wäre eine baldige authentische Aufklärung darüber durchaus erwünscht. Vielleicht stammen aber die „Derwische“ aus der Ackerstraße, dann kann Berlin ruhig sein.

Ein neues Opfer scheint die Spekulation auf der Gewerbe-Ausstellung gefordert zu haben. Der von Gläubigern hart bedrängte Pächter des Restaurants im American-Theater im Vergnügungspark, Herr Franz Lange, ist am Montag von der Ausstellung fortgegangen und bis jetzt nicht wieder zurückgekehrt. Man vermuthet, daß Lange Selbstmord begangen habe.

Polizeilich inhibirt ist der Bau eines großen Schuppens, welchen das Stahlverleihs-Institut außerhalb der Gewerbe-Ausstellung am Equipagen-Halteplatz hat errichten lassen. Diese Inhibition ist, wie wir erfahren, darauf zurückzuführen, daß man vergessen hat, die baupolizeiliche Erlaubnis eingeholt. Auf die gleiche Ursache ist auch die bereits gemeldete zwangsweise Befreiung der Zeltbächer verschiedener Restaurants in „Alt-Berlin“ zurückzuführen und nicht auf das Eingreifen der Direktion, wie verschiedentlich behauptet wurde.

Kunst und Wissenschaft.

Dieser Tage feierte der ordentliche Professor der Physiologie an der Berliner Universität, Herr Emil du Bois-Reymond, sein 50jähriges Jubiläum als akademischer Lehrer. Nachdem er in jungen Jahren sich mit dem Studium der Theologie beschäftigt hatte, wandte er sich bald den Naturwissenschaften und dann der Medizin zu. Bahnbrechend waren seine Untersuchungen über die thierische Elektrizität, welche er 1841 begann und in den Jahren 1848—1864 in mehreren Bänden nach einander veröffentlichte.

Mit dem großen Physiker und Physiologen Behnholt befreundet, vertrat er, wie dieser, die Anschauung, daß es eine besondere Lebenskraft nicht gebe, sondern daß alle Lebensvorgänge auf rein physikalische und chemische Erscheinungen zurückzuführen seien. Es ist klar, daß eine solche, allerdings ganz wissenschaftliche Anschauung bei den Frommen im Lande großen Anstoß erregen mußte. Du Bois scheute sich nicht, die theologischen Konsequenzen seiner Ansichten auszusprechen, und wurde daher von der Orthodoxie recht bitter gehaßt. Es ist bekannt, wie

Bestig vor einigen Jahren der Kultusminister v. Goltz im Abgeordnetenhaus von dem frommen Stöcker angegriffen wurde, weil er bei einer Rede du Bois' zu Ehren Leibniz nicht aufgefunden und fortgegangen wäre, als dieser seine gotteslästerlichen Anschauungen entwickelte.

Der Angriff hat dem Professor nichts geschadet. Goltz erklärte trotz des Stöckers der Junfer, daß du Bois gesprochen habe, wie ein geistreicher gebildeter Mann, und daß er ihm mit Vergnügen zum zweiten Male zuhören würde. Freilich hat Herr du Bois sich auch stets bemüht, vor dem Hofe auf dem Bauche zu liegen. In einer Rede von Neben feierte er begeistert die preussischen Könige, er erklärte die deutschen Professoren für die geistige Leibgarde der Hohenzollern, und vermochte sich im Jahre 1870 soweit zu entwürdigen, daß er wegen seines französischen Namens im Kollegium die Entschuldigend bat.

Ein solcher Mann konnte freilich auch als Ungläubiger nicht gefährlich werden, und so ließ man ihn seitens der Behörde in Frieden, zumal man wohl wußte, daß sämtliche bedeutendsten Vertreter der modernen Wissenschaft von demselben Unglauben erfüllt waren.

Ungleich seinem Freunde Helmholz, der bis in seine letzten Lebensjahre hervorragend schöpferisch tätig war und sich noch als 74-jähriger mit den schwierigsten Problemen der theoretischen Physik beschäftigte, scheint Herr du Bois-Argmond schon seit vielen Jahren von der Schaffenskraft verlassen zu sein, und nur noch die Resultate und Methoden der Forschung seinen Schülern mitzuteilen, ohne noch selbstständig an dem weiteren Ausbau der Wissenschaft zu arbeiten.

Der hervorragende Chemiker August Kekulé ist am 13. Juli in Bonn gestorben. Er war am 7. September 1829 in Darmstadt geboren, habilitierte sich vor nun vierzig Jahren als Privatdozent in Heidelberg und wurde 1858 nach Göttingen, 1866 nach Bonn als ordentlicher Professor der Chemie berufen. Sein Hauptarbeitsfeld war die organische Chemie, die er durch zahlreiche Untersuchungen bereichert und gefördert hat.

Gerichts-Beitrag.

Ueber die Frage: ob die Nachwächter von Berlin die Eigenschaft eines Staatsbeamten oder eines städtischen Beamten besitzen, hat das Reichsgericht sich nach Mittheilungen der „Jurist. Wochenschr.“ geäußert: Der Kläger ist nach seiner eigenen Behauptung von dem Polizeipräsidenten in Berlin als Nachwachter angestellt worden. Er hat dadurch die Eigenschaft eines Staatsbeamten erlangt. Die Eigenschaft eines Gemeindebeamten der Stadt Berlin würde er nur erworben haben, wenn ihm die Stadtgemeinde Berlin ein Gemeindeamt verliehen und mit ihm einen Dienstvertrag abgeschlossen hätte, wodurch er ihr gegenüber eine besondere Gehorsams-, Treue und Dienstpflicht, die Stadtgemeinde aber die Verpflichtung zu seinem Schutze und zur Gewährung des zugesicherten Dienstvertrages übernommen hätte. Weber ist jedoch dem Kläger ein solches Amt verliehen, noch ein solcher Vertrag mit ihm abgeschlossen worden. Deshalb ist es zutreffend, wenn in der Vorinstanz den einzelnen Thatsachen keine Bedeutung beigelegt worden ist, wodurch der Kläger seine Eigenschaft als städtischer Beamter begründen zu können glaubt. Es sind dies die Behauptungen: daß bei dem Magistrat zu Berlin über jeden Nachwachter Personalakten geführt würden; daß den Nachwachtern von dem Magistrat offiziell der Titel „städtischer Wächter“ beigelegt werde; daß bei Strafanträgen wegen Verleumdung von Wächtern diese als „städtische“ Nachwachter bezeichnet würden; daß die Bekleidung und Befolgung der Nachwachter und deren Vorgesetzten aus der Stadthauptkasse erfolge; daß der Magistrat auch den Arzt bezahle, welchem die körperliche Untersuchung der Bewerber um eine Nachwachterstelle übertragen worden, und daß das Gehalt und die Pension der Nachwachter nur auf Grund einer Anweisung des Magistrats ausgezahlt werde.

Ein **Ironieprozeß**. Wegen Verleumdung der dem Kammergericht unterstellten Behörden durch die Presse waren im Februar dieses Jahres durch die erste Strafkammer am Landgericht I der Rechtsanwalt Dr. Ebstein zu 500 M., der Dr. med. und Redakteur Konrad Beerwald zu 50 M. und der Redakteur der „Charlottenburger Nachrichten“, Knorr, zu 150 M. verurtheilt worden. Veranlassung zu dem Strafverfahren hatte ein von dem Dr. Ebstein verfaßter Artikel gegeben, der sich auf das bekannte Entmündigungsverfahren gegen den Dr. Sternberg in Charlottenburg wegen Geisteskrankheit bezog. Die Angeklagten legten die Revision gegen das Urtheil ein; während das Reichsgericht aber das Urtheil bezüglich der Angeklagten Ebstein und Knorr bestätigte, wies es bezüglich des Angeklagten Beerwald die Sache in die Vorinstanz zurück. Dr. Beerwald war schon in der ersten Verhandlung zu der mildesten Strafe verurtheilt worden, weil ihm seine Angabe geglaubt worden war, daß er sich nur von ernstlichen und sittlichen Zielen bei der Herausgabe seiner Zeitschrift „Sozialreform“ leiten lasse, daß ihm jede beleidigende Absicht ferngelegen habe, und daß er den beleidigenden Inhalt des Artikels weggelassen haben würde, wenn er von dem Inhalte des Aufsatzes genaue Kenntniß gehabt hätte. In der gestrigen, erneuten Verhandlung der ersten Strafkammer am Landgericht I wiederholte Dr. Beerwald diese Angaben. Der Gerichtshof schenkte dem Angeklagten Glauben und erlaubte entgegen dem Wutrage des Staatsanwalts, welcher die vorerkaunte Geldstrafe auf neue beantragte, auf Freisprechung des Angeklagten.

Die **Rainirwahrheit der Schreckenskammer** ist dem Passagier-Panoptikum unter eigenhändigen Umständen als „gerichtsnotorisch“ bestätigt worden. Eine der angestellten Damen hatte, sobald die Reihe an sie kam, sich geweigert, in der Schreckenskammer das Abstauben zu besorgen, da sie durch den Anblick nervös werde. Infolge der jedes Mal gemachten Schwierigkeiten schließlich entlassen, klagte das junge Mädchen auf Zahlung eines einmonatlichen Gehalts. Im Termin erhob die Direktion den Einwand, daß gerade eine Angestellte des Panoptikums wissen müsse, daß sie nur unschuldige Wachfiguren vor sich habe. Aber der Amtsrichter, Herr L., war anderer Ansicht. Er entschied auf Grund der zufällig mit seiner eigenen Frau gemachten Erfahrung, die er, wie er sagte, „halb ohnmächtig“ aus der betreffenden Abtheilung habe herausgetragen müssen, zu Gunsten der Klägerin.

Die **Ueberzeugung**, daß die Unterbringung von allen- und geisteskranken Menschen, die ein Verbrechen begangen haben, in einer Irrenanstalt viel mehr am Plage wäre, wie eine Verurtheilung zu langen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen, — mußte sich jedem ausdrängen, der gestern den an Krüden gehenden 76-jährigen früheren Schäfer Karl Grabow auf die Anklagebank vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II führen sah. Der alte Mann ist Junggeselle geblieben, er hat ein vorwurfsfreies Leben geführt, bis er Dienst nicht mehr leisten konnte und als Almosensammler im Armenhause der Stadt neuen Aufnahme fand. Dort hat er sich — vielleicht in einer aus Alters- und Geisteschwäche zurückzuführenden Verirrung — mit zwei Knaben unter 14 Jahren Handlungen erlaubt, welche verschiedene Paragraphen des Gesetzbuchs mit schwerer Strafe bedrohen. Der alte Mann war geständig, mildernde Umstände wurden ihm mit Rücksicht auf sein Alter zugebilligt; das Urtheil lautete daher auf zwei Jahre Gefängnis.

Die **öffentliche Vertheilung von Druckschriften** betrifft eine wichtige Entscheidung des Kammergerichts, welche am 13. Juli gefällt wurde. Unsere Parteigenossen Weiland und Grafmied hatten auf dem Lande einen sozialdemokratischen Kalender zum Zwecke der Agitation verbreitet, ohne die polizeiliche Erlaubniß dazu zu besitzen, und waren deshalb angeklagt worden. Die Staatsanwaltschaft machte geltend, daß nach dem § 10 des preussischen Pressgesetzes von 1851, „er noch zu recht bestände, für die Vertheilung jener Druckerzeugnisse an öffentlichen Orten einer solchen Erlaubniß bedürft hätten. Schöffengericht und Strafkammer sprachen die

beiden Aktenlaster jedoch frei, und zwar auf Grund der Feststellung, daß die Abgabe der Kalender auf den Hausfluren und Höfen der ländlichen Grundstücke erfolgt war. Diefelben wurden in Gegenwart zu den Höfen und Hausfluren größtenthalls der Niethsasternen nicht als öffentliche Orte angesehen. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich der letzteren Auffassung wohl an, verwies aber zur Begründung der Revision seines Kollegen darauf, daß in den Akten auch erwähnt werde, einer der Angeklagten hätte von der Straße aus jemanden einen Kalender durch das offene Fenster zugereicht. Das Kammergericht erklärte aber eine nochmalige Prüfung der Thatsachen für un- erheblich. Der § 10 des alten preussischen Pressgesetzes werde durch den § 30 des Reichs-Pressgesetzes nur insoweit aufrecht erhalten, als er Vorschriften über das öffentliche Anschlagen, Anheften und Ausstellen, sowie über die unentgeltliche Vertheilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen an öffentlichen Orten enthalte. Zu der Mittheilung anderer Druckschriften, auch an öffentlichen Orten, bedürfe es keiner polizeilichen Erlaubniß. Demgemäß hielt der Strafsenat die Freisprechung aufrecht.

Ein **Esborado für ländliche Arbeiter**. Der Tagelöhner Reichel war vom 1. Januar an bis zum 25. Dezember 1895 bei dem Gutbesitzer Zieger in Schwedtlin in Sachen gegen Lohn und freie Kost in Arbeit und nahm an den Gesandtheiten theil. Im Dezember hat sich Zieger in sechs Fällen von dem zu den Arbeitstagen aufstehendem Brote je ein Stück abgeschnitten, um es in zwei Fällen den Pferden zu füttern und in vier Fällen, um es an stelle des ihm ausgegangenen Kautabaks während der Arbeit zu kauen. Als dies auch während des Mittagessens am 1. Weihnachtstage geschah, wurde R. von Z. zur Rede gestellt und entlassen. Hiermit begnügte sich Zieger aber nicht, sondern stellte noch gegen R. Strafantrag wegen Genußmittel-Entwendung. Das Amtsgericht Mägeln ertheilte dem auch R. ein Strafmandat auf fünf Mark Geldstrafe oder drei Tage Haft. Auf Einspruch Reichel's setzte das Schöffengericht Mägeln die Strafe für vier Fälle der Uebertretung nach § 370 des Strafgesetzbuchs auf vier Mark Geldstrafe oder zwei Tage Haft herab. Das Landgericht Leipzig als Berufungsinstanz erlaubte aber auf Freisprechung, weil es in zwei Fällen die Uebertretung für verjährt hielt, im übrigen aber annahm, daß Reichel das zur Strafbarkeit erforderliche Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht gehabt hat. — In der That, es muß tief traurig mit der Noth der Landwirthe bestellt sein, wenn die Arbeiter dem Strafsichter wegen des Genusses eines Stückes Brot ausgeliefert werden. Und da wundern sich die Ritter von Ar und Galm, daß die Arbeiter für solche inbillige Zustände danken und den landwirthschaftlichen Betrieben den Rücken kehren.

Das **Schönwälder Thron** hat den wegen betrügerischer Brandstiftung in Anklagezustand versetzten Gutbesitzer Hilbert-Maciejewo freigesprochen.

Gewerkschaftliches.

Die **Generalversammlung des Unterfüßungsvereins deutscher Tabakarbeiter**. Stuttgart, 13. Juli 1896. Im schön geschmückten großen Saale des hiesigen Gewerkschaftshauses zum „Risch“ sammelten sich gestern Abend die Delegirten des Tabakarbeiter-Unterfüßungsvereins. Kurz nach zehn Uhr, nachdem die letzten Delegirten angekommen waren, hielt der Vorstand des Stuttgarter Tabakarbeiter-Vereins, Wildemann, die Delegirten im Namen seines Vereins und der organisierten Arbeiterschaft Stuttgarts herzlich willkommen mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen auf dieser Generalversammlung in ihrem Resultat sich würdig den früheren anreihen möchten. Hierauf wurde die Generalversammlung durch den ältesten anwesenden Delegirten (den Vertreter von Görlitz) eröffnet und die Wahl des Bureau's und der verschiedenen Kommissionen für die Generalversammlung vorgenommen. Unter den Anwesenden befand sich bereits gestern Abend der Redakteur des Verbandsorgans „Der Gewerkschafter“, Herr Reichstags-Abgeordneter Geper; zu den heutigen Verhandlungen wird auch der Vorsitzende des Ausschusses, Reichstags-Abgeordneter Meister-Hannover, und der Vorsitzende der Generalkommission, Reichstags-Abgeordneter Legue-Hamburg, erwartet. Der Vorstand des Unterfüßungsvereins ist durch die Vorstandsmitglieder Junge und Borke vertreten. Zu Vorstehenden wurden gewählt Böhrner-Berlin und Blohm-Bremen.

Die **Differenzen in der Tischlerwerkstatt von Jäde, Neu-Weißensee, Lehdorferstraße 26**, sind durch gegenseitige Vereinbarungen beseitigt und die Sperre über die genannte Fabrik aufgehoben.

Der **Weberstreik im Ensengebirge**. Langenbielau, den 13. Juli. Die 6. Streikwoche hat begonnen, aber dem Unternehmertum ist es nicht gelungen, den Streikenden Abbruch zu thun. Ganze zwei Weber haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Wie gut der Geist unter den Streikenden ist, bewies wieder eine am Montag Morgen im Garten des Genossen Kust abgehaltene, sehr stark besuchte Versammlung, welche mit einem anflürenden Vortrag des Genossen Krähig über „Kapital und Arbeit“ begann.

Bezüglich des Streiks wurde mitgetheilt, daß die Situation unverändert sei, da Herr Neugebauer bis jetzt keine weiteren Zugeständnisse gemacht habe. Herr Gerhardt, ein Geschäftsinhaber der Firma W. Neugebauer Söhne, hatte bei Beginn des Streiks behauptet, daß in Augsburg noch niedrigere Löhne gezahlt würden als im Ensengebirge. Das Streikkomitee hat sich darauf an die Textilarbeiter-Organisation in Augsburg gewandt und den Weichsel erhalten, daß dort die Löhne viel höhere sind als hier. Die Weber, welche dort durchweg zwei Stühle zu bedienen haben, erzielen auf 30male Stühle in 14 Tagen 25—30 M., während hier bekanntlich die Weber, wenn sie in 6 Wochen 85 M., also pro Woche noch nicht 6 M. verdienen, eine Prämie erhalten. Auf breite Stühle verdienen die Augsburger Weber in 14 Tagen 28—34 M.; hier beträgt der Verdienst für diese sehr anstrengende Arbeit gerade die Hälfte. Mit recht sagen sich die Streikenden, daß, wenn man für dieselbe Arbeit in Augsburg die angegebenen Löhne zahlt, man in Langenbielau mindestens die verlangten 25 Prozent Lohnerhöhung zahlen könne. Die hiesigen Löhne können deshalb noch lange nicht mit denen in Augsburg verglichen werden. Herr Gerhardt, der frühere Direktor in einer Augsburger Weberei, wie auch Herr Schulz, der jetzige Oberaufseher bei Neugebauer Söhne, der erst als Arbeiter, dann als Zeitmeister in Augsburg beschäftigt war — werden sich verrechnen, wenn sie glauben, daß hier die Arbeiter so zu Kreuze kriechen werden wie 1882 die Weber in Augsburg. Hier befinden sich keine plan- und ziellosen Menschen im Streik, wie damals in Augsburg.

Die Gerichte arbeiten hier schnell. Einige vom Streikkomitee herausgegebene Biktulare, die lediglich als Manuscript gedruckt, nicht die Angabe des Druckers und Verlegers enthielten, hatten der Anklagebehörde Veranlassung gegeben, die Beihelligten in Anklagezustand zu versetzen. Die Verhandlung vor dem zuständigen Reichsbacher Schöffengericht wegen Uebertretung der §§ 6 und 19¹ des Reichspressgesetzes soll bereits am 20. Juli stattfinden.

Weber zur Unterfütterung der Streikenden möge man, wie bekannt, an H. Krähig, Weber, Langenbielau, IV. Bezirk, Nr. 178 senden.

Der **Ausstand in der Druckerei des „Wurzener Generalanzeiger“** ist beendet. Vor dem Einigungsamte des Oberbürgermeisters erklärten sich die Vertreter der Ausständigen

der Richter'schen Buchdruckerei mit den von Herrn Richter gestellten Bedingungen einverstanden. Die eingereichte Klage wegen Vertrauensbruches wurde zurückgezogen.

Verfassungen.

Eine **öffentliche Volksversammlung** die am 9. Juli Ewinemündersfr. 35 stattfand, war vorwiegend von Frauen besucht. Zur Verlesung gelangte die Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von W. Bracke. Die Anwesenden folgten mit regem Interesse der Verlesung. Zur Diskussion sprachen mehrere Frauen. Es wurde ein Antrag eingebracht, das Bureau zu beauftragen, am Donnerstag, den 16. Juli, im Kolberger Salon eine Versammlung einzuberufen und die Broschüre „Wissen ist Macht“ von Wilhelm Liebknecht vorzulesen. Der Antrag wurde angenommen. Zum Schluß wurden die Anwesenden aufgefordert, recht regen für diese Versammlung zu agitieren.

Ueber den **Streit der selbständigen Mähenmacher** wurde in einer Versammlung, die am Sonntag im Schützenhause stattfand, berichtet. Die Tompsen berichtete, betrug die Zahl der Selbständigen, welche bis Sonnabend die Arbeit niedergelegt hatten, 131 mit 650 Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Beileistung am Streit nimmt täglich zu, auch sei es der Kommission gelungen, die für einige der größten Firmen Arbeitenden für die Bewegung zu gewinnen. Von den bei Scheuer u. Herz beschäftigten 50 Selbständigen hätten sich nunmehr 30 und zwar die tüchtigsten und leistungsfähigsten Kräfte der Bewegung angeschlossen, so daß es also gelingen werde, auch diese Firma, welche ihre Waaxe zu Schleuderpreisen absetze und unverhältnismäßig niedrige Löhne zahle, zur Anerkennung der Forderungen zu zwingen. Auch bei der Firma Thörner hätten die meisten Selbständigen die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung habe sich günstiger gestaltet, als man hätte voraussehen können. Da Selbständige und Arbeiter in diesem Lohnkampfe zusammenstehen und sich gegenseitig unterstützen, so sei die beste Aussicht, daß der Streit in nicht zu langer Zeit zu gunsten der Ausständigen entschieden werde. Zum Schluß wurde mitgetheilt, daß die Streikenden, welche Unterstützung beanspruchten, sich täglich zweimal im Streikbureau zu melden hätten, und daß am Mittwoch Vormittag um 9 Uhr wieder eine Versammlung stattfindet. Eine Resolution, welche die Streikenden verpflichtet, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die Forderungen überall anerkannt sind, und auch die Kollegen der Pelzbranche zur materiellen Unterstützung des Streiks auffordert, fand einstimmige Annahme. Ferner sprach die Versammlung sich durch Annahme einer Resolution für den Boykott der Pottelbrot-Gesellschaft aus und beschloß endlich, die Arbeiter, welche in der Werkstatt von Thörner arbeiten, zu ersuchen, die Arbeit niedenzulegen.

Arbeiter-Gesellschaft. Mittwoch Abend von 9—10½ Uhr: G. S. o. s. u. t. e., Wabenerstraße 14. G. S. o. s. u. t. e. (Neuer Beschäftigte von der Reformations- bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands) Herr Dr. G. W. — H. o. s. u. t. e., Wabenerstraße 179 a. D. u. t. e. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Vorkämpfer) Herr Heinrich Schulz. Die Beschlüsse sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Bibliotheksmaterials schon von 9 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Donnerstag Ab. 8 Uhr. Mann, Wabenerstr. 3. Alle Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an Friedrich Kortum, Wabenerstr. 49, v. 1. Tr.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an Carl Müller, Kleine Potsdamerstraße Nr. 7, 1. Tr.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 c.

Briefkasten der Redaktion.

Agitation-Kommission Casan-Ludau. G. Tempel, Gastwirth, Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 18.
S. M. Galay. Fachblatt für Drechsler ist jetzt die „Holzarbeiter-Zeitung“. Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimbelstr. 10. Inserate die viergespaltene Petitzeile 30 Pf.

Felix Fränkel. Sehen Sie im Adressbuch nach. Besondere Schnörteleien in der Adresse verlangen die Herren nicht.
Katerbow. Die Sachen hatten. — M. S. III. Wenn der Diensthote durch Heirath Gelegenheit zur Errichtung einer eigenen Wirthschaft erlangt, so braucht er die Dienstzeit nicht auszubüßen, sondern kann mit einer Kündigungsfrist von sechs Wochen zum 1. des nächsten Quartals kündigen. — B. r. An und für sich ist ein Kind zur Alimentation der Eltern verpflichtet. — Schriftliche Antwort zu ertheilen, lehnen wir ab. — P. S. 100 u. Zi. 1002. Sie haben einen Tag zu spät gekündigt. Ist die Kündigungsfrist auf drei Monate fixirt, so muß das Kündigungsschreiben drei volle Monate lang in den Händen des anderen sein, hätte also spätestens am 30. Juni in des Vermiethers Händen sein müssen. War die Kündigungsfrist drei Monate drei Tage, so mußte spätestens am 27. das Kündigungsschreiben in Händen des Vermiethers sein

— Schriftliche Antwort zu ertheilen, lehnen wir ab. — P. S. 100 u. Zi. 1002. Sie haben einen Tag zu spät gekündigt. Ist die Kündigungsfrist auf drei Monate fixirt, so muß das Kündigungsschreiben drei volle Monate lang in den Händen des anderen sein, hätte also spätestens am 30. Juni in des Vermiethers Händen sein müssen. War die Kündigungsfrist drei Monate drei Tage, so mußte spätestens am 27. das Kündigungsschreiben in Händen des Vermiethers sein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 15. Juli.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Bajazi. Die Rose von Schiras.
Deutsches Theater. Das Glück im Winkel.
Festung-Theater. Das Modell.
Berliner Theater. Fiddie u. Sohn.
Schiller-Theater. Die Frauenfrage.
Neues Theater. Das Damenduell.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Rehden-Theater. Der Stellvertreter.
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Selle-Alliance-Theater. Der Goldsucher.
Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Frauenfrage.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Frauenfrage.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
 Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigtem Preis.
Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
 Große Posse mit Gesang von Hugo Busse.
 Regie: Fritz Schöler.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
 Großes Konzert. — Theaterstücke. Spezialitäten 1. Rang.

Adolph Ernst-Theater.

Das flotte Berlin.
 Große Ausstattung-Gesangsposse in 3 Akten v. E. Trepow u. E. Jacobson, Kuplet u. Quodlibets v. G. Götz. Musik v. G. Steffens.
 2. Akt: Alt-Berlin.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alt-Berlin.

Bei gänztlicher Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr:
 Drei grose historische Umzüge.
 Altdeutsches Musikkorps. Kapellmstr. Streller.
 Erste Wiener Kapelle à la Strauss: Kapellmeister Fischer.
 Sänger-Gesellschaft „Flora“, 20 Personen, in Vierländer Kostümen.
 Eintritt: 25 Pfg.
 Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pfg., später 25 Pfg.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
 ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
 Heute, Mittwoch, den 15. Juli:
Großes Orientalisch. Fest
 m. grandios. Illumination der ganzen Stadt, der Moscheen, Tempel etc.
 8 1/2 Uhr in der Arena:
Fest-Schaustellungen.
 Entree ab 5 Uhr: 1 Mark.

Passage-Panopticum.
42
wilde Weiber
 aus
Dahomey.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater

abends 8 Uhr.
 Invalidenstr. 57/62, Leht. Stadtbahn.
 Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.
 Näheres die Tagesanschlüge.

Castan's Panopticum.

Neull Neull Neull
 4
hochsensationelle Neuheiten
 die ein Jeder sehen muss!

Viktoria-Brauerei

Lützowstrasse 11/112
 (nahe Potsdamer-Platz).
 Heute
 sowie täglich (außer Sonnabenden):

Stettiner Sängler

(Moysel, Piotro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
 Zum Schluss:
Cavalleria schufficana
 Anfang präzis 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf sind Billets à 40 Pf. und Familienbillets à 1 M. (für 3 Personen giltig) zu haben. (Siehe Plakate.)

Apollo-Theater

und Konzert-Garten
 Friedrichstraße 218. Dir. J. Olk.
 Täglich um 9 Uhr:
Ein Abenteuer im Harem.
 Beste in 1 Akt von Mannstädt. Musik von Linde.
 Ferner: King u. Gray, Jonny Peters, Deltorella, Del Mely, Drei Apollons, Robert Steidl, Quintett Vischinskaja, Taciana, The Avolos, Georg Rösser, Los Senetts, Clara Antonio, Satour's, Henry Bender.
 Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Auf. der Vorstell. 8 Uhr.

Ostbahn-Park

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook.
 Pflaumenkuchen 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelpbahnen zur Verfügung.
 Gute Bier, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.
H. Jmbs.
 2 Vorstellungen täglich
 Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
 Riesentheater.
 Größtes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Schweizer Garten
 Am Königsthor. — Galtest. d. Ringb. — Am Friedrichshain.
Mittwoch: Kinder-Freudenfest.
 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Moderne Zirkusmenschen.
 — Große Posse mit Gesang in 4 Aktheilungen. —
 Volksbelustigungen u. Ball.

Reichshallen-Garten

Leipziger-Strasse, am Dönhofsplatz.
 Täglich

Norddeutsche Sängler

Heute, Sonntag:
 Zum 72. Male:
 Die III-Parodie
Alle fünf Barrisons
 Anfang Sonntags 7 Uhr,
 Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf. Reservirter Pl. 50 Pf.
 Wird Sonntags wegen Regenwetter im Saal gespielt, beträgt das Entree durchweg 50 Pf.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148.
 Vollständig neues Programm
 Geschw. Terney, Doppel-Trapez, Miral Waldburg, weibl. Knonn, Los Jarry's, Teufels-Excentr. Alex und Max Wardini, Grottesque-Duett. Mar und Joe, engl. Knochentanz, Hegino-Truppe, Akrobaten etc.
 Entree 30 Pf.

Feldschlößchen

142 Müllerstraße 142.
 Telefon: Amt Moabit 1213.
 Täglich:
Konzert, Theater.
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Das Fest der Handwerker.
 Sonntags: Großer Ball.
 Mittwochs: Tanzkränzchen.
 Theodor Boltz, Oekonom.

W. Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstr. 16.
 Täglich:
Konzert und Theater-Vorstellung.
 Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saal statt.
 Novität! Novität!
Die X-Strahlen.
 Schwank in 1 Akt von Ernst Felsch.
 oder: Nach 25 Jahren.
 Liebespiel in 1 Akt und 3 Bildern von Stutterheim. Musik von Conradi.
 Neu! Neu!
Mannschaften an Bord.
 Komische Operette in 1 Akt v. S. Kalisch.
 Musik von Zeit.
Aufstreit
 bedeutender Spezialitäten.
 Restaurant m. Saal, Moabit, volle Konzession, für Parteigenossen passend, Umst. halber preisw. zu verlauf.
 Näheres Birkenstr. 47. Tümmeler.

M. J. Hahlo,

Patentanwalt,
 Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsichtung und Verwerthung. 150148*
 Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
 Erste Referenzen im u. a. Auslande.
 von 2 M. an, wöchentl. Theilg. 1 M., ohne Anzahl. Plomben 1 M. Schmerzloses Zahnziehen 2,50 M. (Nachgas). 2655b
 Paul Grieser, Reichenbergerstr. 98a.

Brockhaus-Lexikon,

Meyer, Brehm's Thierleben, Bücher, ganze Bibliotheken jeder Wissenschaft kauft 112/15
Antiquariat Kochstr. 56.

Portièren

Restbestände
 2 bis 8 Stalk, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.
 Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten.
Bracht-Katalog mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.
Teppich-Fabrik Emil Lefèvre,
 Berlin S., Oranienstraße 158.

Pneumatic Rover

prima Fabrikat, niedrigste Klassenpreise, konst. Theilzahlungen n. Wunsch, Garantie. Kl. Hamburgerstr. 24/25.

Rohtabak

Größte Auswahl! Billigste Preise
Sebastian Gröbel,
 No. 11, Brunnen-Strasse No. 11.

Wohnungen

von Etage und Küche zum 1. Oktober, auch sofort, billig zu vermieten bei
Hübner,
 5779L* Zwirnmünderstr. 35.

Gejunde Wohnungen im SO.,

Eisenstraße, 5 Minuten vom Bahnhof Trepow, an der Pianofabrik, im neu erbauten Eckhause per Oktober ev. auch früher preiswerth zu vermieten. Näheres daselbst auch Sonntags von 9 bis 11 Uhr vorm. Besichtigung.

Julius Wernau's Festsäle und Garten

Schwedterstraße 23/24.
 Jeden Montag u. Mittwoch
Große Spezialitäten-Vorstellung
 bei freiem Entree.
 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Vereinszimmer und 2 Regelpbahnen zu vergeben. Telephon Amt III Nr. 2440.

Herm. Ramlow's Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

Zwei renovirte Regelpbahnen
 Vereinszimmer
 Schönhauser Allee 135.
4 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben.
„Englischer Garten“,
 Alexanderstr. 27c. Amt 7, 1576.
 Arbeitsnachweis der Maler, Lackierer, Anstreicher. Amt 7, 1576.

Achtung! Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilg. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervöditen bei Bestellung umsonst.
 Gudel, Dausigerplatz 2, Elsfasserstr. 12

Rüchtl. 1 M., ohne Anzahl. Plomben

1 M. Schmerzloses Zahnziehen 2,50 M. (Nachgas). 2655b
 Paul Grieser, Reichenbergerstr. 98a.

Lithograph für englische Schrift

Ein junger, intelligenter Lithograph für englische Schrift, dem Gelegenheit geboten, sich in allen vorzukommenden Arbeiten der Merkantilbranche auszubilden, findet sofort dauernde und angenehme Stellung bei „Abo Stenryokori Aktiebolag“, Abo in Finnland. Anfangsgehalt 35 M. finnisch, ca. 30 M. Reichswährung per Woche freie Reise. (Seeweg von Lübeck ca. 8 Tage. Muster werden an den Oberlithographen Rud. Effert in genannter Firma erbeten.)

Licht. Chromolithograph

selbständig in Feder u. Kreide, sofort gesucht
Koch & Bausch,
 2656b Alte Jakobstraße Nr. 147.

Wir suchen für außerhalb:

1 Monteur für Wellblechdächer und 1 Schlosser für Rolljalousien.
 Personl. Meldungen Nachm. 4-6 Uhr.
Gustav Schmith & Co.,
 Alexanderstr. 23, 3 Tr. links.

Kartonarbeiterinnen, 6-8 Pers.,

verl. wegen Vergrößerung d. Geschäftes
Hugo Berger, Kartonfabrik, Koppens-
 Straße 60. J. B.: May Riehn. 2677b

Firniffer, tüchtig, für Goldbleiben

wird auf Lohn verl. Fichtestr. 8. 2658b

Chirurgische Hartgummi- und Metallarbeiter gesucht.

Nach auswärts werden gegen hohen Lohn und Vergütung der Reisekosten
 1 Hartgummibreher,
 1 Metallbreher,
 1 Gärtler,
 welche in der chirurgischen Branche tüchtig sind, sofort gesucht. Es wollen sich aber nur solche melden, welche ganz selbständig arbeiten können. Off. unter M an die Expedition des Blattes zu richten. 59245*

Für unsere großen

Betriebs-Werkstätten,
 der Neuzeit gemäß eingerichtet, verlangen wir
80 Mamsells
 auf bessere Damen-Jackets z. Preise von 3.- Mark
 • 3,50 •
 • 4,50 •
 und • 5,75 • je pro Stk.
M. Holz & Co.,
 Markgrafstr. 43-44,
 am Gendarmenmarkt.
 Meldungen von 12-11 1/2 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends.

Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie.

In Nr. 82 und 83 der „Neuen Zeit“ wurde unter dem Titel: Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Oesterreich ein Aufsatz veröffentlicht, der in parteigenössischen polnischen Kreisen Widerspruch hervorgerufen hat. Von einem hochgeschätzten polnischen Genossen ist uns nachstehende Entgegnung zugegangen, die auf die Geschichte und das Wesen der sozialistischen Bewegung unter den Polen Licht wirft und schon darum von allgemeinem Interesse ist.

Es ist ganz richtig, daß sich das Gros der polnischen Sozialdemokratie bis zum Jahre 1892 gegenüber der Idee der Unabhängigkeit Polens ablehnend verhalten hat. Fr. A. L. meint, daß die Gründe davon auseinanderzusetzen sie zu weit führen würde. Ich glaube aber, daß dies geradezu unentbehrlich ist, sollen die deutschen Genossen unseren Uebergang zum jetzigen Programm richtig beurtheilen. Ich werde deshalb eine Stelle aus der „Geschichte der sozialistischen Bewegung in Polen“ anführen, worin die Sache in kurzen Worten dargestellt ist.

Eine eigentliche sozialistische Bewegung beginnt in Polen mit dem Jahre 1877. Eine kleine Anzahl junger Studenten waren die ersten Adepten des Sozialismus. Mit der Ueberwindung ihrer eigenen Vorurtheile fertig, suchten sie neue Anhänger, zunächst unter ihren Kollegen; die Einsicht, daß dieses nicht genügen könne, führte sie zur Propaganda unter den Arbeitern.

In eine politische Thätigkeit, ein politisches Programm, dessen Verwirklichung man erstrebte, war nicht zu denken, so lange sich die Bewegung auf eine Anzahl kleiner, geheimer Zirkel beschränkte und die großen Massen unberührt blieben.

Von einem unmittelbaren Kampfe mit dem russischen Staate konnte nicht die Rede sein, vielmehr war die wichtigste „brennende“ Frage der Kampf mit dem Patriotismus.

Nach der Niederwerfung des letzten Aufstandes von 1863 trat eine Periode politischen Stillstandes in Polen ein. Dieser Stillstand, den einige Ueberbleibsel der Aufständischen nur für eine Waffenruhe hielten, wurde bald zu einer vollkommenen Waffenniederlegung. Die „Kultureroberungen“ im Osten, das heißt die Verlebung Looder und Tomahower Fabrikzeugnisse nach Rußland, hatten die besthenden Klassen Polens mit den Zuständen vollständig veröhnt und von dem Gedanken einer Waffenerhebung gänzlich abgewendet. Deshalb herrschte aber in Polen noch nicht eine antipatriotische Strömung. Nur wollten alle die, welche einen Aufstand laut für eine Verrätherie proklamirten, die polnische Nation auf anderem Wege beglücken; vermittlest der Volksbildung, der Hebung des allgemeinen Wohlstandes, insbesondere durch Agitationen von Kleingewerbetreibenden und dergleichen. Natürlich mußte sich jeder Versuch, das Klassenbewußtsein des arbeitenden Volkes auszubilden, gegen solche Tendenzen auf entschiedenste wenden.

Nicht besser waren die, welche den Glauben an einen Aufstand noch nicht verloren hatten. Die Einigung der ganzen Nation zum gemeinsamen Kampfe gegen die russische Regierung war ihr Lösungswort, und gerade diesen Glauben an eine Harmonie der gesellschaftlichen Interessen in diesem Punkte suchten die Sozialisten auszuwurzeln, wobei nicht zu vergessen, daß es eine wirkliche, ernsthafte patriotisch-revolutionäre Bewegung nicht gab. Dies erklärt, daß während langer Zeit in den sozialistischen Schriften die heftigsten Angriffe nicht nur gegen den Patriotismus, sondern auch gegen die Wiederherstellung Polens gerichtet wurden, obwohl eine solche zweifellos den Arbeitern ein viel größeres Maß politischer Freiheiten geben würde, als die drei die Trümmer Polens besitzenden Kaiserreiche. Dagegen lehrte man die allgemeinen Prinzipien des Sozialismus und wies auf die künftige Umwälzung hin, die nicht nur die heutige ökonomische Ausbeutung, sondern auch die politische und nationale Unterdrückung befeitigen würde.

Nach einigen Jahren war die Bewegung erstarbt; es bildete sich eine fest organisierte Partei, das sogenannte „Proletariat“, die ihre Verzweigungen in den wichtigsten Industriepunkten von Kongress-Polen und Lithauen und in den polnischen Studentenkolonien in Rußland besaß. Zu derselben Zeit stand die russische revolutionäre Bewegung auf ihrem Höhepunkte. Wir alle, ebenso wie das ganze sozialistische Europa, waren gebendet durch die Heldenthaten der „Narodnaja Wolja“, und der Glaube war allgemein, daß das russische Jarentum bald unter den wuchtigen Angriffen der Terroristen fallen werde. Deshalb wurde zwischen dem „Proletariat“ und der „Narodnaja Wolja“ ein Abkommen getroffen, worin die Art und Weise bestimmt war, wie man gemeinsam den Angriff auf die Regierung ausführen sollte. Die Führerrolle und die Entscheidung über den Zeitpunkt des Aufstandes wurden den Russen überlassen, weil ihre Organisation viel mächtiger war oder doch zu sein schien (es war im Jahre 1884). Das „Proletariat“ behielt seine innere, selbständige Organisation und sollte, nach erreichten Ziele, selbstständig die nötigen Reformen in Polen durchführen.

Es verfloßen wieder einige Jahre. Zum größten Bedauern aller Feinde der russischen Regierung sanken die Kräfte der „Nar. Wolja“ mit jedem Jahre und es trat endlich in Rußland die Periode der politischen Ohnmacht und Desorganisation ein, aus welcher es sich erst jetzt einigermaßen, aber nicht mehr unter der Fahne der „Narodnaja Wolja“ zu erholen scheint. Das „Proletariat“, welches auch viel von seiner Bedeutung verloren hatte, hielt immer fest an der Tradition des alten Bündnisses mit den Russen, es wurde aber jedem klar, daß dies nicht genüge und daß man an ein anderes Programm des politischen Kampfes denken müsse.

Es kam die Periode 1880—1892. Neue sozialistische Organisationen entstanden in Polen; die einen suchten große geheime gewerkschaftliche Gruppen zu bilden, die anderen hielten sich an die Tradition des Terrorismus; das Zerwürfniß wurde fast so groß, wie in Rußland, aber die Bewegung wuchs trotzdem immer mehr. Da kam die erste Mafseier. Sie wirkte auf unsere Genossen wie ein elektrischer Funke. Zum ersten Mal seit sieben Jahren sahen sie wieder, daß die Bewegung bei uns über Massen verfügt. Das mußte sie zur Ausstellung eines politischen Programms nur noch anspornen. Die späteren Ereignisse bestätigten diesen Eindruck. Lohz, Byrardow (späterhin auch Genshchowa und Wialystok) haben uns schon Beispiele eines allgemeinen Streiks gegeben, wo 7000, 9000, 25 000 und 60 000 Arbeiter die Fabriken und Werkstätten verließen. Zahlreiche kleinere Streiks, die oft ein ganzes Gewerbe umfaßten und hier gegen die Unternehmer, dort gegen die Regierung gerichtet waren, kräftigten das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der in ihr ruhenden Macht.

Dabei wuchs mit jedem Augenblicke die Grausamkeit der Regierung und machte sich immer breiteren Massen des Proletariats fühlbar. In Lodz wurde die Mafseier von 1892 im Blute erstickt: 46 Arbeiter fielen unter den Rügeln, mehr als 200 erlitten schwere Wunden. Die Regierung verbot den Fabrikanten die Verkürzung des Arbeitstages, zu welcher sie entschlossen waren. In Jawierce, nach einem geglückten Streik, zogen die Fabrikanten, auf Anrathen der Regierung, alle Konfessionen zurück, und ein neuer Streik wurde mit solcher Brutalität niedergedrückt, daß die erschreckten Arbeiter in die Wälder flüchteten, wo sie später mit Hilfe von Spürhunden aufgefunden wurden. Jedes Jahr vor dem 1. Mai wird über alle Industriezentren ein förmlicher Belagerungszustand verhängt, die Straßen sind voll von Kosaken, um die Fabriken bivouakiren Soldaten, jede Ansammlung, ob in der Straße, oder zu Hause, wird mit Knuten und Stöcken auseinandergejagt. Und doch wuchs die Mafseier mit jedem Jahre, sie verbreitete sich in immer neue Gegenden und trotzte allen Verfolgungen.

Aber das Verschwinden des Glaubens an eine Hilfe (geschweige eine Initiative) seitens der russischen Revolutionäre, das Bewußtsein der eigenen Kraft und das brennende Gefühl der erlittenen, sich immer erneuernden und jede Erregungsfähigkeit in sich schließenden Opfer verändernden russischen Verfolgungen — dies waren die Hauptmerkmale unseres sozialistischen Gedankens im Jahre 1892.

Allgemein wurde die Ueberzeugung, daß man im Programm die Art und Weise, wie gegen die politische Tyrannei zu kämpfen sei, näher bezeichnen müsse. Hier waren nur zwei Auswege: entweder sollte man die Umwandlung des despotischen Regimes in ein konstitutionelles, oder die Trennung von Rußland und Gründung einer selbständigen polnischen Republik anstreben (von einer Monarchie kann bei uns, abgesehen vom allgemeinen sozialdemokratischen Standpunkt, schon deshalb keine Rede sein, weil das polnische Volk weder eine Dynastie, noch irgendwelche monarchische Traditionen hat).

Gegen das Verlangen einer russischen Konstitution sprachen folgende Gründe:

1. Es giebt in Rußland selbst keine konstitutionelle Bewegung. Die Sozialdemokraten sprechen es selbst aus, daß sie nicht die Kraft besitzen, welche zu einer Umwandlung des Regimes nötig ist und erwarten eine Besserung von den ökonomischen Umwälzungen, die erst eine konstitutionelle Bewegung in den Massen der Bourgeoisie schaffen soll; die sogenannten Revolutionäre (Richtung „Narodnoje Prawo“, d. h. „Volksrecht“) haben es während der 2 Jahre ihrer Existenz zur Ausgabe von 2 Broschüren gebracht, die Liberalen endlich haben schon tausendmal ihre Freigebigkeit und politische Impotenz bewiesen. Nun wäre es eine politische Utopie, von Warschau aus eine Konstitution dem russischen Weiche aufdrängen zu wollen. Erst die ökonomische Umwälzung in Rußland abzuwarten, die Gott weiß was bringen kann, ist uns unmöglich.

2. Wenn auch die Erlangung einer Konstitution in Rußland möglich wäre (da man ja in sozialen Fragen nie mit absoluter Sicherheit entscheiden kann), so sind Ausnahmefälle gegen das in fortwährender revolutionärer Währung sich befindende Polen höchst wahrscheinlich.

3. In einem konstitutionellen Rußland werden die russischen Sozialdemokraten einen nur sehr geringen Einfluß haben, da die dortigen ökonomischen Verhältnisse noch sehr unentwickelt sind, — wir aber keinen Einfluß, da die Regierung sich immer auf ihre Heeresmassen stützen kann und uns so endlich wieder zu Kampfe für diese Trennung von Rußland zwingen wird.

4. Ein Theil unserer Arbeiterschaft und das Gros des Kleinbürgerthums werden im Banne nationaler Vorurtheile bleiben, da die nationale Verfolgung der Polen in einem Bourgeois-Rußland erst mit wahrer Wuth anfangen wird und nicht nur von der Regierung, wie jetzt, aber auch von der sog. „Nation“ geführt wird, wie es ja das Beispiel aller Länder zeigt.

(Fortsetzung folgt.)

Dritter Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie in Nürnberg.

Nürnberg, 12. Juli.

Den Bericht der Parteileitung erstattete Genosse Scherm. In der Zeit vom 1. Oktober 1894 bis 11. Juli 1896 betrug die Einnahme 1287 M. 21 Pf., die Ausgabe 934 M. 81 Pf., verbleibt somit ein Kassenbestand von 352 M. 40 Pf. Redner bemerkte, daß sein weiterer Bericht kein so erfreuliches Bild gebe, wie er es gerne anführen möchte. Nach den Beschlüssen des Münchener Parteitages hätte er gehofft, daß ein besseres finanzielles Ergebnis erzielt worden wäre. Durch den Verkauf der Protokolle vom letzten Parteitag wurde ein Ueberschuß von 158,95 M. erzielt. Bezüglich der Organisation wurden die Münchener Beschlüsse auch nicht genügend beachtet, indem aus allen bayerischen Kreisen ihm nur zwei Kreis-Vertrauensmänner angemeldet wurden. Für Mittelstraßen sei der Kreis-Vertrauensmann durch den nordbayerischen Agitationsverein ersetzt worden, das gleiche ließe sich aber nicht von allen Kreisen sagen. Infolge des geringen finanziellen Ergebnisses hätte die Landtags-Fraktion als Parteileitung auch nicht allen Anforderungen entsprechen können. „Es genügt nicht“, fährt Redner aus, „daß man auf Parteitag Anträge stellt und Beschlüsse mitfaßt, um sein Gewissen zu salbiren, ähnlich wie die Gläubigen, die nach Abschüttelung ihrer Sündenbürde in der Weichte wieder die alten Sünden zu begehen anfangen.“ Wegen der körperlichen Leiden Vollmar's und Grillenberger's konnten diese beiden Genossen, die meistens in Gefuschen als Redner zu Versammlungen verlangt wurden, diesen Wünschen nicht Rechnung tragen, es dürfte aber nicht verkannt werden, daß die von der Fraktion ausgeübte parlamentarische Thätigkeit in der Kammer von nicht zu unterschätzender agitatorischer Bedeutung war. Die Fraktion erhielt vom Münchener Parteitag auch den Auftrag, „wenn möglich“ ein Wauerblatt herauszugeben. Für dieses nach seiner Ansicht fragwürdige Unternehmen gingen aber nur ganz unbedeutende Mittel ein, weshalb die Ausführung des Beschlusses unterbleiben mußte. Redner schließt in der Zuversicht, daß die Delegierten aus seinem Bericht erkennen würden, daß die Parteileitung in anbetrach der Verhältnisse nicht mehr leisten konnte, als sie geleistet hat.

In der Diskussion erklärt Fr. Schmitt-München, daß nach seiner Ansicht die Parteileitung hätte mehr thun können, als sie gethan hat.

Grillenberger widerspricht dem und wendet sich hauptsächlich gegen die Ansicht der Genossen, welche glauben, daß in allen Versammlungen nur er oder Vollmar als Redner auftreten müßten.

Die Diskussion wird nunmehr abgebrochen und der Parteitag auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Nürnberg, 13. Juli.

Vor Eintritt in die Verhandlungen werden mehrere Begrüßungs-Telegramme verlesen. Abg. Erhardt beantragt, zur Verbreitung auf dem Lande einen Kalender herauszugeben, in welchem volksthümliche Erzählungen u. s. w. der Landbevölkerung über die Sozialdemokratie aufklärung geben sollen. Nach einer längeren Debatte wird der Parteitag die Decharge erteilt und folgende Anträge angenommen:

„Der Parteitag möge beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, im Laufe der nächsten Woche ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Stellung der bayerischen Sozialdemokratie zu den Fragen des letzten Landtages im Sinne des vom Parteitag gebilligten Vorgehens der Landtags-Fraktion gemeinverständlich klargelegt wird.“

Ferner: „Der Parteitag beschließt: Zur nachhaltigen Betreibung der Agitation wird die Parteileitung beauftragt, einen Kalender zu beschaffen, der zu einem geringen Preise in Massen auf dem Lande verbreitet werden kann.“

Ferner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Zum bayerischen Landtags-Wahlgesetz beschließt der dritte Parteitag der Sozialdemokraten Bayerns folgende Resolution:

„In Erwägung, daß das bestehende bayerische Landtags-Wahlgesetz keineswegs den Willen des Volkes zum Ausdruck kommen läßt, sondern sich als Klassenrecht im schlimmsten Sinne des Wortes darstellt und nachweislich 33 pCt. aller volljährigen Männer Bayerns politisch rechtlos macht; in der ferneren Erwägung, daß die beiden großen Landtagsparteien mit allen, selbst den verwerflichsten Mitteln und den nichtsfagensten Einwürfen die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes hintanzuhalten suchen, sieht sich der Parteitag veranlaßt, die sozialdemokratische Landtagsgruppe zu ersuchen, den Antrag auf eine freiheitliche und dem gesunden Rechtsinn entsprechende Umgestaltung des jetzt bestehenden Landtagswahlgesetzes in der bevorstehenden Session neuerdings einzubringen. Die Delegierten des bayerischen Parteitages betrachten es als ihre Hauptaufgabe, diese Thätigkeit der Abgeordneten durch rege Agitation im ganzen Lande kräftig zu unterstützen. In anbetrach dessen, daß sich die Verhältnisse bezüglich des bayerischen Vereins- und Versammlungsrechtes innerhalb der letzten zwei Jahre wesentlich nicht geändert haben, hält der Parteitag den am letzten Münchener Parteitag gefaßten Beschluß aufrecht.“

Des ferneren wurde der Beschluß des Münchener Parteitages, welcher die Landtagsfraktion als Parteileitung einsetzt, erneuert. Durch Annahme dieser Anträge war auch der Punkt „Organisation und Agitation“ erledigt.

Als Vertreter der bayerischen Sozialdemokratie auf dem internationalen Arbeiterkongress in London wurde nach einem Referate des Genossen Frz. Schmitt-München Genosse Grillenberger gewählt. Genosse Vollmar theilt mit, daß Reichstags-Abgeordneter Müller demnächst eine Agitationstour unter den bayerischen Bergleuten antreten würde.

Die Mandatprüfungskommission giebt bekannt, daß 78 Orte mit 129 Delegirten auf dem Parteitag vertreten sind.

Hierauf wird beschlossen, daß im Falle die Lokalfrage keine Schwierigkeiten bietet, der nächste Parteitag im Jahre 1898 in Augsburg stattfinden solle.

Vollmar läßt nunmehr die Beschlüsse und die Thätigkeit des Parteitages Revue passiren. Redner glaubt, daß der Parteitag für die Sozialdemokratie reiche Früchte tragen werde und schließt mit einem dreifachen Hoch auf die bayerische, deutsche und internationale Sozialdemokratie.

Genosse Schmidt erklärt hierauf den Parteitag für geschlossen.

Soziale Ueberblick.

Die königliche Eisenbahndirektion Elberfeld ist eifrig bemüht, jeden sozialistischen Hauch von den Arbeitern und Angestellten fern zu halten, schreibt die „Niederrheinische Volkstribüne“. Wenn aber die Angestellten mit solch niedrigen Entlohnungen abgepeist werden, wie dies in fast allen Zweigen des Betriebes der Fall ist, so sind alle Anstrengungen der oberen Leitung vergebens. Die Unzufriedenheit mit der herrschenden Entlohnung, die namentlich den unteren Angestellten zu theil wird, ist die treibende, werbende Kraft für den Sozialismus. Und diese Leute haben thatsächlich alle Ursache, unzufrieden zu sein; sie lesen die ungeheuren Ueberschüsse, die die Eisenbahn-Verwaltung macht, sie wissen, wie die hohen und höchsten Stellen Beamten entlohnt werden und stellen Vergleiche an zwischen deren Leistungen und ihrer eigenen den Körper frühzeitig aufreibenden Thätigkeit bei fäglicher Entlohnung. So werden beispielsweise die Arbeiter in der Silgut-Expedition mit einem Anfangslohn von 2,10 M. angestellt und steigen erst nach jahrelanger untadelhafter Haltung um 10 Pf. per Tag, sobald sie nach zehnjähriger Thätigkeit das große Einkommen von 2,40 M. erhalten. Von dieser Entlohnung wird noch Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung resp. Pensionsbeitrag abgehalten. Mit welchen Gefühlen müssen diese Proletarier ihr lärgliches Mahl einnehmen, zumal wenn sie, wie dies fast stets der Fall, zahlreiche Familien haben. Und was für anstrengenden Dienst haben sie! Morgens 6 Uhr müssen sie antreten und bis abends 7 Uhr ausbleiben, das heißt, wenn der letzte Silgut lange ausbleibt, müssen sie auch noch da bleiben bis derselbe einläuft und dann ausbleiben. Wenn einmal Montags nicht so viel zu thun ist, müssen diese Arbeiter andere Arbeit verrichten, als Bude scheuern, in den Bureaus Fenster putzen u. d. Dienstaqs und Freitags müssen diejenigen, die Nachschicht haben, schon um 5 1/2 Uhr abends antreten. Mit den Arbeitern in der Druckschabenverwaltung ist es ein klein wenig besser, aber immerhin noch jämmerlich genug. Diese brauchen erst um 8 Uhr zum Dienst anzutreten und bekommen dafür unter der sonst gleichen Stala der „Aufbesserung“ täglich den horrenden Lohn von 2,50 M. und steigen bis 2,80 M. Nebenbei ist das Verhältniß der Arbeiter im „Kleidermagazin“ und „Briefbogen-Bureau“. Wenn ein Arbeiter in diesen Abtheilungen erkrankt, was bei der dürftigen Lebenshaltung gar nicht ausbleiben kann, so kommt vorläufig kein Erloß dafür, sondern die anderen Arbeiter müssen dessen Arbeiten mit „durchschleifen“. Angesichts solcher Verhältnisse haben allerdings die Verwaltungen alle Hände voll zu thun, um „den Geist der Unzufriedenheit“ und „die Hydra des Sozialismus“ von den Angestellten fernzuhalten.

Einem aus Interessentenkreisen an sie gerichteten Antrag, eine Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 Gram auf 20 Gram anzuführen, nicht Folge gegeben, weil ihr bekannt geworden sei, daß die Schweiz auf dem nächsten Weltpostkongress den gleichen Antrag zu stellen beabsichtige und es daher, zumal im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Reichspostverwaltung, angezeigt erscheine, zunächst das Ergebnis der Verhandlungen über diesen Antrag abzuwarten.

Die Bevölkerung Sachsen-Weimars (Ortsanwesende) stellt sich nach den amtlich veröffentlichten Ergebnissen der letzten

*) Erschienen zuerst in C. Stegmann's und C. Jugo's „Handbuch des Sozialismus“, dann in Separatdruck.

Volkzählung auf 330 217, oder um 18 123 Seelen höher als 1890. Die Zahl der Wohnhäuser betrug 52 447, die der Haushaltungen 75 247.

Der Streit der Bauhandwerker und Bauarbeiter. Zur Erörterung dieser wichtigen Frage bringt der „Samb. Korresp.“ einen wertvollen Beitrag durch eine Darlegung, wie die amerikanische Gesetzgebung die Rechte der Bauhandwerker und Bauarbeiter sicher zu stellen sucht: Nach den New York Bau-Gesetzen kann, wer beim Errichten, Umbauen oder Wiederherstellen einer Baulichkeit oder Dienste leistet, oder Materialien liefert, durch schriftliche Annahme seines Anspruchs für Kapitalbetrag und Kosten seiner Arbeit oder Materiallieferung ein Lien auf die betreffende Baulichkeit und den Bauplatz erwerben, das so weit geht, wie das Recht des Bauherrn selbst (der nicht notwendig Eigentümer sein muß, sondern auch Erbpächter, Käufer des Bauplatzes u. s. w. sein kann). Jedoch geht das Lien (der Haft oder Anspruch, den eine Person an das Eigentum eines anderen hat, als Sicherheit für irgend eine Schuld oder Verpflichtung) nie weiter, als bis zu dem noch unbefriedigten Theil der vertragsmäßigen Forderung des Arbeiters oder Lieferanten. Verträge, die der Bauherr selbst, Eigentümer oder am Bau Berechtigter, zur Umgehung dieser Lien schließt, Vorauszahlungen, Verpfändungen oder sonstige Befreiungen der Eigenschaften, machen ihn in vollem Maße schadenspflichtig. Jeder der für einen der in Frage stehenden Zwecke Arbeit leistet oder Materialien liefert an eine andere Person als an den Bauherrn selbst, kann jederzeit von letzterem oder dessen Vertreter die Mittheilung des Vertrags verlangen, auf Grund dessen die Arbeit vergeben ist, sowie die Angabe der noch unbezahlten Kaufschulden. Weigert sich der Bauherr oder sein Vertreter, diese Auskunft über das Rechtsverhältnis oder über die bestehenden Schulden zu geben, so wird er für jeden Verlust haftbar, den die Anfragenden erleiden, falls die Exekution gegen diejenigen fruchtlos bleibt, denen sie geliefert oder in deren Auftrag sie Arbeit geleistet haben; und die Anfragenden können außerdem für alle Arbeiter, die sie nach einer derartigen Weigerung leisten, selbst ein Lien auf die betreffende Baulichkeit erwirken. Jeder Arbeiter oder die Lieferant kann während der Zeit, in der er arbeitet oder die Lieferung ausführt, oder 90 Tage nachher für ihren Betrag ein Lien zu den öffentlichen Büchern anmelden. Die Anmeldung muß enthalten die Adresse des Klägers, Beschreibung und Betrag der von ihm geleisteten Arbeit; den Namen des Interessenten am Grundstück, gegen den das Lien gefordert wird, den Namen des Arbeitgebers oder Auftraggebers, mit dem der Kläger in direktem Vertragsverhältnis stand, und die Angabe des zu belastenden Grundstücks. Derartig ausgefertigte Liens oder Anmeldungen auf Liens gehen nicht nur allen später auf das fragliche Grundstück eingetragenen, sondern auch solchen früher eingetragenen Pfandrechten vor, die sich nicht auf Leistung von Arbeit oder Materiallieferungen der bezeichneten Art beziehen. Lediglich der Eintrag wirklich verschuldeten Geldes, das zum Kauf der fraglichen Eigenschaft gegeben war, behält auch den Lien gegenüber seine Gültigkeit. Kein Lien kann das betreffende Grundstück länger als ein Jahr nach der Anmeldung binden, wenn nicht innerhalb dieses Jahres Klage wegen der zu Grunde liegenden Forderung erhoben ist. Der Grundstückseigentümer kann jedes Lien durch Auerbieten der Deposition des Betrages abwenden. Unter verschiedenen Liens entscheidet im allgemeinen die Priorität jedoch in der Art, daß in allen Fällen Arbeiter oder Tagelöhner, die für Tag- oder Wochenlohn arbeiten, den Vorrang vor Arbeitgebern, Unternehmern oder Unter-Unternehmern haben sollen, ohne Rücksicht auf den Tag, an welchem die Arbeiter oder Tagelöhner ihr Lien erwirkt haben.

Gewerkschaftliches.

Zum Streit in Neunkirchen. Am 9. Juli hielten die Fabrikanten eine mehrstündige Konferenz mit dem Ober-Gewerkeinspektor Muhl ab, der im Interesse eines friedlichen Ausgleichs die Vermittlung zwischen beiden Parteien übernommen hatte. Dr. Wernisch erklärte im Namen der Fabrikanten, daß sie die Bedingung, alle Arbeiter wiederum einzustellen, nicht eingehen können. Man wolle überhaupt nicht mit den Vertrauensmännern der Arbeiter verhandeln, sondern mit den einzelnen Arbeitern selbst. Im übrigen sei die Saison für die Eisenindustrie vorüber und schon aus diesem Grunde die Einstellung sämtlicher Arbeiter unmöglich. Der beträchtlichste Ausfall bei der Aufnahme des vollen Betriebes würde in der Schraubenfabrik von Breiviller u. Co. eintreten, wo vor dem Streit 880 Arbeiter beschäftigt waren. Jetzt stehen in dieser Fabrik 120 Arbeiter in Verwendung, und diese Zahl würde bei Herstellung normaler Zustände nur auf 300 erhöht werden können. Die Fabrik Schüller, die früher 240 Arbeiter beschäftigt hat, würde derzeit nur 100 verwenden. In der Druckfabrik würde sich die Reduktion auf 50 Arbeiter beschränken. Die Eltsche Spinnerei könnte von 311 Arbeitern des früheren Standes momentan nur 160 beschäftigen. Die Döhrbacher Spinnerei sei bereit, alle Arbeiter aufzunehmen, die übrigen zwei kleineren Betriebe kommen nicht in Betracht.

Dr. Wernisch betonte auch, daß sich die Reduktion um so empfindlicher geltend machen müßte, je länger der Anstand dauern sollte. Wenn die Arbeiter auf ihrem Standpunkt beharren, so würde in einer gewissen Zeit an sie die Frage gerichtet werden, ob sie die Arbeit aufnehmen wollen. Sollte diese Anfrage erfolglos bleiben, so müßten sämtliche Arbeiterwohnungen geräumt werden. Vorläufig über man noch Rücksicht.

Ober-Gewerbeinspektor Muhl bemerkte, daß er sich der Schwierigkeit seiner Aufgabe bewußt sei. Trotzdem werde er sein Augenmerk darauf richten, die Modalitäten zu suchen, auf Grund deren ein Ausgleich herbeizuführen wäre.

Nachmittags setzte sich der Ober-Gewerbeinspektor mit dem Streikkomitee ins Einvernehmen. Die Vertrauensmänner betonten, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft ein unentwertetes festes sei. Die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs stehe auf Seite der Neunkirchner Arbeiter. Das Solidaritätsgefühl sei für sie maßgebend und habe sie veranlaßt, sich für die gewagten Genossen in der Eltschen Spinnerei einzusetzen, wofür sie angepöppelt wurden. Aufgabe der Arbeiterschaft Neunkirchens sei es, auf diesem von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und Menschlichkeit gegebenen Wege zu verharren. Gegenüber dem unbeeuglichen Standpunkte der Fabrikanten werden die Arbeiter mit noch größerer Entschiedenheit und Entschlossenheit vorgehen. Vielfach sind in letzter Zeit Arbeiter, die sich, wie der Anstift der Behörde heißt, mißthätig gemacht haben, nach der Heimath abgeschoben. Die Arbeiter versuchen deshalb wegen dieser Maßnahmen bei dem Bezirkshauptmann von Sontl vorstellig zu werden. Die Unterbrechung wurde ihnen abgeschlagen und sind abends zwei Arbeiter des Ortes verwiesen.

Zu New-York tagte am 1. Juli die erste Konvention des neuen gewerkschaftlichen nationalen Zentralverbandes, der „Socialist Trade and Labor Alliance“. Es sind auf derselben 64 Delegirte (darunter ein Duzend auswärtige) und ca. ein halbes Duzend Distrikt-Organisationen sowie einige National-Verbände durch 75 Delegirte vertreten. Der zum temporären Vorsitzenden gewählte Professor De Leon sagte in seiner Eröffnungsrede u. a.: „Törichte Leute haben behauptet, daß der Sozialismus die Gründung eines Mannes oder das Produkt einer Nation sei. Jeder intelligente Mensch weiß jedoch, daß der Sozialismus die Folge von ökonomischen Zuständen ist, daß er überall dort entstehen muß, wo es eine Kapitalisten- und eine Arbeiterklasse giebt. Und so ist es mit der Alliance. Sie ist nicht das Werk einer Person oder mehrerer Personen, sondern ist die notwendige Folge des Zustandes, in dem sich die Arbeiterbewegung Amerikas befindet, und ist das

Produkt der Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft dieses Landes gemacht hat.

Genosse Sanial gab sodann einen Ueberblick über die Arbeiterbewegung in Amerika seit Gründung des Ordens der Arbeiter, worauf in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten wurde. Die von dem Resolutionskomitee entworfene Prinzipien-Erklärung, die in präziser Form eine sozialistische Anschauung enthielt, fand einstimmige Annahme.

Die Traktatfrage war der erste Punkt, welcher Differenzen in den Anschauungen ergab; während das betreffende Komitee eine monatliche Kapsteuer von 1 Cent pro Mitglied vorschlug, war eine Anzahl Delegirter von ihren Organisationen instruiert, dafür einzutreten, daß jede Einzelorganisation einen Pauschalbetrag von monatlich 1 Dollar zu leisten habe. Das Resultat der Verhandlung war, daß mit 34 gegen 27 Stimmen der Komitee-Antrag angenommen wurde. — Es ward sodann beschlossen, ein Komitee zu wählen, welches die am 4. Juli beginnende National-Konvention der „Socialist. Arbeiter-Partei“ zu besuchen hat, und nach Erledigung einiger sonstigen Vorlagen die Sitzung geschlossen.

Zu Minnesota hatten wir dieser Tage einen überraschenden Erfolg. Aus der Konvention der dortigen Staats-Organisation der „Federation of Labor“, in welcher bisher die Handlanger der kapitalistischen Parteien und die sonstigen Parteigenossen dominierten, war auch ein halbes Duzend Delegirten von Sektionen unserer Partei in Minneapolis und St. Paul erschienen, die während der Pause, in welcher die Mandatsprüfung stattfand, aufgefordert wurden, ihre Ansichten darzulegen, welchem Bunde selbstverständlich mit „größtem Vergnügen“ nachgegeben wurde. Die zur Verfügung stehende Zeit genügte zweien unserer Genossen, unsere Prinzipien in solcher prägnanter Weise darzulegen, daß allseitiger Beifall erfolgte. Ein Protest gegen die Zulassung der „sozialistischen“ Delegirten wird mit großer Majorität zurückgewiesen. Im Laufe der Verhandlungen beantragten dieselben eine Anerkennung der selbstständigen politischen Aktion lautende Resolution, welche 40 Stimmen erhielt, während 59 dagegen fielen.

Das Vereinsgesetz gegen Arbeiterfeinde.

Unser Parteigenosse Bact hatte unserem Brandenburger Parteiorgan einen Aufruf zu einem großen Volksfest übermitteln, das am 16. Juni 1895 im „Sokale Tivoli“ zu Luckenwalde abgehalten werden sollte. In Aussicht gestellt waren neben dem selbstverständlichen Konzert allerlei harmlose Lustbarkeiten, wie Wettrennen, Topfschlagen, Bombenregen, Facelpolonaise und dergleichen mehr. Dreiunddreißigmal erschien der Aufruf in der genannten Zeitung. Die Folge davon war eine Anklage gegen Bact und den verantwortlichen Redakteur der „Brandenburger Zig.“, Wolfgang, wegen Vergehens gegen die Paragraphen 9 und 17 des Vereinsgesetzes. Es wurde ihnen vorgeworfen, zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel angefordert zu haben, zu welcher die erforderliche Genehmigung der Orts-Polizeibehörde nicht erteilt war. Das Schöffengericht verurtheilte die Angeklagten, wogegen sie später vom Landgericht in Potsdam freigesprochen wurden. Die Strafkammer nahm an, in der Annonce sei eine Aufforderung zu finden, aber ein Gartenfest, zu dem man noch dazu nur gegen ein Entree Zutritt habe, sei keine Versammlung unter freiem Himmel und § 9 des Vereinsgesetzes finde auch nur auf politische Versammlungen Anwendung. Auf die darauf von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision hat sich nunmehr am 18. Juli der Strafsenat des Kammergerichts mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Angeklagten vertrat Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, welcher geltend machte, daß jenes Volksfest sich in nichts unterscheiden hätte von Lustbarkeiten, wie sie im Schloß Weißenhof, Palastsee oder sonstwo von Unternehmern arrangiert würden. Würde es dennoch als öffentliche Versammlung unter freiem Himmel angesehen, dann müßte die Polizei auch alle Vergünstigungen der erwähnten Art von einer Genehmigung nach § 9 des Vereinsgesetzes abhängig machen, ja in Berlin und Umgegend könnten dieselben überhaupt nicht mehr stattfinden. Denn nach § 11 des Vereinsgesetzes dürfen innerhalb zweier Meilen von der Residenz des Königs Volksversammlungen unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde überhaupt nicht gestattet werden. Zunächst sei dann die Gewerbe-Aussstellung zu schließen, soweit die dortigen Schaustellungen und Befestigungen unter freiem Himmel stattfinden, zu schließen seien ebenso die sämtlichen sogenannten Sommergärten in Berlin, in denen Konzert, Tengel-Tanzel, Schießbuden u. dgl. seien, auch der Garten des Friedrich-Wilhelmsplätzchen Theaters und des Bellealliance-Theaters zc.

Ebenso seien die Unternehmern, welche ihre Etablissements in den Zeitungen und an den Tafelstühlen anzeigen, zu bestrafen, weil sie dadurch zu den Versammlungen unter freiem Himmel „aufforderten“. Mit Versammlung unter freiem Himmel habe aber der Gesetzgeber sicherlich nur Versammlungen auf freier, nicht umfriedigter Flächen und auf solchen Mannschaften gemeint, die wenigstens in der Weise zugänglich seien, daß sich ungezählte Menschenmassen zusammenfinden könnten. Darüber könne auch kein Zweifel sein, daß der Gesetzgeber bei Fassung des § 9 an dergleichen harmlose Volksfeste in einem Sommergarten gar nicht gedacht habe. Dieselben seien auch keine „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes, weil ihnen die innere Vereinigung, das auf gemeinsame Zwecke und Ziele gerichtete gemeinsame Wollen ermangele. Sie seien vielmehr eine formlose unzusammenhängende Menschenmasse.

Das Kammergericht war indessen der Uebergangung, daß der Vorderrichter den Begriff „unter freiem Himmel“ nicht richtig gewürdigt habe und wies die Sache an die zweite Instanz zurück. Die Einlieferung nach Länge und Breite genüge nicht, eine Versammlung unter freiem Himmel nicht in dem Fest zu sehen, vielmehr müsse der Raum gegen den Himmel zu ebenfalls abgeschlossen sein. Auch sei die Annahme falsch, daß § 9 des Vereinsgesetzes nur auf politische Versammlungen anzuwenden sei; auf den Zweck der Versammlung komme es nach dem Wortlaut des Gesetzes überhaupt nicht an.

In dem Staate, in welchem nach der Verfassung alle Preisen vor dem Gesetze gleich sind, ist es bekanntlich nach dem goldenen Worte unseres Justizministers nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe thun. Das ist ein Glück für alle reichthueren und nicht-sozialdemokratischen Menschen. Denn wenn die Rechtsmethode des Schalles Tereus nicht gelten würde, dann hätten sämtliche Arbeiter unserer Sommervergünstigungen, von Kühnemann bis zum letzten Weib in der Hasenheide sich gegen das Vereinsgesetz eines sorgfältigen Vergehens schuldig gemacht, vor dem sie nur ihre Bude empfinden könnten. Trotz aller Widerwärtigkeiten bildet die moderne Handhabung des Vereinsgesetzes ein überaus schätzbare Agitationsmittel für uns Sozialdemokraten. Also nur weiter so!

Der Züricher Polizeihauptmann Fischer vor dem Schwurgericht.

Aus Winterthur wird uns geschrieben: Am 10. und 11. Juli fand unter ungeheurem Zudrang des Publikums die Verhandlung gegen Polizeihauptmann Fischer vor dem hiesigen Schwurgericht statt. Der Mann, der während seiner vierzehnjährigen Thätigkeit wohl mehr als 20000 Personen verhaftet ließ oder selbst verhaftete und einen großen Theil

davon auf die Anklagebank und ins Zuchthaus brachte, ist heute nun selbst auf dem Armenhäuserbänken. Angeklagt ist Fischer von der Staatsanwaltschaft der wiederholten widerrechtlichen Gefangenhaltung im Zusammenhang mit sabrassiger Amtspflichtverletzung. Der erste Fall betrifft einen gewissen Kämmerli, der 1890 mit den russischen Studenten in Zürich verkehrte und am 29. Januar 1891 wegen Diebstahlsverdachts verhaftet wurde. Bei der Hausdurchsuchung in seiner Wohnung wurden Mitgliederlisten der russischen revolutionären Verbindungen sowie Materialien über die Herstellung und Verbreitung revolutionärer Druckschriften in Rußland gefunden, welche, wie die „Berliner Tagwacht“ kürzlich aus einem in Paris erschienenen Buche entnahm, an die russischen Behörden ausgeliefert wurden. Näheres über diese Vorgänge, welche im Zusammenhang mit den 1890 stattgefundenen Bomben-Explosionen auf dem Züricherberg standen, ist in der jetzigen Verhandlung nicht bekannt geworden. Fischer behielt nun den Kämmerli in der kantonalen Strafanstalt bis zum 14. März, also 42 Tage gefangen, ohne ihn der zuständigen Behörde abzuliefern. Die bezüglichen Bestimmungen des zürcherischen Rechtspflegegesetzes besagen, daß mit dem Verhafteten innerhalb 24 Stunden nach seiner Festnahme ein Verhör vorzunehmen und derselbe in den folgenden nächsten 12 Stunden an die zuständige Untersuchungsbehörde abzuliefern ist. Der Kämmerli ist dann wegen Diebstahls vom Gericht zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, wovon ihm aber die zweiundvierzig Tage Polizeihaft abgerechnet wurden. Der zweite Fall betrifft einen Fritz Köcher, der bei einem Kavallerie-Leutnant Bedienter war und angeklagt wurde, daß er den Offizier um 20 Fr. betrogen habe. Fischer behielt den Mann vom 15. September bis 29. Oktober 1895, also 44 Tage in Verhaft, ohne mit ihm ein Verhör vorzunehmen und entließ ihn dann in der Uebergangung, daß der Mann unschuldig sei. Den Offizier forderte er zum Rückzug der Strafanzeige auf. Bei diesem Fall kommt hinzu, daß Fischer gar nicht zur Verhaftung berechtigt war, da hier die Militärbehörde zuständig gewesen wäre; ferner läßt ins Gewicht, daß er den Köcher trotz dessen wiederholtem Verlangen nicht vor den kompetenten Richter stellte und vom ganzen Fall seiner Behörde die Mittheilung machte. Sodann verhaftete Fischer am 20. Sept. 1895 einen gewissen Brunner wegen Diebstahlsverdachts, der bis zum 6. Dezember, also 57 Tage, in Polizeiverhaft gehalten wurde, trotzdem er den Diebstahl eingestanden hatte. Brunner erhielt nachträglich wegen Einbruchs und einfachen Diebstahls 2 1/2 Jahre Arbeitshaus, wobei ihm die Dauer der Polizeihaft angerechnet resp. abgezogen wurde. Erwähnung verdient im Falle Brunner das Gerücht, daß Fischer Liebhaber einer Kellnerin war, die auch von Brunner possirt wurde. Fischer habe durch den langen Polizeiverhaft seinen Nebenbuhler unschädlich machen wollen. Die hierüber gepflogene Untersuchung war aber ergebnislos.

Im Januar 1895 war der Krawall der Unabhängigen zc. vor dem italienischen Konsulat in Zürich. Am Abend vorher hatte der Graubündner Alveiner in einer Wirthschaft renoumiert, daß er zu Hause Dynamit habe und man nächstens etwas hören werde. Alveiner wurde dann beim Krawall mit anderen verhaftet, doch ermittelte die resultatlose Hausdurchsuchung, daß er im Krawall nur gesunken hatte. Fischer hielt ihn vom 15. bis 25. Januar in Haft und gab ihm dann bei der Entlassung im Bewußtsein seines ungehörigen Vorgehens aus der eigenen Tasche Geld und den Rath, nach Klapperswil zu fahren. Vom 15. bis 19. Juni 1895 hielt Fischer den Emil Bestner und Jakob Widmer, die in einer Wirthschaft dummes Zeug über mit ihnen angeblich verübte Sittenvergehen geschwatzt hatten, in Haft, und endlich vom 27. November bis 9. Dezember den Moriz Klein und Albert Gutmann wegen angeblicher Subjektivität, Falschspielen zc.

Fischer bekannte sich nicht schuldig der widerrechtlichen Gefangenhaltung, während er die sabrassige zugab. Unter den 21 Zeugen waren die Regierungsräthe Nägeli, Justiz- und Polizeidirektor, und Dr. Stöbel, ferner Oberbürgermeister, Bezirksanwalt Schwarz, eine Anzahl Polizisten zc. Aus den Aussagen Nägeli's, Wittelsbach's und Schwarz ging hervor, daß die geschworigen Zeugen, verhaftete Tage und gar Wochen lang in Polizeihaft zu halten, statt sie dem Untersuchungsrichter zuzuführen, seit einem halben Jahrhundert schon von der staatlichen Polizei geübt und von den anderen Behörden stillschweigend gebuldet wurde. Justizdirektor Nägeli kämpfte allerdings seit Jahren gegen den geschworigen Zustand an, ermahnte und warnte den Polizeihauptmann Fischer dazumale mündlich und schriftlich zu korrektem Handeln, bestrafte ihn mit 20 Frk. Buße und 5 Tagen Arrest und drohte ihm wiederholt mit dem Strafgericht. Doch es half alles nichts. Da brachte ihn endlich die Angelegenheit Brunner zu Falle. Die viele Rücksicht mit Fischer sei geübt worden, weil er den Zustand bereits so angetrieben, somit kein Novum geschaffen habe; weil er ein vorzüglicher Polizeibeamter sei und endlich daß praktische Bedürfnis der polizeilichen Thätigkeit vielfach die begrenzte gesetzliche Frist nicht einhalten könne. Nach den Aussagen Fischers aber, der ganz unweifelhaft eine gewaltthätige Natur ist, gefiel man sich auf der Hauptwache in der Rolle der Untersuchungsbehörde, welche mit den kompetenten Behörden gleichgestellt und berechtigt sei.

Die Geschworenen verneinten durchwegs die Frage nach der Widerrechtlichkeit und bejahten nur die Frage auf Sabrassigkeit. Fischer wurde dann verurtheilt zu vier Wochen Gefängnis abzüglich 14 Tagen Untersuchungshaft. — Er war vom 11. Dezember bis 28. Dezember eingesperrt — zu 500 Frk. Buße, zu 250 Frk. Staatsgebühr und zur Tragung der Kosten, die etwa 2000 Fr. ausmachen. Fischer hat bereits nach der Suspension von Amte demissionirt und kehrt somit auf seinen Posten nicht mehr zurück. Ein Organ, das Fischer die Strafen schenkte und ihn auch wieder in Amte rehabilitirte, wie dies vielleicht anderwärts geschehen würde, existirt im Kanton Zürich nicht. Wer in der demokratischen Republik dies wagt, würde vom öffentlichen Unwillen hinweggefegt werden.

Gerichts-Beilage.

Während der ersten Hälfte der am 15. d. M. beginnenden Gerichtsserien werden am hiesigen Landgericht 1 neun Ferien-Strafkammern in Thätigkeit treten, bei denen der Vorsitz am 1. August wechseln wird. Zu Vorsitzenden sind berufen: 1. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Krause, später Landgerichts-Direktor Germerhausen. — 2. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Leonhardt, später Landgerichts-Direktor Albeholde. — 3. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Böhler, später Landgerichts-Direktor v. Petten. — 4. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Rath Braun, später Landgerichts-Direktor Denso. — 5. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Junke, später Landgerichts-Rath Kunze. — 6. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Franke, später Landgerichts-Rath Danielcid. — 7. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Gaaß, später Landgerichts-Rath Reineke. — 8. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Rath Wächner. — 9. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Humbert, später Landgerichts-Rath Lantherius und Landgerichts-Rath Böckl. — Während der zweiten Hälfte der Ferien (15. August bis 15. September) werden 5 Strafkammern in Thätigkeit sein und folgende Herren den Vorsitz führen: 1. Kammer: Landgerichts-Rath Dr. Frickhen, später Landgerichts-Direktor Ried. — 2. Kammer: Landgerichts-Direktor Dr. Hartmann, später Gerichtsprofessor Schreiber. — 3. Kammer: Landgerichts-Rath Hoppel, später Direktor Sindenberg. — 4. Kammer: Direktor Doppe, später

Direktor Kähler. — 5. Kammer: Landgericht-Rath Pohle, später Landgericht-Direktor Loebl.

Der Streik in der Gattler'schen Gussfabrik in der Pringelstraße bot den Anlaß zu zwei Verhandlungen, welche Sonnabend das hiesige Schöffengericht beschäftigten. In dem ersten Falle handelte es sich um Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung in Ideal Konkurrenz mit Beleidigung und Körperverletzung, dessen der Gutmacher August Nood vor der 136. Abtheilung des Amtsgerichts I beschuldigt wurde. Nach Ausbruch des Streiks in der Gattler'schen Gussfabrik waren für letztere außer einigen Berliner Streikbrechern auch Arbeiter von außerhalb herangezogen worden, unter den letzteren die Brüder Franz und Rudolf Karay aus Neuteich bei Driesen in der Neumark. Als dieselben am ersten Tage ihrer Arbeit in der Gattler'schen Fabrik, dem 8. Juni dieses Jahres abends in Begleitung der übrigen Nichtstreikenden von der Arbeit nach Hause gingen, kamen ihnen Streikende nach; der Angeklagte Nood rief dem Rudolf Karay das Wort „Streikbrecher“ zu, dann blieb er einige Schritte zurück, eilte wieder hinterher und gab dem Franz Karay mit dem Fuß einen Tritt in den Rücken, daß jener nach vorn taumelte. Danach verschwand er. Von Bekannten des Nood erfuhr die Karay's dessen Namen und erkannten in der Verhandlung ihn auch bestimmt wieder. Ihn selbst, welcher etwas angekränkt war, ist von dem Zustriete nichts bekannt. Aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen, blieben die Brüder

Karay am nächsten Morgen von der Arbeit weg. Während der Staatsanwalt im Sinne der Anklage plädierte und gegen den Angeklagten 4 Wochen Gefängnis beantragte, führte der Verteidiger Rechtsanwalt Heine aus, daß kein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung vorliege, denn nicht jede Beleidigung oder Körperverletzung in Verbindung mit einem Streik falle unter den angezogenen Paragraphen. Voraussetzungen dieses Paragraphen sei, daß die Beleidigung oder Körperverletzung begangen werde, um zum Streik zu veranlassen (also eine versuchte Nötigung sei), nicht wie ill gestreift wird; dagegen liege eine wörtliche resp. thätliche Beleidigung vor, denn ohne Zweifel sei das Wort „Streikbrecher“ sehr beleidigend. Für die Beleidigung werde aber eine Geldstrafe ausreichend sein. Der Gerichtshof schloß sich jedoch den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte auch nach dessen Antrage auf 4 Wochen Gefängnis.

In dem andern Falle handelte es sich um versuchte Gefangenens-Befreiung vor der Gattler'schen Fabrik. Vor derselben standen mehrere Streikende, welche dort in der Nähe wohnten. Aus irgend einem Grunde wollte der Schutzmann Schwand, welchem die Beobachtung der Fabrik oblag, den Gutmacher Priß zur Wache fixieren. Er sagte ihm dabei mit dem üblichen Polizeigriff an, worauf der Angeklagte, der Gutmacher Schulze hinstieg und dem Beamten sagte, daß sei nicht nöthig. Priß werde schon allein gehen. Dabei soll Schulze den

Priß angefaßt und versucht haben, ihn von Schwand loszureißen. Wenigstens will dieser Beamte sowie der Wachmeister Rosin einen solchen Griff gesehen haben. Priß hat von demselben nichts gefühlt, die anderen Zeugen haben nichts gesehen. Die übrigen Umstehenden verhielten sich übrigens, wie auch der Schutzmann selbst zugeb, sehr ruhig, sodas es ihm nicht erschien, als ob sie mit dem Angeklagten gemeinsame Sache gemacht hätten. Trotzdem beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, ein Referendar, 4 Monate Gefängnis, weil der Angeklagte bereits vorbestraft ist. Rechtsanwalt Heine sprach in erster Linie für Freisprechung, da das Aufassen zc. nicht genügend erwiesen erscheine; der Schutzmann Schwand könne sich sehr wohl geirrt haben, die Aussage des Rosin sei zuletzt sehr unbestimmt gewesen. Eventuell aber sei die von dem Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe viel zu hoch; der letzteren Meinung war auch der Gerichtshof (188. Abtheilung Amtsgericht I.); er hielt zwar die Wahrnehmungen des Schutzmannes für richtig, erkannte aber nicht auf 4 Monate, sondern auf 8 Tage Gefängnis.

Verurteilung des Quacks! Die Strafkammer Nachen verurtheilte am 13. Juli einen Regierungssupernumerar, der durch einen befreundeten Cand. phil. einen Apotheker zum Zweikampf auf tödliche Waffen bei schweren Bedingungen herausgefordert hatte, zu 14 Tagen Festung. Der Kartellträger wurde freigesprochen.

Ausschank der Brauerei Pichelsdorf,

reizend an den Ufern der Havel gegenüber Pichelswerder gelegen,
bequeme Bahnverbindung mittelst Stadtbahn und Lehrter Bahn bis Spandau für 20 Pfennige, vom
Bahnhof Spandau bis zur Brauerei mittelst der elektrischen Bahn für 10 Pf., Dampfverbindung
von Berlin und Spandau — Dampfer können an der Brauerei anlegen.

Jeden Sonntag
im Garten **grosses Konzert** bei freiem Entree.

Im neuerbauten Riesen-Prachtsaal
grosser Ball bei 2 Orchestern
(Garderobe frei).

Kegelbahnen. Billards. Kaffeeküche.

⁴/₁₀ Liter Lagerbier 15 Pfennige.

Im Vergnügungspark täglich:
grosse Volksbelustigungen.

Grosse und elegante Ausspannung.
Telephon Amt Spandau No. 198.

Für Kranke! Für Kranke!
Echter Cognac
Original-Abzug von Gergonne & Cie.
per Flasche 1,50—5,00 Mark.
Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.
Neustädtische Kirchstrasse 12
am Bahnhof Friedrichstrasse.
5805L*

Fruchtweinsowlen
par. vein. ausgezeichn. in Geschmack.
Maltrank Erdbeerbowle Pfirsichbowle Ananasbowle } a Flasche 1/2 Dtz. 60 Pf. inf.
Eugen Neumann & Co.
Detail-Verkaufsstellen:
Welle-Platz 6a, Friedrichstr. 81,
Oranienstr. 8, Weinbischstr. 28.
Vordamm: Bäckerstr. 7.
Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an
liefert elegante
Anzüge nach Maß
Tomporowski, Schneidermeister.
Berlin O., Jüdenstr. 97, 1 Tr.

Echt Werdersches Bier
¹/₅ Tonne 2,50, ¹/₁₀ Tonne 1,30.
Sageter, hell u. dunkel,
do. nach Pilsener Art,
do. nach Münchener Art,
Kotsdamer Stangenbier ¹/₅ Tonne 2,75.
Extra-Gebräu ¹/₅ Tonne 3,40, ¹/₁₀ Tonne 1,70.
Werdersches Bier, ¹/₅ Tonne 3,40, ¹/₁₀ Tonne 1,70.
Schutz-Mark.
Sämmtliche Biere (außer Extra-Gebräu)
in Flaschen 30 Stück für Mark 3,—
Extra-Gebräu Werdersches Bier do. 24 Stück für Mark 3,—
Liefere frei ins Haus ohne Pfand.
Bereinigte Werdersche Brauereien
Haupt-Niederlage:
Berlin, Adalbert-Strasse Nr. 80.
Fernsprecher Amt IV, 9865.

66. Resterhandlung. 66
billig Reste zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an,
bis zum feinsten Kamungarn, auch pass.
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletotstoff, sowie in Mänteln,
Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. (49912)
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.
Teleph. Amt IV, 1597.
Herren-Hüte enorm billig!
Neueste Façons!
Steif 1,00—2,30—2,50—3 M.
Weich 1—4 M. (5452L*)
Haarhüte 4,80—6 M., rein Haar.
Cylinder-Hüte von 4—11 M.
gibt einzeln ab Fabrik
Grüner Weg 2 L.
Reichenbergerstr. 166 L.
Geöffnet auch Sonntags!

Sophaplüsch-
Reste
in glatt, gepreßt und ge-
webten Qualitäten, auch
echt Friso und Moquet,
enthaltend 6 bis 22 Meter,
spottbillig! Muster franco!
Högepakte Sattelstapfen sehr
hochelegante billig.
Emil Ledvros, Berlin S., Oranienstr. 153
Bühne v. 2 M. ev. Theilz.
Frau Olga Jacobson, Juvalidenstr. 145
Kinderwagen, grobart. Auswahl,
erkenntungen, Musterbuch gratis und
franko. Theilzahlung gestattet. Max
Brinner, Jerusalemstr. 42 und
Brunnenstr. 6.

Warenhaus
A. Wertheim
Nur für 3
Tage gültig
Ausnahme-Preise
Mittwoch Donnerstag Freitag.
15. 16. 17. Juli.
Proben und Preislisten portofrei.
Versand-Abtheilung Berlin W., Leipziger-Strasse 111.

Damen-Strümpfe, schwarz 28 Pf.
dopp. Sohle u. Hochferse 38 u. 55 Pf.
schwarz und lederfarbig 38 u. 55 Pf.
Schweiss-Socken, besonders weich, fein gestrickt 50 Pf.
Leinenwaren. Damenwäsche.
Hemdentuch, Meter 27 u. 35 Pf. Taghemden mit Spitze 1,40, mit Stickerei 2 Mk.
Renforcé, Meter 35 u. 42 Pf. Beinkleider mit Stickerei 1,60, kurze Form 2,10 Mk.
Gartendecken mit Franze 1,60 Mk. Nachtjacken, gestreift, 1,45, Renforcé m. Umlageleg. 2,15 Mk.
Batistaschentücher Hohlbaum u. bunte Kante, ¹/₂ Dtz. 1,10 Mk.
Ein grosser Posten
Stickereien und Languetten Stück 4 bis 4 ¹/₂ Mtr. 25 Pf. bis 2 Mk.

Achtung!
Arbeiterinnen, Frauen, Genossinnen!
Grosse Volks-Versammlung
 am Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr,
 im Saale der **Gold-Bräuerei**, Tempelhofer Berg.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wilh. Liebknecht** über:
 Die Gewerbegerichts-Wahlen und welche Bedeutung haben dieselben für die
 Arbeiterinnen. 2. Diskussion.
 3. Pflicht aller Arbeiterinnen, Genossinnen und Genossen ist es,
 zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Emma Scholz, Vertrauensperson.

Achtung!
6. Wahlkreis, Moabit!
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der **Ironen-Bräuerei**,
 Alt-Moabit 47-49:
Große öffentliche Parteiversammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Schippel** über: „Die letzte
 Reichstags-Session und die politische Lage“. 2. Diskussion. 3. Bericht der
 Revisoren über die Zeitungspedition. 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Kreis-Versammlung
 des
Wahlkreises f. Teltow-Beeskow-Charlottenburg
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 in Charlottenburg, **Wilmsdorferstr. 39**, bei **Bernicke**.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Internationale Arbeitertongress. Referent: Reichstags-Ab-
 geordneter **Fritz Zabol**-Berlin. 206/4
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit dieser Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden
 Genossen aus dem Kreise, zu erscheinen.
 Die Vertrauensleute.

Oeffentl. Versammlung
 sämtlicher nach Zentralisation strebenden
Krankenkassen - Mitglieder
 am Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale von **Cohn**, Beuthstraße 20-22 (großer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Die Zentralisation der Berliner Orts-Krankenkassen und der Sprech-
 saal-Artikel der Zentralisations-Kommission. 2. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung.
 Der Einberufer: **Jäger**. 286/6

Achtung! Brauerei-Hilfsarbeiter. Achtung!
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 aller in den Brauereien beschäftigten Arbeiter, als:
Hofarbeiter, Stallente, Fahrer, Mitfahrer, Maschinisten,
Feizer, Flaschenpflücker u. s. w.
 im „**Englischen Garten**“, Alexander-Strasse Nr. 27c. 68/14
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassiers und der Revisoren.
 4. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 5. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Mitglieder werden hierdurch auf-
 gefordert, vollständig zu erscheinen. Die Nichtanwesenheit ist kein Hinderungs-
 Grund zur definitiven Beschlussfassung.
 Der Vorstand.

Hutarbeiter u. -Arbeiterinnen.
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr:
Oeffentl. Versammlung aller Ausgesperrten
 in der Brauerei **Friedrichshain**.
 Die Lohnkommission. 86/19

Große öffentliche Versammlung
 aller in der **Gold- u. Silberwaaren-Branche**
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
 am Donnerstag, den 16. Juli, im Lokale des Herrn
Bergner, Annenstraße 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Wagner** über: „Schule und Sozialdemo-
 kratie“. 2. Diskussion. 3. Ausstellung eines Kandidaten zu den Gewerbe-
 gerichtswahlen. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Einberufer. 72/5

Achtung, Vergolder!
 Da infolge der großen Hitze die letzten zwei Versammlungen nur sehr
 schwach besucht waren, so ist beschlossen worden, diesen Monat keine All-
 versammlung abzuhalten. Die Kollegen werden aber ersucht, recht zahlreich in
 der heute Abend bei **Pasch**, Alte Jakobstr. 83, stattfindenden
Delegiertenversammlung der Vergolder-Orts-Krankenkasse
 zu erscheinen. Es kommen sehr wichtige Angelegenheiten, die freie Arztwahl
 betreffend, zur Verhandlung.
 Der Vorstand. 226/5

Genossenschaftsbäckerei für Berlin u. Umg.
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
 Wir machen die Genossen auf die am **Donnerstag, den 16. Juli,**
abends 8 Uhr, in der Alten Jakobstraße 83 stattfindende
Ausserordentliche General-Versammlung
 aufmerksam. — Nur die rothen Mitgliedskarten legitimieren.
 Tages-Ordnung:
 Erziehung eines Vorstandsmitgliedes.
 Der Aufsichtsrath: **W. Scheibe, A. Schweizer**. 86/19

Orts-Krankenkasse
 der Kürschner u. verw. Gewerbe
 zu Berlin.
 Da die Vertretung der Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten
 Gewerbe zu Berlin der in dem Erlasse
 vom 20. April d. J. — O. P. 5961 —
 getroffenen Anordnung keine Folge ge-
 geben hat, ändere ich hiermit gemäß
 § 83 Absatz 3 des Krankenversicherungs-
 Gesetzes den § 30 des Statuts von
 Amts wegen dahin ab, daß derselbe
 lautet:
 Die wöchentlichen Kassenbeiträge be-
 tragen:
 1. für männliche Kassen-
 mitglieder über 16 Jahre, 0,60 M.
 2. für erwachsene weibliche
 Kassenmitglieder über 16 J. 0,39 M.
 3. für männliche Kassen-
 mitglieder unter 16 Jahren
 und für Lehrlinge 0,27 M.
 4. für weibliche Kassen-
 mitglieder von 14-16 Jahren 0,21 M.
 Potsdam, den 20. Juni 1896.
 Der Ober-Präsident, Staatsminister
Kchenbach.
 Vorstehende Abänderung bringen wir
 hiermit zur Kenntnis der Beteiligten.
 Der Vorstand.
W. Freyer, Vorsitzender,
 92/6 Marienburgerstr. 32a.

Sterbefälle
 von
 Arbeitern der Berl. Maschinen-
 bau-Aktien-Gesellschaft.
Generalversammlung
 Sonnabend, den 25. Juli 1896, abends
 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Marien**,
 Adlerstr. 123. 96826
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht pro 1895/96 und
 Bericht der Revisoren. 2. Festsetzung
 der Entschädigung für den Vorstand
 und die Revisoren. 3. Beschlussfassung,
 in welchen Zeitungen die Bekannt-
 machungen der Kasse stattfinden haben.
 4. Statutenänderungen: a) Antrag
 auf Aenderung des Titels der Kasse;
 b) Antrag der Herren **Loack** und
Gelmhade; c) Antrag auf Aenderung
 des § 27 des Statuts; d) Antrag auf
 Aenderung des § 29 des Statuts.
 5. Verschiedenes.
 Der Eintritt ist nur gegen Vor-
 zeigung des Mitgliedsbuches ge-
 statet. Um pünktliches Erscheinen bittet
 Der Vorstand.
J. A. August Hele, Vorsitzender,
 Neue Poststr. 41, 4 Tr.

Charlottenburg.
 Den Lesern des „Vorwärts“ hiermit
 zur Nachricht, daß ich **Kaiser Friedrich-**
straße 33 im Laden ein Schuh- und
 Stiefel-Wahrgeschäft eröffnet habe, und
 bitte um geneigten Zuspruch.
August Gymbulka, Schuhmacher.

Ausschneiden und abgeben.
Gratis
 erhält Inhaber dieser Annonce (welcher
 meine Wäber noch nicht versucht) zur
 Probe ein 54996

Loh-Tanninbad,
 sicherste Heilung bei allen Haut-, Blut- u.
 Frauenkrankheiten, Folgen v. Quecksilber-
 kuren, Magen-, Nerven-, Nieren- und
 Blasenleiden, bewährt gegen Gicht und
Rheumatismus.
 Prospekte mit hundertten von Dant-
 schreiben Geheilter gratis und franko.
G. Münsel, Berlin,
 Wallstr. 70,
 Neu Cölln am Wasser 6-8,
 Ansbacherstr. 19
 und Pankstrasse 32.

Möbel-Gelegenheitskauf
 Passendste Gelegenheit für Brautleute. In
 meinem größten Möbelspeicher, Neue König-
 strasse 59, sollen ca. 200 Wohnzimmereinrichtungen,
 vertheilt gemessene und neue Möbel zu jedem
 annehmbaren Preise verkauft werden. Durch
 sehr große, billige Gelegenheitsbeimischung ist es mir
 möglich, schon ganze Wohnzimmern für 80, 100,
 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet.
 Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark,
 Kommoden, Küchenspend 12, Kuchbaum-Kleider-
 spenden, Vertikons 30 Mark, Wuschelständer
 25, Büttelständer, Kleiderständer, hochlegant 55,
 Trümeau mit Schalen und Krystallglas 60,
 Herrenschreibtisch, Glaskonsole 60 Mark,
 Damenstisch 75 Mark, Steppdecken, Tisch-
 decken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Gekaufte
 Möbel können drei Monate kostenfrei auf
 meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden
 durch eigens Gespanne transportirt, auch nach
 außerhalb. 4661L

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in
Cohn's Festsaal, Beuthstr. 20-22:
Vertrauensmänner - Versammlung
 für sämtliche Bezirke.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnbewegung der Drechsler. 2. Der Streit bei König u. Niehle.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Jede Werkstätte muß vertreten sein. Auch die Vertrauensmänner
 der Drechsler sind verpflichtet, vollständig zu erscheinen.

Bezirk Friedrichsberg-Rummelsburg.
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Breyes** in Rummelsburg, Goethe- u. Kantstrassen-Ecke:
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **B. Pörsch**. 2. Diskussion. 3. Verbands-
 angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale von
Schöning, Köpenicker-Strasse 68:
Versammlung der Parquetbodenleger.
 Tages-Ordnung:
 Unsere gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse.
 Die Ortsverwaltung. 801/14

Achtung! Maurer. Achtung!
 Donnerstag, den 16. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der
Maurer Berlins und Umgegend
 bei **Hoffmann** (oberer Saal rechts), Alexanderstr. 27a.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über die Klassenkämpfe am Ende des 19. Jahrhunderts.
 Referent **Paul Jahr**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Die Mitglieder sind verpflichtet, alle zu erscheinen. — Neue Mitglieder
 werden aufgenommen. 190/6 Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer!
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bustke**,
Grenadierstraße Nr. 33:
Versammlung der Platz-Deputirten.
 Zu dieser Versammlung werden auch sämtliche Arbeitlosen eingeladen.
 Die Lohnkommission. 288/14

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth
 Berlins und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, den 17. d. M., nachm. 5 Uhr, beim Kollegen
Waliq (Zausouci) in Schwargendorf, Ruhlandstr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Schöps**. 2. Diskussion. 3. Vierteljahr-
 bericht des Kassiers. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegen-
 heiten und Verschiedenes.
 Der Vorstand. J. A.: **E. Behrnd**. 69/17

Achtung, Stuckateure!
 Am Sonnabend, den 18. Juli 1896, in der „**Vorussia-**
Brauerei“ zu **Johannisthal-Nieder-Schönweide:**
20. Stiftungs-Fest
 unter Mitwirkung des Gesangvereins **Völkerfrühling**.
 Billets sind in den Zahlstellen und im Arbeitsnachweis bei **Schünemann**
 zu haben. Um rege Theilnahme ersucht
 Der Vorstand. 289/7

Grosses Sommerfest
 im **Restaurant Karyfenteich** (Zuh. Otto),
 am **alten Köpenicker Weg (Creptow)**, veranstaltet vom
Karthausschen Gesangverein,
 bestehend in
Konzert, Gesang u. komischen Vorträgen,
 im Saale: **Gr. Ball**. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
 Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
 Das Komitee. 248/5

Die Motor-Boots-Gesellschaft
 Berlin-Rummelsburg
 vermietet auch diese Saison ihre neuen und hocheleganten Salon-
Schraubendampfer zu den bekannten mäßigen Preisen.
Bedienung prompt und zuverlässig.
 5518L*
 Telephon Amt VII Nr. 1985.
 Rummelsburg Nr. 28.

Für Hausfrauen.
Annahme aller Wollwaren
 aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrod-, Mantelstoffen, Damentüchern,
 Buckskins, Strickwolle, Portieren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten
 Mustern, zu billigen Preisen durch **R. Eichmann**, Ballonstodt a. H. —
 Leistungsfähigste Firma!
Annahmestelle und Musterlager bei: **Fr. A. Streblow**, N., Wiesen-
 strasse 29a; **Fr. L. Gohr**, S., Bismarckstr. 3; **Fr. König**, S., Brigerstr. 21;
Fr. H. Zacher, W., Charlottenstr. 31, II; **Fr. Jakob**, N., Elsfasserstrasse 97;
Fr. Hück, N., Weissenburgerstr. 30, part.; **Fr. Rentwig**, N., Wöhrerstr. 40 III;
Fr. Wasikowski, O., Krautstr. 55a. 6376L*

Zahnärztliche Klinik Bedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl.
 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M.